

# Bauernheimat-Bewegung im Aargau (Jungbauern)

Autor(en): **Müller, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau**

Band (Jahr): **121 (2009)**

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-391265>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

---

# Bauernheimat-Bewegung im Aargau (Jungbauern)

ANDREAS MÜLLER

## Einleitung

Der Schweizerische Bauernverband wurde 1897 in Bern gegründet. Am 15. Oktober 1900 wurde sein Sitz nach Brugg verlegt. Damit wurde dieser Ort zur Zentrale der schweizerischen Agrarpolitik. 1901 kam die «Schweizerische Bauernzeitung», 1902 der «Genossenschaftler» an den «Effingerhof» in Brugg. Auch publizistisch beherbergte der Aargau die bäuerliche Politik der Schweiz.

Bäuerliche Sektionen wirkten sowohl in der Katholisch-Konservativen wie in der Freisinnigen Partei. Während jene deren programmatische Anliegen – vor allem in der Innerschweiz – fast deckungsgleich einpassen konnte, beklagte sich die Landwirtschaft aus dem liberalen Lager immer wieder, von anderen Geschäftsinteressen abgedrängt und überfahren zu werden. Im Aargau präsentierte sich dasselbe Bild.

Es ist daher nicht erstaunlich, dass sofort nach Annahme des Nationalratsproporz (13. Oktober 1918) über die Bildung besonderer Fraktionen innerhalb der liberalen Bauernschaft diskutiert wurde. Bei den Nationalratswahlen 1919, als diese im Aargau mit einem eigenen Programm (1. Februar 1919) und eigener Liste antrat, überraschte aber doch der Erfolg. Die Bauernliste stellte sich mit drei Mandaten gleichberechtigt neben die freisinnige Mutterpartei. Mit Dr. König, Bauernsekretär in Brugg, gesellte sich noch ein von der Berner BGB gewählter Nationalrat dazu, der immer wieder im Aargau als Referent auftrat und hier Politik machte.

Der Erfolg der Bauernliste veranlasste die Abspaltung verschiedener bäuerlicher Bezirksgruppen von der FdP. Im Bezirk Brugg entstand die erste selbstständige Gruppe der Aargauer «Bauern- und Bürgerpartei», weitere folgten innert kürzester Zeit. Am 22. Dezember 1920 wurde eine Kantonalpartei gleichen Namens geschaffen, nachdem schon am 9. Dezember 1920 auf der Frontseite des «Aargauer Tagblatts» das Parteiprogramm veröffentlicht worden war. Das bäuerliche Bezirksorgan «Der Hausfreund» (es erschien zweimal wöchentlich) wurde 1920 zum kantonalen Parteiorgan, und bald schon folgte die «Schweizer Freie Presse». Verleger August Baumann vom «Wynentaler Blatt» hätte gerne seine Zeitung in dieser Funktion gesehen, war er doch Mitinitiant der neuen Partei. Doch die Menziker Presse druckte weiterhin nur bäuerliche Lokalblätter.

Während eines Jahrzehnts hielt sich die aargauische Bauernpartei – trotz Untervertretung im Regierungsrat – als dominierende Kraft neben der stärksten Partei, den Sozialdemokraten, im westlichen, das heisst protestantischen Kantonsteil. Als Abwehrmassnahme hatte Nationalrat Nietlisbach (KK) den katholischen Bauern-

bund geschaffen, um eine Abwanderung seiner Leute in die neue Wirtschaftspartei zu unterbinden. Gleichzeitig wachte der Freiamter genau darüber, dass der offizielle Bauernverband und sein Sekretariat in Brugg die politische Neutralität strikte einhielten. Die Bauernpartei wurde von KK-Seite als blosses Wirtschaftsinstrument ohne jede ideelle Basis hingestellt. Ähnlich wie im Kanton Bern war im Aargau die Bauernschaft zum tragenden Element der Politik geworden. Volkswirtschaft hiess beiderorts vor allem Agrarpolitik. Die Lebensmittelpreise bestimmten die Lohnforderungen der Gewerkschaften. Und damit waren Streitereien mit den Sozialdemokraten und ihren Exponenten vorprogrammiert.

Niemand hätte sich daher vorstellen können, dass die neue Partei auf Erfolgskurs sich bald selbst mit Abspaltungstendenzen befassen musste. Während die Gründung der Bauernpartei im Aargau eine eigenständige Sache war, sich von unten her entwickelte und auch von Persönlichkeiten der kantonalen Politik getragen wurde, wurde die Sezession in den 1930er-Jahren weitgehend von Bern aus beeinflusst. Aus der staatstragenden Berner Kantonalpartei strebten mit den Jungen auch unruhige Geister nach oben. Die Gründerväter waren hier wie dort in die Jahre gekommen. Im Aargau waren 1919 mit Jakob Baumann (geboren 1881) und Roman Abt (geboren 1883) junge Politiker unter 40 Jahren zu Amt und Würden gelangt, nur Richard Zschokke (geboren 1865) zählte damals bereits 54 Jahre. Bei den Nationalratswahlen 1935 stand bereits eine neue Generation bereit, die Führung zu übernehmen, sowohl in Bern, als auch im Aargau.

Überall in der Schweiz verlangten damals Erneuerungsbewegungen grössere Dynamik im politischen Geschehen. Und meist hatte dies auch mit dem Alter der Mandatsträger zu tun. Dem behäbigen Bauerntum traute man kaum eine Neuordnung zu. Die aufstrebende Generation in der Bauernpartei nannte die Massgebenden «Altbauern» oder «Herrenbauern». Dass die idealistische Jungbauernbewegung gerade im Kanton Bern ihren Anfang nahm, verdankt sie einem Mann und dessen Ideenwelt und Bildungsprogramm: Dr. Hans Müller, Grosshöchstetten.

Dr. Hans Müller (geboren 1891), aufgewachsen auf einem Bauernhof mit sechs Geschwistern, verheiratet mit einer Bauerntochter, Sekundarlehrer (Geograf), Offizier, Ökologe, Abstinenter, Vertreter der Kaufkrafttheorie Silvio Gesells und des biologisch-dynamischen Landbaus (ohne Anthroposoph zu sein), war von seiner Mission, der Erneuerung des schweizerischen Bauerntums, zutiefst überzeugt.

Er gründete 1923 den «Verein abstinenter Schweizerbauern», führte dessen Sekretariat, redigierte die Vereinszeitschrift «Vorspann» und trat in dieser Sache überall im Land als Referent an. Dadurch bekannt geworden, drängte es ihn, im Bauernstand «einer rein materiellen Gesinnung einen Damm entgegenzubauen». So seine eigenen Worte im Jahre 1933. 1928 wurde er in den Nationalrat gewählt, denn als eigenwilliger Vordenker und Ideenträger wurde er schon in den 1920er-Jahren von der Prominenz der bernischen Bauernpartei geschätzt und Minger, Feldmann und Laur zählten anfänglich zu seinen Freunden und Förderern.



Dr. Hans Müller (1891–1988), Grosshöchstetten, war Geograf und Leiter des «Möschbergs». Von 1928 bis 1947 war er Nationalrat.

Beeinflusst von den Bauernhochschulen im Ausland, führte er alljährlich zwischen Weihnachten und Neujahr «Bauernheimatwochen» durch. Dabei versammelten sich 300 bis 700 Teilnehmer und lauschten namhaften Referenten. Später wurden die Bildungsveranstaltungen popularisiert und daher auf drei Tage verkürzt. Aus diesem Geist und der entsprechenden Erfahrung stammt die Idee zum Bau des «Möschbergs», eines Heims für Kurse und Tagungen. 1931 fanden diese Pläne begeisterte Aufnahme: Der Bundesrat bewilligte 30 000 Franken, viele Geldspenden gingen ein, und private Arbeitseinsätze wurden geleistet. Schon 1932 folgte die Eröffnung mit Grussadressen von Bundesrat Minger, Bauernsekretär Laur, Regierungsrat Stähli und Redaktor Feldmann. Junge Männer und Frauen sollten gleichermassen angesprochen werden. Das Kursprogramm sah eine «Führerschule» für zukünftige Meister und die «Hausmütherschule» für angehende Bäuerinnen vor.

Der Möschberg wurde zum Zentrum der «Bauernheimatbewegung», die in Jungbauernlandsgemeinden im Kanton Bern, aber auch im Aargau ihren Ausdruck fand, ein starkes Gemeinschaftsgefühl entwickelte und vielerorts die jungen Leute zu begeistern wusste. Dass sich daraus eine eigene politische Kraft entwickeln sollte, war anfänglich kaum geplant, noch weniger, dass dies zu einer Abspaltung der «Jungbauern-Bewegung» von der Bauernpartei führen musste.

Warum dieser Erfolg? Die Bauernheimatbewegung entwickelte nach Müller eine ideelle Grundlage für die Bauernpolitik in der Schweiz, die über die wirtschaftlichen Alltagsfragen hinausführte. Damit standen deren Anhänger schon bald im Gegensatz zur Verbandspolitik der Mutterpartei. Die «Schwärmerei» der «Mülleria-ner», später immer häufiger kritisiert von der Prominenz, nahm ihren Anfang in den frühen 1920er-Jahren, war also nicht ein Kind der «Erneuerungsbewegungen». Dass die Bauernheimatbewegung mit diesen zusammen genannt wird, liegt daran, dass die sogenannten Jungbauern in den 1930er-Jahren politisch eigenständig auftraten.

Hans Müllers Wunsch, den Bauernstand zu adeln, ihm als Nährstand mehr Selbstbewusstsein zu vermitteln, sprach vor allem Klein- und Mittelbauern an. Es war eine typische Kompensationsideologie. Die Verschuldung in der Krisenzeit, die

allgemeine Landflucht, die Verstärkung der Lebensweise und die Opferung des Landbaus auf dem Altar der liberalen Exportwirtschaft bildeten den Nährboden für eine Lehre, die der «Tyrannei des spekulativen Grosskapitals» den Kampf ansagte, der tätigen Arbeit höchste Weihe zuerkannte und den christlichen Geist in die «Heimstätten» zurückbringen wollte. Produktion ohne Kunstdünger und Gift, Bekämpfung des Schnapsertums, Propagierung der Süssmosterei, Forderung einer inländischen Versorgung – auch für Notzeiten – und ein neues Bodenrecht mit Entschuldung der Betriebe, waren sehr konkrete Anliegen, und weit entfernt von blosser «Schwärmerei».

Müller verurteilte alle dringlichen Bundesbeschlüsse, weil darin die Gefahr der politischen Diktatur lauere. Eine Einschränkung der Demokratie war für ihn indiskutabel. In der Kaufkrafttheorie, das heisst dem Kausalzusammenhang von Löhnen und Preisen, war Müller unerbittlich: weit über der Sorge um die Bundesfinanzen und das ausgeglichene Budget stand für ihn der Umlauf des Geldes im Inland. Lohnsenkungen kamen für ihn nicht infrage. Die kleinbäuerlichen Anliegen im Auge, versuchte er Bauer und Arbeiter zu versöhnen, gerade weil er den Marxismus ablehnte.

Die Kriseninitiative, dann auch die Richtlinienbewegung, bei der Müller mit der Linken einer Meinung war, machte den Bruch mit der Mutterpartei unausweichlich. Seine Politik galt nun als im sozialistischen Fahrwasser treibend, man sprach von fataler «Nachbarschaft zum Kommunismus», wenn es um Bodenpolitik ging, gar von «Agrarkommunismus».

Im Aargau war es vor allem Roman Abt, der in den 1930er-Jahren Müller in die linke Ecke abdrängte; er sei ein «politischer Mistkratzer», ein «kommunistischer Totengräber», er «gehöre zu den Roten, grün sei bei ihm nur der Schnabel geblieben». Eigenartigerweise wurde Müller gleichzeitig auch der Nähe zum Nazitum verdächtigt. Dazu bot weniger seine Politik als seine Organisation und Sprache Veranlassung. Um «Bewegung» und nicht «Partei» zu heissen, gaben sich die Jungbauern keine ordentlichen Statuten (nach OR); die Leitung blieb so immer beim «Möscherger Diktatörlein», wie die Gegner Müller benamsten. Es gab kaum kantonale Strukturen, auch nicht in Gruppierungen ausserhalb des Kantons Bern.

Und im Bewusstsein, in seiner Ideologie älter zu sein als die NS-Lehre, benutzte er auch nach 1933 trotziger Begriffe, die durch die Hitler-Propaganda in der Schweiz in Misskredit geraten waren. Seine Unbeugsamkeit, die bis zur Sturheit ging, führte auch zum Bruch mit seinen ehemaligen Freunden und Mitstreitern. Dazu sollen ein paar Beispiele angeführt werden.

Schon in der Zeit des Ersten Weltkrieges sprach man in den historischen Parteien von Bauernführern. Müller hat den Begriff Führer verallgemeinert und verwendete ihn als Synonym von Leiter. Daher war nach seinem Verständnis der Hausvater und Hofbewirtschafter ein Führer. Aus dieser Funktion heraus erwachsen auch vorzüglich diejenigen, die in der Öffentlichkeit Verantwortung tragen konnten.

Erziehung zur Führerschaft geschah gemäss seiner Ansicht am idealsten in der Landwirtschaft. Daher sollte der Bauernstand auch zahlenmässig in der Schweiz nicht verkleinert werden. Die demokratische Ordnung bedurfte ganz besonders des ländlichen Nährbodens. Kurse, die dem Bauern die Verantwortung bewusst machen sollten, hiessen daher «Führerkurse». Nach Hitlers Machtübernahme 1933 wurde das Wort hierzulande in Anführungszeichen gesetzt und gegenüber den Jungbauern als Schimpfwort verwendet. Müller fand eine Korrektur unnötig.

Dass im schweizerischen Bauerntum der 1920er-Jahre ganz allgemein gewisse Tendenzen und Lehren existierten, die an «Blut-und-Boden-Mystik» erinnern, ist unverkennbar. Begriffe oder auch nur Wörter entstammen der früher erwähnten Kompensationsideologie, die in der raschen Industrialisierung und dem Zurückdrängen der Agrarwirtschaft ihren Ursprung hatte. «Blut» wird aber bei Hans Müller immer nur als gleichbedeutend mit «Heimat» verwendet, während Dr. Ernst Laur, der Bauernsekretär, sein Gegenspieler, «Blut» als Element der Rasse («Alemannenblut») einsetzte. Es war daher unrecht, gerade von dieser Seite her, den Jungbauern braune Tendenzen in ihrer Lehre nachzusagen. Der Möschi, als stolze Zentralstelle, wollte weder dem Zeitgeist nachgeben, noch dessen Kritik berücksichtigen. Doch gerade dieser Zentralismus, dazu die Hochachtung, die Hans Müller bei seinen Leuten genoss, wurde von den Gegnern als unschweizerisch gebrandmarkt. Jedes Führertum galt seit dem Frontenspek als suspekt.

Selbst der neue Landesring Gottlieb Duttweilers schuf sich damals mit Bedacht demokratische Strukturen auf allen Ebenen und förderte Persönlichkeiten, die neben dem Gründer eigenständig und eigenwillig auftreten konnten. All dies wurde in der Jungbauernbewegung versäumt, vielleicht auch bewusst unterlassen, weil die Schwäche im politischen Getriebe nach Stabilität und straffer Leitung rief. So redigierte Müller auch den «Schweizer Jungbauern» zuerst selber, das einzige Publikationsorgan dieser Bewegung in der Schweiz.

Obwohl am Anfang der einzige Nationalrat der Jungbauern, der nicht aus dem Kanton Bern stammte, ein Aargauer war, und damit bewiesen werden kann, dass dieses politische Feld wohl das wichtigste war, das beachtet werden sollte (sonst noch Thurgau, St. Gallen, Schaffhausen und Zürich), lässt sich diese Bewegung als eigenständige Kraft im Kanton nur mit Mühe erfassen. Dem Historiker bot sich daher in diesem Sektor weitgehend Neuland an. (Erst in der «Schlussphase» der politischen Jungbauern-Geschichte wurde der St. Galler Albert Spindler als zweiter Nichtberner in den Nationalrat gewählt.)<sup>1</sup>

### **Quellenlage und Voraussetzungen**

Lange Zeit machte die schweizerische Geschichtsschreibung einen grossen Bogen um die Jungbauernbewegung. Formeln und Vorurteile, zum Teil direkt der gegnerischen Propaganda entnommen, versperrten den Weg zur ernsthaften Suche nach Wesen und Zielsetzung dieser politischen Gruppierung. Die Verpackung interessierte

oft mehr als der Inhalt. Zudem irritierte, dass die Zeit der politischen Aktivität von 1935 bis 1945 nur ein Jahrzehnt dauerte, während schon in den 1920er-Jahren, dann aber auch nachher von einer bäuerlichen Bildungs- und Wirtschaftsorganisation gesprochen werden muss.

Während die wichtige Phase der «rosaroten Bauern» gerne vergessen geht, richtet sich der Blick zumeist auf die «Deutschfreundlichkeit» während des Zweiten Weltkriegs – was immer dies auch heissen mag. Gerade hier gilt es, besonders sorgfältig auszuscheiden, was konform, was entgegen der NS-Lehre war, wieweit nur Zielsetzungen und wirtschaftliche Bedingungen in Mitteleuropa sich hier wie dort ähnelten oder Ideen und Thesen tatsächlich von ennet des Rheins entlehnt waren.

Da die Aargauer Jungbauernbewegung kaum eigene Wortführer oder Ideologen herausbrachte, spielte der Möschberg als Mittelpunkt für alle Gruppen ausserhalb des Kantons Bern eine wichtige Rolle. Der grobe Blick auf historische Urteile in der Literatur richtet sich notgedrungen gleichzeitig auf die Zentrale wie auf den Aargau.

Erich Gruner kommt 1969 in seiner Parteiengeschichte zum Schluss, dass selbst die Abspaltung der Jungbauern von der BGB 1935 noch so wenig erforscht sei, «dass ein abschliessendes Urteil heute noch nicht möglich ist». Wie viel mehr gilt dies für die Verhältnisse während des Kriegs. Im selben Jahr erschien die Darstellung von Walter Wolf, «Faschismus in der deutschen Schweiz», worin auch die Haltung der Jungbauern untersucht wird.

In Anlehnung daran kam Willi Gautschi in seiner Aargauer Geschichte (1978) zu eigenartigen Schlüssen, nämlich, dass sich der Leiter der Jungbauern, Hans Müller, 1940/41 «an der Grenze geistigen Landesverrates» bewegt habe und in «eigenartigem Zwielficht» erscheine. Die Formel «geistiger Landesverrat» setzte ja einen einzig richtigen Patriotismus voraus. Diese harten Urteile erscheinen zwar nur in Fussnoten,<sup>2</sup> im Text umkreist er den Sachverhalt vorsichtiger. So wurde der Vorwurf der Nähe zum Nationalsozialismus als «Extrembezeichnung» bezeichnet, wobei «rechtslastige Züge unverkennbar» seien. Er verwendete dazu die kurz zuvor (1972) erschienene Dissertation von René Riesen. Diese umfängliche Arbeit behandelt vorzüglich die Entwicklung der politischen Aktivitäten im Kanton Bern. Dem Aargau gilt kaum mehr als ein Seitenblick. Umso erstaunlicher ist, dass Gautschi in der Fussnote zum heiklen Thema «Rechtslastigkeit» der Jungbauern dem Autor Zensuren erteilt: er beurteile «den Sachverhalt vorsichtiger, aber auch nachsichtiger». Die einzige Aargauer Affäre betraf aber nur das Geschwätz eines Grossrates, das in die Akten des Polizeikommandos Eingang gefunden hatte und zu Propagandazwecken von den Gegnern breitgeschlagen wurde. Dies sei «aufschlussreich, für die Stimmung, die da und dort in Jungbauernkreisen herrschte», meinte Gautschi.

Angesichts der Tatsache, dass 1946 im bundesrätlicher Bericht über die «landesfeindlichen Umtriebe» nichts von Verfehlungen der Jungbauern erscheint und in der «Eingabe der Zweihundert» kein Mitglied der Bewegung figuriert, dürften solche Mutmassungen doch etwas überzogen sein. Die Empfindlichkeit der Nachfahren

bezüglich Worthülsen der 1930er-Jahre, die in Pamphleten aller Parteien, also auch bei den Jungbauern, auftauchen, führt häufig zu Kurzschlüssen. Die «Sprachregelung» müsste in jedem einzelnen Fall auf Sinn und Inhalt überprüft werden.

So findet sich im Buch von Kurt Humbel über NS-Propaganda in der Schweiz (1977) der Satz: «Die später immer mehr ins nationalsozialistische Fahrwasser geratende <Schweizer Bauernheimatbewegung> forderte, dass <im Sinne der berufsständischen Gliederung alle andern Stände auf Grund ihrer natürlichen Eigenart gleichgerichtete Aufbauarbeit leisten [sic], dann marschieren das Schweizervolk in breiten, geschlossenen Kolonnen von verschiedenen Seiten her auf das gemeinsame Ziel los: die nationale Erneuerung!>» Was hiess damals für die Jungbauern «nationale Erneuerung»? Für jene also, die sich immer gegen die «Fronten» stellten, denen die demokratische Ordnung tabu war und die den Ständestaat strikte ablehnten?

In den Schriften der Jungbauern vor und während des Kriegs finden wir pathetische Bekenntnisse zur Unabhängigkeit. Gautschi könnte höchstens beklagen, dass diese Kreise strikte Bewahrung der Neutralität forderten und dass dabei die USA zu Anfang des Kriegs wenig Sympathie genossen. Die Bewertung der Aktivitäten entnimmt Gautschi vorwiegend den Organen der Gegner der Bauernheimatbewegung und diese entstammen aus dem Umfeld der bäurischen Zeitungen der Mutterpartei im Aargau oder in Bern und der Verbandspresse in Brugg. Und auch sonst gilt offenbar die Formel: Je näher der Standort, desto heftiger die Feindschaft. Daher gilt nun, sich etwas genauer in den Redaktionsstuben umzusehen.

Als Dissidente der «Bauern- und Bürgerpartei» standen die «Jungen» bald in einer Schanddecke, dem dauernden Spott der Redaktoren des Parteiblatts «Freie Presse», Böschenstein und Strahm, ausgesetzt. Der deutliche Rechtskurs dieser Zeitung unter dem Vorgänger Jakob Baumann vor und während des Kriegs erscheint dem heutigen Betrachter gefährlicher als die meisten Äusserungen der Jungbauern. Details dazu finden sich in der «Geschichte der politischen Presse im Aargau».

Die Freiwirtschaftler, die sogenannten Freigeldler, bezüglich Geldtheorie dem Konzept von Hans Müller sehr ähnlich, fühlen sich offenbar bemüsst, immer und überall die wirtschaftstheoretischen Fehler der Jungbauern anzuprangern, um die wahre Lehre von Gesell zu erörtern. Ob H.K. Sonderegger oder Fritz Schwarz im Blatt «Freies Volk»: den Müllerianern wurde Uneinsichtigkeit, Sturheit und Arroganz vorgeworfen, vielleicht um von den eigenen Schwierigkeiten und eigenem doktrinärem Auftreten abzulenken.

Solange die aargauischen Sozialdemokraten fast im Gleichschritt mit den Jungbauern politisierten, das heisst seit dem Bekenntnis der Arbeiterpartei zur Landesverteidigung, wird der «Freie Aargauer» und sein Redaktor Arthur Schmid selten kritisiert, und die Jungbauern erhalten von seiner Seite jede Schonung. Sobald 1939 die aargauischen Sozialdemokraten die «politische Arbeitsgemeinschaft» mit den bürgerlichen Parteien eingehen, die kleinen oppositionellen Parteien aber diesen Zweckverband als Verrat an der antikapitalistischen Zielsetzung ansehen und diesem



fernbleiben, hängt der Haussegen schief. Die Jungbauern kritisieren nun Arthur Schmid und die Politik der «Sessselversicherer» im Nationalrat und im Grossen Rat. Umgekehrt fürchten diese, dass Arbeiter fahnenflüchtig werden könnten, und stören oder «übernehmen» deren Versammlungen. Nun erst wurden die Lehren der Jungbauern in die Nähe des NS-Systems platziert. Je näher die Anliegen und Lösungsansätze waren, desto heftiger das Aufeinanderprallen! Dass dann in der Kriegszeit der Anwurf Faschismus einerseits, Moskowiter andererseits allzu rasch erhoben wurde, ist bei früheren Gefährten fast gegeben. Dies alles hätte die «Richter» in dieser Sache misstrauisch machen müssen.

Alle Äusserungen der vorgenannten Presseorgane über Jungbauern sind mit Vorsicht zu geniessen. Das gilt noch mehr für die Verbandspresse der Bauernschaft. Nach dem Ausschluss von Hans Müller aus dem Vorstand des «Schweizerischen Bauernverbandes» und dem solidarischen Rücktritt aller seiner Freunde hatte «Brugg» für diese Bewegung nichts mehr übrig, und der einstige Verbündete, Prof. Laur, verwandelte sich zum Ankläger und Widerpart.

Die einzige Zeitung, die schon in den 1930er-Jahren, selbst in Wahlkampfzeiten, eine fast neutrale Position einnimmt und sowohl dem Freiwirtschaftsbund wie den Jungbauern im Aargau neben der Bauern- und Bürgerpartei gleicherweise Raum gewährt, ist das «Wynentaler Blatt» beziehungsweise das Kopfblatt «Kulmer Bezirksblatt». August Baumann, der Verleger und Redaktor, gehörte zu den Gründern der Bauernpartei im Aargau 1920. Er hoffte und spekulierte darauf, dass seine Zeitung das offizielle kantonale Parteiorgan würde. Doch die Nähe des Verlags Effingerhof zum Bauernsekretariat in Brugg begünstigte den örtlichen «Hausfreund», später dann die Tageszeitung «Schweizer Freie Presse». Der Regisseur dieser Massnahme war Nationalrat Jakob Baumann, der zeitweise auch als Redaktor wirkte. Dass der «Kulmer» ein blosses Bezirks-Parteiblatt blieb und von der kantonalen Partei als nebensächlich betrachtet wurde, liess August Baumann nicht unberührt. Daher pflegte er bewusst eine Offenheit, obgleich diese in der Zentrale Argwohn weckte. Auch die Arbeiterschaft kam zum Wort, weil die Konkurrenzzeitung am Platz, «Echo vom Homberg», unternehmerfreundlich ausgerichtet war. Das alles bezieht sich zwar nur auf die südwestliche Region des Aargaus. Doch nirgends im Kanton war das Netz der Jungbauern-Ortsgruppen so dicht gespannt, wie in den Bezirken Kulm und Zofingen. Und für den historisch Forschenden sind all diese Umstände ein Glücksfall.

Dennoch ist es nicht einfach, die Jungbauernbewegung im Aargau zu erfassen. Das liegt vorerst daran, dass der Begründer und Leiter, Hans Müller, seine politische Bewegung bewusst nicht als Partei nach Vereinsrecht organisiert hat, um sich von den herkömmlichen Polit-Organisationen abzugrenzen. Die «Partei» als kantonale Institution verfügte im Aargau kaum über Führungsstrukturen, Protokolle, Rechnungsablage und Publikationen. Ebenso wenig die Bezirksgruppen. Umso intensiver war das Leben in den Ortsgruppen. Nach dem Plan des Leiters sollte sich die Bewegung von unten her aufbauen.

Die Anhängerschaft hierzulande hat sich Ende der 1920er-Jahre langsam entwickelt, fast als Ausläufer der oberaargauischen Jungbauernpolitik. Auch dort entwickelten sich die eigenen politischen Zielsetzungen erst nach und nach. Im Aargau rekrutierten sich die «Müllerianer» in der Bauernschaft ursprünglich aus dem Kreis der abstinenten Bauern. Der Kampf gegen die «Schnapspest» war begleitet von der Tendenz, der Bauernfamilie Halt und Stolz durch ein höheres Bewusstsein zu vermitteln. So enthielt die Müller'sche Zeitung «Vorspann» nicht nur Aufklärung über alkoholfreie Fruchtsäfte, sondern auch belehrende Artikel zu Lebensfragen kulturellen, religiösen und schliesslich auch wirtschaftlichen Inhalts. Die Familie der Abonnenten wurde zum Schulungskreis. Redaktor Müller wurde schnell zu einem gesuchten Referenten zur bäurischen Lebensart in fast Gotthelf'scher Tradition. Kam er auf Wirtschaftliches zu sprechen, dann ging es aber nicht mehr nur um «Geld und Geist», sondern um Theorien, die fast revolutionär antikapitalistisch wirkten.

Wenn ab 1928 – damals wurde er zum Nationalrat gewählt – die politische Arbeit in den Vordergrund rückte, bleibt die Jungbauernbewegung im Aargau noch eine Weile Bildungsforum, geleitet vom Urheber Hans Müller, seiner Rede und Schreibe. Zuerst das Abstinentenblatt, dann 1935 die Zeitung «Der Schweizer Jungbauer» sind auch ausserhalb des Kantons Bern die Klammer, die alle Anhänger zusammenfasst. Die Vorträge, gehalten auch in den hintersten Gemeinden des Aargaus, werben für seine wirtschaftspolitischen Ideen bei immer neuen Teilnehmern. Die Bildungsstätte Möschberg bleibt auch während der politischen Phase von 1935 bis 1945 die Zentralstelle.

Genauso wie den liberalen Abtrünnigen des Freisinns, die sich im «Landestring der Unabhängigen» verbanden, von den Bürgerlichen die Abhängigkeit von Zürich vorgeworfen wurde, so kreidete man den dissidenten Jungbauern von der Bauern- und Bürgerpartei an, dass sie vom Kanton Bern gesteuert werde. Tatsächlich erschienen – mindestens anfänglich – die Referenten bei Veranstaltungen aus dem westlichen oder östlichen Nachbarkantonen, und dies traf das Selbstbewusstsein vieler Aargauer an empfindlicher Stelle. Beide Gruppen vermochten im Kanton auch später keine eigene Zeitung oder Zeitschrift aufzubauen, obwohl damals die hohe Zeit der parteipolitisch gefärbten Presseorgane war.

Im Nachhinein werden die Jungbauern historisch den «Erneuerungsbewegungen» zugeordnet. Dies entspricht einer zu groben Sichtweise. Hans Müller wertet dies selber anders. Zum Thema «Erneuerung» schreibt er am 16. März 1940 im «Jungbauer»: «Dieser Tage löste sich die «Nationale Front» selbst auf. Alle andern Erneuerungsbewegungen sind lautlos verschwunden.» Deren Ideengut sei eben nicht aus dem Bedürfnis und dem Boden der Heimat entsprungen. Diesen Organisationen fehlten die tragenden Ideen. Und an die historischen Parteien gewandt: Andererseits seien mit dem Ruf nach Stabilität allein die Probleme des Landes auch nicht gelöst.

# Der Schweizer Jungbauer

Schweizerisches Kampfblatt für die Sache des arbeitenden Volkes aller Stände  
Herausgegeben von der Schweizerischen Bauernpartei. Erscheint zweimal wöchentlich. Seit monatlicher Verlag „Die Arbeit“

## Vorwärts im Kampf

für eine gerechtere Ordnung  
für eine wahre Eid-Genossenschaft !

Die dem feindseligen Übermaß der...  
die Arbeiter...  
die Bauern...  
die Arbeiter...  
die Bauern...

Die Sozialen...  
die Arbeiter...  
die Bauern...  
die Arbeiter...  
die Bauern...

Die Arbeiter...  
die Bauern...  
die Arbeiter...  
die Bauern...

Hilf dem, der ehrlich sagen kann:  
"Ja, ich hab' mich geirrt!"  
Und zugleich mit dem wachern Mann,  
der für das Wert belohnt!

### Wie die Jungbauern recht bekommen

Die neue Arbeit...  
die Arbeiter...  
die Bauern...  
die Arbeiter...  
die Bauern...

«Der Schweizer Jungbauer» informierte die Parteimitglieder kantonsübergreifend von 1935 bis 1950.

Müllers Kampf für die Bauernschaft wurde bestimmt von der Deflationspolitik des Bundesrates, die vielen verschuldeten Kleinbauern zum Verhängnis wurde. Die Ablehnung der Golddeckung und die Entschuldung des landwirtschaftlichen Bodens rückte ihn in die Nähe der Freiwirtschaftslehre. Dazu gesellten sich Vorstellungen vom Bauernstand als wichtigstem Wirtschaftsfaktor im Staat. In dieser Hinsicht wiesen seine Ideen tatsächlich gewisse Gemeinsamkeiten mit der Lehre von Walter Darré auf.<sup>3</sup> Die zahlenmässige Verminderung der Bauernschaft bedeutete für ihn eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Schwächung des Staates.

All diese Ideen stammen bei Müller schon aus den frühen 1920er-Jahren und wurden von ihm schon seit 1923 in der Beilage zum «Vorspann», der «Bauernheimat», vertreten. Auch deswegen grenzten sich die Jungbauern von den Erneuerungsbewegungen ab.

Dass die Müller'schen Jungbauern um 1934 im Aargau politisch aktiv in Erscheinung traten, hat mit der allzu bürgerlichen Politik der Bauernpartei zu tun, die von den Berg- und Kleinbauern als Verrat an der ursprünglichen Zielsetzung von 1919 empfunden wurde. Es ging darum, dem industriefreundlichen Freisinn eine Agrarpolitik gegenüberzustellen, die den Bauern diene. «Erneuerung» bei den Jungbauern bedeutete Abkehr von der Geld- und Wirtschaftspolitik, die nur den Export von Waren begünstigte. Dies war eine Absage an die bürgerliche Politik.

Dass die Jungbauern Interventionen des Staats zugunsten der Agrarwirtschaft forderten, widersprach den Theorien der Freiwirtschaftler, die der Selbstregulierung das Wort redeten. Auch die Bodenfrage entzweite die beiden verwandten Bewegungen. Den Jungbauern, die immer wieder als «Agrarkommunisten» verschrien

wurden, war das Privateigentum am Boden Voraussetzung für die bäuerliche Nutzung, lediglich spekulatives Grundeigentum blieb suspekt. Kommunalisiertes Land mit blossem Nutzungsrecht für den Landwirt war für Müller undiskutabel. Folglich rückten sowohl Freiwirtschaftler als auch Sozialdemokraten die Haltung der Jungbauern in die Nähe des «Erbhofbauern» im NS-System. Hierin liegt eine der Wurzeln für die «Nationale Verdächtigung», wie diese Vorwürfe der Gegner in den 1940er-Jahren geheissen wurden.

Andererseits war den Müller'schen Jungbauern die «Front der Arbeit» von Anfang an ein tiefes Anliegen: Die angestrebte Vereinigung von Arbeiter- und Bauernstand begünstigte die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und trieb damit die bäuerlichen Separatisten direkt in die Arme des Marxismus. So wenigstens argumentierte die Mutterpartei in den 1930er-Jahren. Dass man dieselbe Zielsetzung auch als «bräunlich» bezeichnen konnte, weil sich gemäss der NS-Ideologie alle Arbeitenden «der Stirn und der Faust» – ohne Klassenkampf – vereinen sollen, beweisen die Anklagen der BGB in den Kriegsjahren. Dass man diese Art der «Front» diskreditierte, lag allein darin begründet, dass sie jedes arbeitslose Einkommen, die «Couponscheiderei» der «Kapitalisten», eine Tätigkeit, die man eben auch Exponenten der Partei der «Alten» vorwerfen musste, ablehnte.

In den hintersten Tälern des Aargaus, wo vorwiegend Kleinbauern wohnten, die nebenbei Heimarbeiter oder Rucksackbauern waren und so beiden Gruppen angehörten, wirkte diese Botschaft wie eine Erlösung aus dem immer wieder beschworenen Zwiespalt. Der Bauernstolz wurde durch die Nebentätigkeit nicht verletzt; erst dem Wegzug in die Stadt, weg von der Scholle, galt ein scheeler Blick. Der Schuldenbauer in den Klauen der Banken wie die Ausgebeuteten in den Werkhallen litten gleichermassen unter der Zinsknechtschaft. Dies galt es, den Betroffenen in Tagungen und Kursen, also durch Bildung, bewusst zu machen. Das alles hatte mit Klassenkampf nichts zu tun, sondern war – nach Müller'scher Lesart – das Resultat einer falschen Geldpolitik der Nationalbank und der dahinter stehenden Staatsmacht.

Der Aargau war für die Zentrale immer ein Nebenschauplatz. Das wird auch im Archiv im Möschberg sichtbar. Dennoch: Die Vortragstätigkeit von Hans Müller war auch in diesem Kanton intensiv und vom Aufwand her gewaltig. Auch die hintersten Talgemeinden beehrte er mit Referaten. Andererseits fehlte vielleicht gerade deshalb der Aargauer Vertretung im Grossen Rat ein «Leuchtturm», der eine kantonale Rolle hätte übernehmen können, wie dies zeitweise Schmid-Ammann in Schaffhausen, Hess im Thurgau, Spindler in St.Gallen und Gadiant bei den verwandten Bündner Demokraten in eindrücklicher Weise zu tun vermochten. Damit fehlten oft auch die zündenden Zeitungsartikel und saftige Entgegnungen der Aargauer Exponenten.

Ganz anders sah es bei den Ortsgruppen im Kanton aus. Hier bestand ein reges politisches Leben. Kaum ein Monat verging ohne Zusammenkunft. Ein Weisungsbuch Müllers empfahl den Gruppen den Ablauf der Veranstaltung bis ins Detail. Die

Basis-Bildungsarbeit war sein Steckenpferd. Er erhoffte sich auf die Dauer damit eine Durchdringung der Agrarpolitik in Kanton und Bund durch junge Kräfte, und damit die sukzessive Ablösung der korrumpierten «Alten».

Auch die «Hausmutter-Bildung» gehörte von Anfang an zum Programm der Jungbauern. Am Rollenbild wurde zwar nicht gerüttelt, schliesslich war jede Bäuerin berufstätig. Doch war sie auch berufen? Die gebildete Bäuerin tritt als Ideal in vielen Broschüren und Vorträgen auf. Der Möschberg bot beiden Geschlechtern entsprechende Kurse an. Der aargauischen Kleinbauernfamilie wurde aber diese Gunst selten geboten. Der jungen Generation fehlte schlicht das Geld für solche Reisen und Aufenthalte. So finden wir männliche Teilnehmer nur selten in den dortigen Präsenzlisten. Für die Töchter fand man hingegen eher die Mittel, ihnen entsprechende Kurse zu finanzieren.

Was aber zu Fuss oder mit dem Fahrrad erreichbar war, das wurde eifrig besucht. 500 Teilnehmer an Volks- und Hochschultagungen oder bei kantonalen Heimattagen waren nicht selten. Gehörte man dazu, dann machte man mit.

### **Die Inkubationszeit im Aargau**

René Riesen setzt den Beginn der Tätigkeit der Bauernheimatbewegung (Jungbauern) im Aargau um 1930 an.<sup>4</sup> Wenn wir uns von der Stimmung in der Bauernpartei im Kanton und der Verschuldung der Landwirtschaft ein Bild machen wollen, so müssen wir uns in der bäuerlichen Presse schon vor dieser Zeit umsehen. Nach Riesen holte Nationalrat Jakob Baumann damals seinen Fraktionskollegen Hans Müller, Grosshöchstetten, zu Referaten in den Aargau, auch wenn sein Verhältnis zu ihm kein herzliches war. Die Attacken, die Müller als Sekretär des «Vereins abstinenter Schweizerbauern» gegen die Hausbrennereien ritt, erzeugten in bäuerlichen Kreisen vielerorts Argwohn. Die längst schwelende Krise bei Berg- und Kleinbauern machte sich auch in den aargauischen Talschaften bemerkbar. «Heilsbringer» verschiedenster Art meldeten sich in ländlichen Gegenden und bewiesen mit dem Zulauf zu ihren Vorträgen, dass die Verschuldung der Landwirtschaft unerträglich geworden war.

Im Frühjahr 1928 war ein Werner Zimmermann im Aargau auf Vortragstournee. Schon im Februar war grossspurig ein Referat angekündigt worden, das dann wegen irgendwelcher Obstruktionen erst am 25. Mai stattfinden konnte. Damals war die Turnhalle in Reinach bis zum letzten Platz gefüllt.<sup>5</sup> Etwas später trat Zimmermann bei der Guttempler-Loge auf.<sup>6</sup> Immer wieder wurden in der Presse Inhalt und Vortrag über die Massen gerühmt. Man sprach von erlösenden Einsichten, die bei dieser Veranstaltung gewonnen würden. In verständlicher Sprache vermöge Zimmermann den Bauern die scheinbar verwirralichen Gründe der wirtschaftlichen Krise zu erläutern.<sup>7</sup> Werner Zimmermanns Sicht der Dinge entstammte der Lehre von Silvio Gesell. Diese hatte den Freiwirtschaftler H. K. Sonderegger zum Politiker gemacht und auch Hans Müller beeinflusst.<sup>8</sup> Am 14. März referierte dann Hans Müller in der

Kirche zu Reinach im Rahmen des Blaukreuzvereins. Das Thema: «Vom Überwinden schwerer Zeiten».<sup>9</sup> Es ist anzunehmen, dass der gewiegte Redner und Politiker nicht nur die Abstinenzfrage thematisiert hat, sondern auch den Ursachen der Krise nachging.<sup>10</sup>

Politisch war in der «Bauern- und Bürgerpartei»<sup>11</sup> Aargau eine Auseinandersetzung über den Regierungsproporz im Gang, eine Initiative der Sozialdemokraten. An der Delegiertenversammlung der BGB bekämpften Regierungsrat Studler und Nationalrat Jakob Baumann die Vorlage, doch ein junger Bauer und Förster, Alfred Brack, stellte sich hinter das Anliegen der Linken, blieb aber an der Versammlung in der Minderheit.<sup>12</sup> Dieser Kontrahent wird später ein prominentes Mitglied der aargauischen Jungbauern sein. Hinter dem Engagement der meist jungen Bauern in seinem Gefolge steckte bereits die Sympathie für die Kriseninitiative der SP Schweiz.

Die Prominenz der BGB fürchtete den Einfluss der Linken auf ihre Mitglieder. Die Bauerntagung auf dem Bundesplatz («Machtdemonstration»)<sup>13</sup> in Bern vom 9. September, angeführt von den Nationalräten Minger und Gnägi und dem Bauernsekretär Laur, sollte zeigen, dass die bestehende Bauernnot der eigenen Partei Anlass zur Sorge gab, sollte wirtschaftliche Forderungen aufstellen und die Therapieversuche anderer als Scheinmanöver anprangern. Von den 20 000 Teilnehmern stammten rund 700 Mann aus dem Aargau; eine Delegation aus Menziken allein bestand aus 26 Personen.

Nationalrat Minger bezeichnete in seiner Ansprache 90 Prozent der Landwirte als «Schuldenbauern». «Diese Missstimmung in bäuerlichen Kreisen versuchen heute die sozialdemokratischen Führer geschickt auszunützen. Man stellt sozialdemokratische Agrarprogramme auf, und in Wort und Schrift sucht man unsere Bauern zu belehren, dass die Politik der BGB falsch sei, das beweise ja gerade die heutige Krise.» Damit schaffe man Verwirrung in bäuerlichen Kreisen. Höhere Preise brächten aber den Kleinbauern, die meist Selbstversorger seien, nichts oder wenig. Richtig überschuldet seien, zum Beispiel im Kanton Bern, nur 5 Prozent der Bauern. Die Linke wolle tatsächlich den Bauern die Schulden abnehmen, aber dabei auch gleich die ganzen Heimwesen enteignen. Das Ende des freien Bauernstandes!<sup>14</sup> Im Oktober darauf waren Nationalratswahlen, dies entschuldigt die Polemik. Gleichzeitig erklärt die Rede aber auch die Spannung in der Bauernschaft: Bürgerliche Politik alleine deckte die Wünsche einer gefährdeten Kleinbauernschaft nicht ab. Die Prominenz der BGB entstammte dem Kreis der «Herrenbauern». Im Berner Oberland, im hintersten Emmental, aber auch im Aargau fühlten sich viele Mitglieder der Partei politisch kaum vertreten. Dies versuchten die Sozialdemokraten auch im Frühjahr darauf bei den Grossratswahlen auszunützen. Ein Inserataufruf lautete: «Arbeiter, Angestellte und Kleinbauern», obwohl anschliessend auf der Liste kein Bauer zu finden war.<sup>15</sup> Die BGB blieb eine Antwort nicht schuldig: Unter dem Titel «Einsichtige Kleinbauern» wurde gewarnt: «Die Liste 1 (SP) will euch vor den Karren span-

nen.» Eine verdrehte Aktion, denn gerade diese Partei hätte letzthin gegen das Getreidegesetz gestimmt.<sup>16</sup>

Die Nationalratswahlen 1928 waren für die BGB Schweiz ohne Sitzverluste ausgegangen (31 Mandate). Die Resultate im Aargau wiesen aber einen leichten Rückgang der Stimmen im ländlichen Raum auf. Ein Jahr später wurde Minger in den Bundesrat gewählt. Die BGB war «salonfähig» geworden.

Dass die Bauernnot nicht nur ein ewiges Klagelied, sondern bittere Realität war, bezeugt auch eine Eingabe des Schweizerischen Bauernsekretariats an das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement im Dezember 1928 zur Bildung einer Hilfskasse für überschuldete Bauern.<sup>17</sup> Im selben Monat beschloss der aargauische Grosse Rat eine Hilfsaktion für die Landwirtschaft im Betrag von 150 000 Franken.<sup>18</sup>

Im März 1929 erschien in der bäuerlichen Presse ein Artikel des Freiwirtschafters Prof. Hans Bernoulli unter dem Titel: «Das grosse Einmaleins der Bauernnot».<sup>19</sup> Darin legte er dar, dass die Entschuldung durch eine Ausweitung der Geldmenge (Entwertung) zu erlangen sei. Anders als Deutschland habe die Schweiz seit 1920 auf Deflation gesetzt und dabei die Zinsknechtschaft der Bauern und die Arbeitslosigkeit vergrössert.

Neben der Verschuldungsfrage blieben auch die Branntweinpest und der christliche Sinn in der Politik Probleme, die offensichtlich von der BGB vernachlässigt wurden oder mindestens nicht jenen Stellenwert einnahmen, den sich gewisse Kreise wünschten. Im Zusammenhang mit den aargauischen Grossratswahlen 1929 trat die Evangelische Volkspartei (EVP) in zusätzlichen Bezirken an und konkurrenzierte vor allem die BGB. Sie verfügte nun über fünf Sitze, grösstenteil auf Kosten der Bauernpartei. Diese hatte im Vorfeld der EVP vorgeworfen, dass neben Pfarrherren «alle Arten von Sekten» auf der Liste vertreten seien. Der neu gewählte Pfarrer Pletscher konterte darauf, dass mit dieser abwertenden Bemerkung deutlich genug gesagt werde, dass Leute mit christlichem Sinn bei der BGB nicht erwünscht seien.<sup>20</sup> Die Branntweinverbots-Initiative, am 12. Mai 1929 vom Schweizer Volk verworfen, ortete die EVP bei den Befürwortern, die BGB bei den strikten Gegnern der Vorlage.<sup>21</sup> Unter den Menschen, die sich öffentlich zum Schnapsverbot bekannten, finden wir mehrere Namen, die später wieder bei den Jungbauern im Aargau auftauchen.

Erst das «Werk der Verständigung» der Bundesversammlung, das neue Alkoholgesetz von 1930, für das auch Bundesrat Minger in einer Rede in Aarau geworben hatte, fand Gnade vor dem Souverän. «Bei der Beratung in der Bundesversammlung hat es Abstinenzfanatiker gegeben, die aus der Verwerfung des Gesetzes von 1923 keine Lehre ziehen wollten und die sämtlichen Brennöfen den Garaus machen wollten.»<sup>22</sup> Dass damit Nationalrat Hans Müller und seine wenigen Mitstreiter gemeint waren, steht ausser Zweifel. Dass dieser sich in gewissen Kreisen der Bauernschaft damit keine Freunde schuf, beweist das Ergebnis im ländlichen Bezirk Kulm: 2572 Stimmende, etwas mehr als die Hälfte, lehnten selbst diese gemässigte Vorlage ab,

obwohl auch der Bauernverband die Ja-Parole propagiert hatte.<sup>23</sup> Bei der anderen Hälfte, das heisst bei 2403 Stimmenden, kam aber die Argumentation Müllers an. Aus diesem Reservoir werden die Jungbauern ihren Anhang schöpfen.

### **Jungbauern hier – Jungbauern da**

Es waren vorab die «Heilsbringer», die der Prominenz der BGB zu schaffen machten. Um Unzufriedene vor Thesen und Lehren aller Art zu bewahren, gab es nur eines: bäuerliche Bildung als Grundlage zu besserem Selbstbewusstsein. Dabei anboten sich zwei Ansatzpunkte: die Bäuerinnen und die Jungbauern. Während für die Ersteren über neugegründete Landfrauenorganisationen Vorträge und Kurse für bessere Haushaltsführung (Marktfragen, Hauswirtschaft, Garten) angeboten wurden,<sup>24</sup> galt es, bei den jungen Bauern Einsichten und Interesse für die Politik zu wecken. Dies figurierte unter dem Namen «Nachwuchsschulung».

1926 hatte Hans Müller Bauernsekretär Laur mit seinem Bildungsprogramm beeindruckt. Im Kanton Bern hatte er schon 1927 damit begonnen, Bauernheimatwochen zwischen Weihnachten und Neujahr durchzuführen.<sup>25</sup> Diese Bildungsveranstaltungen lehnten sich an die Volkshochschulbewegung in Skandinavien und in Böhmen an. Da der gewiegte Redner und Lehrer Müller auch ein geschickter Organisator war, wurde er 1927 – also noch vor seiner Wahl in den Nationalrat – von der Partei als Jugendpartei sekretär zur regelmässigen Schulung der bäuerlichen Jugend eingesetzt.<sup>26</sup>

Da Prof. Laur mit vielen Ideen Hans Müllers sympathisierte, konnte auch die aargauische BGB nicht an ihm und seinem Bildungsprogramm vorbeisehen. Der junge Landwirt und Parteipolitiker Karl Steiner, Vizeammann von Oberkulm,<sup>27</sup> wurde beauftragt, als Vertreter der Jungen am Bezirks-Parteitag über das Eigenleben der Jungbauern im Kanton zu berichten. Er führte dabei aus: «Der Gründer dieser Bewegung ist Dr. Hans Müller von Grosshöchstetten. Die Bewegung hat im Kanton Bern einen starken Aufschwung genommen und ist nun auch in andere Kantone hinübergetragen worden. Während jedoch die Jungbauernbewegung im Kanton Bern auf eigenen Füßen steht, hält man dafür, dass sie hier unter dem Protektorat der bestehenden Organisationen gegründet und die neue Partei neu beleben sollte. Frische Kräfte und junges Blut sind nötig, um der Partei Zugkraft und Kampfeswillen zu geben. An den alten Parteimitgliedern, besonders an den Vätern liegt es, die Jungen zum Mitmachen in unseren Reihen zu ermuntern.»<sup>28</sup>

Damit wird sichtbar, dass sich Karl Steiner als Vermittler sieht. Er geht kaum auf die ideellen Grundlagen ein und begnügt sich mit strukturellen Fragen. Es ging damals um Geschlossenheit. Im Herbst 1931 wurde zum ersten Mal der Nationalrat auf vier Jahre gewählt. Auf der BGB-Liste wurden alle Bisherigen und Regierungsrat Studler kumuliert aufgeführt. Für andere Kandidaten verblieb da nur wenig Raum, geschweige denn für jugendliche Hitzköpfe. Dass die «Sesselversicherung» bei jungen Bauern auch Ärger verursacht hat, lässt sich nachvollziehen. Das Resultat am



26. Oktober im Aargau gab den «Alten» Recht: Ein Stimmengewinn von 14 000 garantierte dieselbe Delegation.

Als Antwort auf die Müller'sche Heimatwoche im Winter 1931/32 wurde – organisiert von Bauernverband und BGB Aargau – die Elite der Jungen zusammengerufen, aus jeder Gemeinde zwei bis drei Bauernsöhne.<sup>29</sup> Auf den 28. Januar wurde ein Bildungstag in Wildeggen organisiert. Dort referierten dann Pfarrer Spörri und Landwirtschaftslehrer Schnyder. Das kulturelle wie das wirtschaftliche Anliegen sollten damit abgedeckt werden – wie dies bei den Müllerianern auch üblich war. Zudem fand ein Jahr später im «Aarhof» in Wildeggen wieder ein Jungbauerntag statt. Pfarrer Tanner und Regierungsrat Zaugg traten als Redner auf. Karl Steiner wirkte als Präsident der Jungen.<sup>30</sup> In den darauf folgenden Grossratswahlen zahlte sich dies als Erfolg aus, und Karl Steiner trat in den Grossen Rat ein. Im Wahlkampf waren von der BGB die Diener der Hochfinanz und das Schmarotzertum angeprangert worden: «Ehrliche Arbeit – rechter Lohn und Entgelt!»<sup>31</sup> Parolen also, die fast aus dem Wörterbuch Hans Müllers entstammen könnten. Doch im Kreise von Nationalrat Roman Abt (mit über 20 Verwaltungsratsmandaten) und Jakob Baumann tönnten solche Kritiken und Forderungen allzu gefährlich. Die Quelle, die unsere Wirtschaft befruchte, dürfe nicht abgewürgt werden, war deren Meinung. Dies mussten auch die systemtreuen Jungen beherzigen. Nationalrat Richard Zschokke (BGB), der dritte im Bund der Aargauer Delegation, verurteilte die Kaufkrafttheorie als nichtsnutzig, verlangte eine ausgeglichene Staatsrechnung und damit auch den Lohnabbau für Beamte und Lehrer, ganz entgegen den Theorien der Müller'schen Jungbauern.<sup>32</sup>

Die «Machtergreifung» in Deutschland hatte den bürgerlichen Parteien neue Konkurrenz beschert: die «Fronten». Am 24. Juni 1933 geisselte das «Wynentaler Blatt» die «Zeitungsgründerei» und die neuen Bewegungen im Artikel «Frontgeist». «Wenn man die Jungbauern dazurechnet, haben wir jetzt in der Schweiz bereits 14 national gesinnte Fronten, Fröntlein, Bünde und Vereinigungen, die sich teilweise bekämpfen.» Am 1. Juli 1933 verabschiedete die BGB eine Resolution mit dem Aufruf, die Jungen sollten nicht den Fronten beitreten, sondern innerhalb der Mutterparteien verbleiben. Man sei dort froh darüber, dass nun die Jungen vermehrt politisierten.

Unter der Leitung von Karl Steiner wurde auf den 6. September 1933 eine Jungbauern-Landsgemeinde beim Schloss Hallwyl im Auftrag des Bauernverbandes durchgeführt. Die bange Frage «Bricht eine neue Zeit an?» beschäftigte auch die jungen Landwirte der Mutterpartei.

Am Sonntag, den 10. September, fand ein «Bauernheimattag» in Entfelden statt, diesmal von der anderen Seite: Es «riefen die Aargauer Gruppen der schweizerischen Jungbauernbewegung die Freunde der Jungbauernsache zu einem Heimatnachmittag zusammen.» Obwohl die Veranstaltung nur von lokalem Charakter war, füllten 500 Teilnehmende die Turnhalle. Sie lauschten den Referaten von Pfarrer Oser,

Aarau, und Hans Müller, Grosshöchstetten, und realisierten, dass «der Geist, der die jungen Berner Bauern heute beseelt, nicht Halt macht an der Kantonsgrenze.» Beschlossen wurde die Tagung mit einem «alten Kirchenlied».<sup>33</sup>

Beide Organisationen der jungen Landwirte beflissigten sich, als «Jungbauern» aufzutreten. René Riesen behauptet, dass Hans Müller die BGB im Aargau von innen her zur Bauernheimatbewegung umkrepeln wollte. Deshalb sei lange keine exakte Trennung erfolgt. Er forderte seine Anhänger gar auf, an den Versammlungen der Mutterpartei teilzunehmen.<sup>34</sup> Die damalige Freundschaft Müllers mit Prof. Laur liess solche Hoffnungen keimen.

Das «Wynentaler Blatt» bot beiden Organisationen Raum, sich zu äussern. So konnte in diesem Lokalblatt in der Rubrik «Landwirtschaft» einem Vortrag von Hans Müller, den er am Bauernheimattag in Bolligen (BE) gehalten hatte, zwei ganze Spalten gewidmet werden. Umgekehrt hat K. S. (Karl Steiner) ausgiebig den «Jungbauernkrieg» zwischen Bern und Zürich kommentiert. Er anerkannte die Verdienste Müllers im harten Kampf um die Getreidepreise, zeigte aber auch für die kompromissbereite Seite von Nationalrat Reichling grosses Verständnis.<sup>35</sup> Im Januar 1934 behauptete der aargauische Bauernsekretär Hans Strahm in einem Zeitungsartikel gar, es sei gelungen, «die Jungbauernbewegung den aargauischen Verhältnissen anzupassen».<sup>36</sup>

Als im Sommer 1934 die Führung der aargauischen Jungbauern mit der Mutterpartei die Kriseninitiative ablehnte, die Müller'schen Anhänger aber in Wieslen (BE) an der sogenannten Dritten Jungbauern-Landsgemeinde mit 5000 Teilnehmern<sup>37</sup> diese unterstützten, da drängte es Karl Steiner, die verwirrliche Lage zu klären: Es gäbe zwei Organisationen, die «Schweizerischen Jungbauern» und die «Aargauischen Jungbauern». Die einen stünden «unter der autoritären Führung von Dr. Müller», die anderen sei demokratischer strukturiert und bilde einen Teil der BGB. Die Kriseninitiative trenne die beiden. Die Aargauer Jungbauern seien aber nicht im Schlepptau der «Bauern- und Bürgerpartei». Vielleicht fänden sich die beiden Gruppierungen der Jungen bald wieder zusammen.<sup>38</sup>

Darauf konterte ein «Eingesandt» im selben Presseorgan unter dem Titel «Um die Schweizerische Jungbauernbewegung». Man könne nicht dulden, dass Dr. Müller derart diskreditiert werde. Die «Aargauischen Jungbauern» sollten einmal «die Gründe, aber auch die tiefsten und hintersten Gründe mitteilen, die dazu geführt haben, im Aargau eine separate, von allem Anfang an im Gegensatz zur «Schweizerischen Jungbauernbewegung» stehende kantonale Jungbauernbewegung aufzuziehen. Trotzdem damals schon Herr Müller im Aargau viele Anhänger hatte.» Der Riss unter den Bauern sei eine Tatsache, auch dort, wo es keine Müller'schen Jungbauern gebe. Die Kriseninitiative werde von beiden Extremen, von Kommunisten und Frontisten abgelehnt. Daher liege eine Zustimmung wohl goldrichtig.<sup>39</sup>

Eine neuerliche Habsburg-Tagung der Aargauischen Jungbauern mit einem Referat von Nationalrat Reichling (ZH) gab dazu die Antwort, denn er mahnte: «Un-

ternehmungen, die sich zum Schaden des Landes und des Bauernstandes auswirken müssen, wie dies bei der Kriseninitiative der Fall ist, [ist] die Gefolgschaft zu verweigern.» Und der Präsident, Karl Steiner, dankte ihm für die Klärung.<sup>40</sup>

Polemischer äusserte sich die Agentur Schweizerische Mittelpresse (SMP) unter dem Titel «Bauern-Marxisten?». Auf diesen bürgerlichen Pressedienst waren fast alle kleinen Zeitungen abonniert. Hier wurde gefeixt: «Ob Bauern-Marxisten den richtigen <Vorspann><sup>41</sup> bilden für eine gesunde, nationale schweizerische Politik», müsse doch infrage gestellt werden. Und die «Schweizer Freie Presse» (SFP) fragte, ob die Jungbauern es sich nicht ein zweites Mal überlegen wollten, diesen Linkskurs mitzumachen.<sup>42</sup> Die BGB Aargau sprach von «staatssozialistischen Tendenzen»,<sup>43</sup> und die «Gedanken eines Jungbauern» der Mutterpartei stellten wegen der Kriseninitiative gleich die ganze Müller'sche Bewegung ins Abseits. «Heimatbewegung» töne schön, doch der Möschberg-Kurs sei gefährlich. Spaltungen seien nicht im Interesse des Volksganzen, auch wenn «ihnen ein religiöses Mäntelchen angehängt wird».<sup>44</sup>

Auch darauf blieben die «Möschberger» die Antwort nicht schuldig. Die Jungbauern verfolgten jene Politik, die seinerzeit von Prof. Laur formuliert worden sei. Nicht die Jungbauern seien vom Weg abgewichen. Der Ausgleich mit den Gewerkschaften beendige den Klassenkampf. Es stehe einer Bauernpartei schlecht an, «Herrenpolitik» zu betreiben.<sup>45</sup>

In einer Nachschrift der Redaktion des «Wynentalers» wurde darauf hingewiesen, dass viele «leidenschaftliche» Einsender darüber klagten, sie würden in der Äusserung ihrer Meinung unterdrückt. Gerade dies wolle das «Wynentaler Blatt» nicht tun. Die Redaktion habe Müller nicht als «Scharlatan», sondern als tiefgläubigen Christen kennengelernt. Daher wünsche das Blatt weniger eine Zeitungfehde, als eine Überbrückung der Gegensätze.<sup>46</sup>

Da werde «der gute alte Papa Laur» zitiert und in «scheinbar loyalem Ton» die Kriseninitiative angepriesen. Tatsächlich seien die Verdienstansätze in der Schweiz krass ungleich. Doch daran ändere die Initiative nichts. «Wir verdammen die nicht, die unterschrieben haben. Das ganze kostet uns aber 500 Millionen. Wer zahlt? Wir, der Mittelstand. Wir bauen auf Erfahrung und üben Zurückhaltung».<sup>47</sup>

Und zum Jahresende mutmasst eine Zuschrift «Rückblick auf das Landwirtschaftsjahr 1934», dass die Unzufriedenheit des Bauern derart sei, dass er bald zur Heugabel greife, so ungenügend seien die Preise. Wird daraus «Agrarbolschewismus»?

### **«Das Tischtuch wird zerschnitten»**

Was sich bezüglich Bauernpolitik im Kanton Bern abspielte, griff früher oder später immer auch auf den Aargau über. Dabei wirkte die Verbandspolitik tüchtig mit. Das Bauernsekretariat in Brugg war über mehrere Persönlichkeiten hier wie dort dauernd präsent, am meisten jedoch durch den Begründer und Chef, Prof. Laur. Dieser bil-

dete auch lange Zeit eine Art Brücke zwischen den Jungbauern Müller'scher Provenienz und den Jungbauern innerhalb der BGB-Mutterpartei. Es darf nicht vergessen werden, dass Laur 1919 keine separate Bauernpartei wünschte, weil in den katholischen Kantonen die Bauern traditionell in der Partei der «Katholisch-Konservativen» (KK) organisiert waren. Dies zwang Laur zur Neutralität. Schon 1924 hatten die Katholisch-Konservativen im Aargau, aus Konkurrenzangst zur BGB, eine spezielle Bauernsektion begründet.

Die persönliche Wertschätzung und Freundschaft zwischen Laur und Müller basierte nicht nur auf dem Bildungsprogramm für Landwirte, das beiden seit 1924 ein Anliegen war. Auch inhaltlich nährten sich ihre Lehrmeinungen aus denselben Quellen. Beide waren Bauernstandsromantiker und glaubten: «Die Stadt frisst den Menschen.» Nach Vorbild der Weimarer Verfassung (Art. 349 und 350 ZGB) sollten «Heimstätten» durch ein entsprechendes Bodenrecht gesichert werden.<sup>48</sup> Der Bauer dürfe nicht der liberalen Wirtschaft geopfert werden. Der Bauernstand sei in besonderer Weise befähigt, die Schweiz zu leiten und deren Sitten zu wahren. Beide kannten sie die Lehre von Darré und bedienten sich selektiv aus seiner «Blut- und Bodenpolitik». Dass Müller mehr und klarer auf Distanz zu dessen ideologischen Thesen ging als Laur, ist offensichtlich. «Blut» als Teil einer Rassenlehre war für Müller inakzeptabel, der «Erbhof» nach NS-Vorstellung lag nicht in seinem Programm, und bezüglich Tätigkeit der Freimaurer war er kritisch, doch gegen ein Verbot. Auch der Wert der «Gemeinschaft» war bei Müller nicht bestimmt vom «Blut als geheimnisvoller und belebender Kraft»,<sup>49</sup> sondern wuchs aus «Glaube, Freundschaft, Heimat» heraus.<sup>50</sup> Das religiöse Fundament war ihm wichtig. Von Emil Brunner, Leonhard Ragaz und Karl Barth beeinflusst, wertete er «Gottferne als Fluch der Zeit».<sup>51</sup>

Gemeinsam war bei Laur und Müller die Nähe zur Freiwirtschaftslehre und zur Kaufkraftpolitik sowie die Ablehnung der Lehre, dass die Staatsrechnung um jeden Preis positiv sein müsse,<sup>52</sup> und damit der Kampf gegen die Deflationsmassnahmen des Bundesrats. Entsprechend hätte Laur die Kriseninitiative eigentlich unterstützen sollen und hat dies – zusammen mit dem Verband – auch getan.<sup>53</sup> Aber Roman Abt, Gottfried Gnägi, Reichling und Minger setzten Laur derart unter Druck, dass er – wider seine Einsichten – die Kriseninitiative wegen ihrer Herkunft bekämpfte und mit Müller brach.<sup>54</sup> Damals wurde auch Müller aus dem Vorstand des Bauernverbandes ausgeschlossen, und alle seine Getreuen verliessen aus Solidarität dieses Gremium.

So wurde die Kriseninitiative zum «Stein des Anstosses», zum Signal, dass im Kanton Bern «das Tischtuch zerschnitten worden» ist. Auslöser des eigentlichen Streits waren die Grossratswahlen in Bern 1934. Es galt als ungehörig, dass die Jungbauern die Kandidaten auf den Listen mit Jahrgang versahen. Tatsächlich wurden einige «Alte» nicht mehr gewählt und durch Junge ersetzt. Ein organisiertes «Streichkonzert» dürfte die Ursache gewesen sein, mutmassten die Parteistrategen.

1935 standen die Nationalratswahlen an. Präsident Gnägi wollte die Einheit kitzen, las den Jungen die Leviten und wollte Müller mit einem Vertrag (11. Mai 1935)



sich über die Beschlüsse bezüglich Einheit der Partei und der Wahrung der Parteidisziplin hinweggesetzt. Er habe sein Amt als Jugendsekretär sträflich missbraucht und die Jugend der Mutterpartei entfremdet. Und Nationalrat Baumann kommentierte in der «Freien Presse» zuhanden der Aargauer Getreuen: «Wir haben ihn nicht ausgeschlossen, weil wir glauben, nun von ihm Ruhe zu haben. Dessen Ziel ist Rache. Wir haben es satt, von hinten angeschossen zu werden.»<sup>56</sup> Zusammen mit ihm wurden die Jungbauern in Bern mit 337 : 48 Stimmen als Sonderorganisation aus der BGB ausgeschieden.<sup>57</sup>

Was sich im Vorfeld der Wahlen in Bern abgespielt hatte, erhielt fast sofort sein Pendant im Aargau. Auslöser war die «stürmische Bauernversammlung in Oftringen» am 9. Februar 1935. Nachdem sich das kantonale Parteiblatt «Freie Presse» in polemischer Weise vor diesem Anlass gegenüber den Müller'schen Jungbauern ausgelassen hatte, erzeugte dies eine wahre Invasion der Angegriffenen. In Cars wurden junge Bauern nach Oftringen geführt.<sup>58</sup> Nach dem Vortrag von Nationalrat Jakob Baumann gegen die Kriseninitiative wehrten sich die Jungen gegen die Anwürfe der «Freien Presse», und Suter, Kölliken, verlangte als Antwort eine Resolution aus dieser Versammlung. «Völlig fanatisierte Anhänger der Müller'schen Jungbauern organisierten einen stürmischen Verlauf.»<sup>59</sup> «NR Baumann musste sich von einem Grünschnabel als «Couponabschneider» betiteln lassen», nachdem er behauptet hatte, dass die Verschuldung der Höfe zum Teil auch selbstverschuldet sei. Die vorgesehene und beschlossene Resolution kam nicht zustande, weil man sich über den Text nicht einigen konnte.<sup>60</sup>

Hermann Böschenstein, der Redaktor der «Schweizer Freien Presse», des offiziellen Organs der aargauischen Bauern- und Bürgerpartei, war ein treuer Diener seines Arbeitgebers. Obwohl in späteren Jahren ein abgeklärter und angesehener Berichterstatter aus dem Bundeshaus, heizte er damals den Streit tüchtig an. Er war ein strikter Gegner der Kriseninitiative und verurteilte jede Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Parteisekretär Hans Strahm sekundierte ihn eifrig in der «Jungbauernecke» der Parteizeitung.<sup>61</sup> Daher setzte sich Böschenstein kaum mit dem Programm der Jungbauernbewegung auseinander. Ja, einmal behauptete er wörtlich, dass Dr. Müllers Jungbauern «kein politisches Programm» hätten. Sie würden nur gegen den «Kapitalismus und den Zinsendienst» wüten.<sup>62</sup> Oder er wertete den «Führer» als politisches Leichtgewicht mit dem Satz: «Dr. Müller hat mit der Lehre vom Freigeld geliebäugelt.»<sup>63</sup> Dabei galt allgemein, dass die «Möschberger» vor lauter Theorie den Boden unter den Füßen verloren hätten und dabei pragmatischen Lösungen nicht mehr zugänglich seien.

Es darf angenommen werden, dass Böschenstein die Weltanschauung Müllers ignorieren wollte, um diese mit Schlagworten taktisch geschickt aus ernsthaften Diskussionen auszuschliessen. Eine Theorie, die Prof. Laur, der Schaffhauser Bauernsekretär Schmid-Ammann und Redaktor Markus Feldmann, der spätere Bundesrat, grosso modo teilten, konnte nicht blosses Schaumschlägerei sein. Der Lehre, die er

sicher kannte, abhold, spielte er voll auf den Mann. Jedenfalls hat er nichts dazu beigetragen, den Bruch in der Bauernschaft zu kitten.

So führte er aus: Die Jungbauern würden behaupten, dass bezüglich Entschuldung «von den Behörden nichts, aber auch gar nichts geschehen sei». Doch die Bauernpresse habe immer loyal für die Entschuldung geworben. Das «hinderte Dr. Hans Müller nicht daran, im «Vorspann, Blätter für bäuerliche Wohlfahrtspflege und Heimatkultur» die «Schweizer Freie Presse» ihren Mitarbeiter und natürlich den Schreibenden im bekannten Stil des Gemisches von Gejammer und Drohungen anzugreifen, der dem politischen Salvader von Grosshöchstetten eigen ist. Wir vermögen Dr. Müller in die Niederungen einer solchen Zeitungsschreiberei nicht zu folgen [...]».<sup>64</sup>

Von nun an hub eine dauernde Kontroverse zwischen den Müllerianern und der Mutterpartei an. Sie wurden an Versammlungen, aber auch in der «Freien Presse» und im «Wynentaler Blatt» ausgetragen.<sup>65</sup> Müller engagierte sich nun intensiv im Aargau und hielt einen Vortrag nach dem anderen. Dabei bevorzugte er ländliche Gegenden im reformierten Teil des Kantons. Man spürte förmlich, wo die Ortsgruppen wirkten und woher die Kandidaten für eine kommende Liste stammten. Hauptthema im ersten Halbjahr blieb die Kriseninitiative. Ob in Moosleerau, in Muhen, in Kulm: Überall waren die Säle übervoll, neben 600 Sitzplätzen waren 300 Stehplätze besetzt, meldeten die Zeitungen.

Dabei tauchten auch Gegner der Initianten auf, fielen dem Referenten ins Wort oder missbrauchten die Diskussion für referatähnliche Voten. Besonders unangenehm fiel Redaktor Böschenstein auf. Seine Zurufe und Einwürfe wurden in Kommentaren angeprangert: «Dieser Gebildete (bezw. Eingebildete)» ermangele jedes anständigen Benehmens. Der Redaktor der «Freien Presse» mit seiner spitzen Feder blieb ein dauerndes Ärgernis für die «Jungtürken» in der Partei. Auch «Frontisten» benutzten die Gelegenheit, in der Öffentlichkeit aufzutreten und eine Rolle zu spielen. Doch der Applaus für diese Votanten sei ausgeblieben, verkündeten Freunde der Jungbauern. Redegewandt und stark in der Diskussion beeindruckte Müller überall seine Zuhörer. Viele Kritiker fielen im Vergleich durch. So formte sich rasch eine eigentliche Fangemeinde.

Und Hans Strahm machte an einer Bezirksversammlung deutlich, dass es vor allem die Kriseninitiative sei, die die Jungbauern entzweie. Das Christentum stehe auch bei der Bauernpartei im Zentrum. Doch der «Name Gottes» in der Politik entstamme hier mehr den Vorstellungen von Gotthelf, und nicht den Lehren von Marx und Lenin. «Wir verlangen Schutz der kleinen Existenzen. Wir anerkennen keinen Führerkult wie die Möschberger. Wir verlangen mehr Rasse, mehr Charakterstärke, kein Techtelmechtel und keine Kompromisse.»<sup>66</sup> «Deshalb scheint uns die inszenierte Linkspolitik speziell des bernischen Jungbauernführers Dr. Müller und der ihm nahestehenden Kreise äusserst gefährlich zu sein.» «Die Gefahr für unser Land und unser Volk droht heute weniger von rechts her, als von links.»<sup>67</sup> Und in der

aargauischen Bauern- und Bürgerpartei «stellten die Votanten übereinstimmend fest, dass Dr. Müller (Grosshöchstetten) überall, wo er sich betätige, Uneinigkeit im Bauernvolk bewirke, bei der die Bauern die Kosten zu tragen haben.»<sup>68</sup>

Daher war die Bauernversammlung in Oftringen für die «Schweizer Freie Presse» ein fast unerschöpfliches Thema. Der Redaktor behauptete, dass sich auch Sozialdemokraten unter den herangekehrten Car-Insassen befunden hätten. «Da es galt, eine Störung zu organisieren, bereitete den Müller-Jungbauern die Wahl ihrer Mitläufer keine Qual.» Führende Persönlichkeiten der Partei seien dann verunglimpft worden. In späteren Nummern kam Böschenstein immer wieder auf diesen Anlass zurück. Um sich «objektiv» zu geben, da er selber involviert war, druckte er den Bericht von Dr. Schwab aus dem «Zofinger Tagblatt» in extenso ab. Dann zog er selbst die Schlussfolgerungen. Da bei diesem Anlass nur unruhige Geister, nicht aber sein Buhmann anwesend war, sprach der Redaktor von «Terrorisierung der Versammlung», vorbereitet vom Möschberg aus. Die Überrumpelung sei voll gelungen. «Dr. Müller hat mit dieser Aktion erneut eine Kerbe eingehauen, um den Bauernstand zu entzweien.»<sup>69</sup>

Und diese Versammlung beschäftigte Böschenstein in der Folge über viele Nummern seines Blatts. Weil die katholisch-konservative Parteizeitung «Aargauer Volksblatt» die Spaltung auf die «Religionslosigkeit» der Bauernpartei zurückführen wollte, legte er sich nun auch mit Redaktor Rusch an: «Wir sind vor allen Dingen der Ansicht, dass Religion eine so hohe und innere Sache des Menschen ist, dass man sie nicht mit dem <politisch Lied – garstig Lied> verquicken sollte; die Müller-Bewegung arbeitet bekanntlich stark mit religiösen Argumenten. Wir wehren uns gegen jede religiöse Intoleranz, sei sie nun römisch-katholischer oder bernisch-sektiererischer Herkunft.»<sup>70</sup>

Er konnte diese Sache nicht ruhen lassen, die doch auch Elemente eines echten Krisensymptoms enthielten, und führte weiter aus: «Wer ferner Gelegenheit hatte, den Kommentar Dr. Müllers zu den Vorgängen in Oftringen zu lesen, der musste tief bedauern, dass es in der Schweiz möglich ist, Radaubröder und ungebildete, verhetzte Fanatiker zu protegieren und sich zugleich Nationalrat nennen zu können.»<sup>71</sup>

Die emsige Vortragstätigkeit Müllers im Aargau im Zusammenhang mit der Kriseninitiative musste die BGB Aargau beunruhigen. Noch im Februar 1935 waren die Nationalräte Baumann und Müller in Moosleerau zusammen aufgetreten, und beide konnten in relativer Ruhe ihre gegensätzlichen Standpunkte darlegen. Seit dem Streit in der Nationalratsfraktion und dem Ausschluss Müllers war mit einer eigenen Liste der aargauischen Müllerianer zu rechnen. Die drei aargauischen Nationalräte Roman Abt, Jakob Baumann und Richard Zschokke waren fast gezwungen, den hiesigen Jungbauern an den Karren zu fahren.

Wenn bei der Grossveranstaltung in Muhen Arthur Schmid (SP) mit Müller zusammen auftrat, im März darauf in Aarau Nationalrat Gadiant (demokrat.)<sup>72</sup> mit dem Leiter der Jungbauern, so war dies Veranlassung, den Jungbauern die Links-





Jakob Steiner aus Reitnau, Förster und Landwirt, war von 1927 bis 1936 EVP-Grossrat. 1935 wurde er für die Jungbauern in den Nationalrat gewählt.

tendenz anzulasten und alle jungen Bauern vor diesen Leuten zu warnen. Man präsentierte immer wieder dasselbe schlimme Bild: Eine «geführte und gut organisierte Menschenmasse» jubelt einem Führer zu.<sup>73</sup> Seit der «Machtübernahme» im Nachbarland wirkten solche Hinweise fast ehrenrührig. Zudem: In diesen Kreisen würden immer wieder die «Alten» gegen die «Jungen» ausgespielt. Dadurch würde der «Spaltpilz im Bauerntum» angelegt. Prof. Laur schrieb etwas abgehoben, die Jungbauern hätten nur seine eigenen Ideen aufgegriffen. Er müsse sich nirgends anpassen.<sup>74</sup> Auch mit dieser Wortwahl versuchte man die Abtrünnigen in die Nähe der «Fronten» zu rücken.

Im Sommer wurde klar, dass die EVP an den Wahlen teilnehmen würde. Der amtierende EVP-Grossrat Jakob Steiner, Reitnau, der sein religiöses Anliegen in der Politik ebenso gut bei den Jungbauern aufgehoben sah, wie in seiner angestammten Partei, konnte zur Kandidatur bewegt werden. Er wurde dank seiner Bekanntheit an der Spitze der Jungbauern-Liste kumuliert aufgeführt. Damit sicherte man sich sowohl die Stimmen der EVP als auch jene der Evangelikalen in den Bezirken Zofingen und Kulm.

Am 3. Oktober 1935 verkündete Böschenstein in der «Freien Presse» spöttisch: «Wie wir vernehmen, hat der hohe Führerrat in Grosshöchstetten die kantonalen Bewegungen der Müller'schen Jungbauern angewiesen, mit keinerlei andern Parteien Listenverbindungen einzugehen, dies jedoch bis in die letzte Minute geheim zu halten. Bekanntlich braucht die Listenverbindung erst eine Woche nach der Einreichung der Liste, das heisst der letzten Frist, erklärt zu werden. Damit fallen alle Kombinationen und sonstigen Vermutungen im Aargau und anderwärts dahin.» – «Was Müller will und Mösberg spricht, dem füge dich und murre nicht!» Hat hier der Redaktor und Parteisekretär bewusst eine Meldung in die Welt gesetzt, um alle Mediatoren auszuschalten?

Entgegen dieser Einlage Böschensteins verkündete das «Wynentaler Blatt» einige Tage später die Listenverbindung zwischen EVP und Jungbauern.<sup>75</sup> Ein Brief der EVP vom 2. Oktober 1935, unterzeichnet von F. Haller, Kölliken, direkt an Müller gerichtet, beteuerte, dass man einzig mit den Jungbauern eine Listenverbindung

wünsche. Er solle den Vertrauensmann im Aargau nennen, sollte die Antwort bejahend ausfallen.<sup>76</sup> Damit dürfte bewiesen sein, dass – mindestens von aussen gesehen – die kantonale Sektion tatsächlich wenig Selbstständigkeit besass oder aber an der Leine der Zentrale geführt wurde.

Am 3. September 1935 hatte Müller Post vom Schweizerischen Freiwirtschaftsbund erhalten. In diesem Brief schlug Fritz Schwarz seinem Freund vor, überall gemeinsame Listen der Jungbauern, der evangelischen Gewerkschaften und des Freiwirtschaftsbunds zusammenzustellen. Schliesslich führten diese Gruppierungen einen gemeinsamen Kampf gegen Klassen- und Rassenhass, gegen jede Abbaupolitik und jede Ausbeutung der Arbeit durch das arbeitslose Einkommen. Und ohne jedes diplomatische Geschick fuhr er wörtlich fort: «Du hast von uns den Kampf für eine freie Währung und gegen die Goldwährung übernommen, im Gegensatz zur Währungspolitik, die Dr. Laur im Bankrat der Nationalbank seit 1907 mitgemacht hat und weiter mitmachen wird.» Auch er, Müller, sei für den Umlaufzwang für das Geld und für das «altschweizerische» und gegen das «römischheidnische Bodenrecht». Es sei klar, dass das «Wirtschaftsprogramm der Jungbauernbewegung restlos aus unserem Programm geschöpft worden ist». Es sei daher nötig, «dass wir auch äusserlich zueinander stehen», dass die «antikapitalistischen und antimarxistischen Gruppen» zusammengefasst werden.<sup>77</sup>

Der stolze Dr. Hans Müller liess sich nicht gerne vorhalten, er habe seine Politik samt und sonders abgekupfert. Schliesslich existierten schon damals Differenzen zur Freiwirtschaft, vor allem bezüglich staatlicher Interventionen. Wo keine Liste des Freiwirtschaftsbundes anstand, konnte sowieso mit den Stimmen aus diesem Kreis gerechnet werden; im anderen Fall gab es ja die Möglichkeit der Listenverbindung. Als jedenfalls am 1. Oktober 1935 bei prächtigem Wetter die Jungbauerntagung auf «Vierlinden» bei Brugg (Bözberg) 800 Sympathisanten vereinigte, die teils per Rad, teils mit Autocars oder mit einem Extrazug aus Kölliken ankamen, da spielte beim Pressekommentar die «Freie Presse» voll auf den Mann Müller. Es seien schätzungsweise 300 bis 400 Teilnehmer anwesend gewesen, «vor allem Freigeldler, die um den Bözberg herum wohnen». Die Ansprache von Müller sei eine einseitige Polemik gewesen. Er dulde eben keine Kritik; dies habe die «Freie Presse» längst registriert und übermittelt. Die Jungbauern hätten bis anhin seine Sympathie gehabt. Nun aber sei die Organisation im Stadium, «wo sie zersetzt und auseinanderreisst».<sup>78</sup>

Dies alles geschah unter dem bitterbösen Titel: «Heerschau der Möscherger unterhalb Vierlinden». «Einige der Aargauer Unterführer mussten auf Befehl des Führers zum Volke reden und ihr Bekenntnis zum Möscherberg ablegen.» Der Redaktor ironisierte Müllers Referat mit dem Hinweis, dass alle Jungbauern-Wähler nach dem Wahltag erleben könnten, wie flugs die Produzentenpreise steigen würden. Viele Aargauer hätten ob den Huldigungen die Köpfe geschüttelt, denn sie wollten ja nicht «wieder bernische Untertanen» werden.<sup>79</sup>

Das «Wynentaler Blatt» kommentierte bedeutend moderater: Alleine aus Aarau, Kulm und dem Seetal sei ein Kontingent von 350 Teilnehmern angereist. Man habe bei der «Freien Presse» vor der Tagung ein «Eingesandt» verweigert, ebenso beim «Hausfreund» und beim «Brugger Tagblatt». Dann seien sogar Inserate verweigert worden. Man habe Druck auf den «Vierlinden»-Wirt Dätwiler ausgeübt. Ein eigentliches «Kesseltreiben» hätten die «Alten» inszeniert. Müllers Referat auf der Waldwiese genauso wie der erhebende Schlussgesang hätten beeindruckt.

Dazu die Nachschrift der Redaktion: «Merkwürdig, dass man über die Jungbauern herfällt, wenn der Präsident der BGB sagt, eine Listenverbindung sei möglich.» Sie räumte aber ein, dass es eine Taktlosigkeit der Jungen sei, die bisherigen Vertreter in der Wahlpropaganda mit Geburtsdatum zu versehen. Es sei andererseits unverständlich, dass die Jungbauern sich nun unversöhnlich zeigten; schliesslich seien mit Karl Steiner, Oberkulm, und Fritz Suter, Oftringen, zwei Junge auf die offizielle Liste der Partei gesetzt worden.

Die Haltung von Verleger und Redaktor August Baumann blieb immer dieselbe: Man solle sich doch wieder vertragen. Da sein Freund, Richard Zschokke, Gontenschwil, der seiner Zeitung als Sessions-Berichterstatter aus Bern diene, nur auf Drängen der Strategen nochmals kandidiert hatte (er zählte damals 70 Jahre!), musste Baumann fairerweise das Verhalten der Jungen kritisieren.

Hans Müller hatte in diesem Wahlkampf zwei Freunde verloren: Paul Schmid-Ammann, Nationalrat aus Schaffhausen, und Markus Feldmann, Nationalrat aus Bern. Beide hatten in den Auseinandersetzungen um Müller treu zu ihm gehalten, weil sie dasselbe Wirtschaftsprogramm vertraten. Doch sie waren gegen die totale Trennung. Feldmann hatte sich aus Protest sogar geweigert, in der Fraktion mitzuwirken. Schmid-Ammann wurde deshalb 1935 nicht mehr gewählt, und Markus Feldmann söhnte sich mit der Partei aus, weil ihn Müllers Wirken, vor allem sein christlichen Engagement, abstiess.

Und Müller verriet in einem Zeitungsartikel: «Noch im Verlauf dieses Herbstes hat er (Feldmann) in einer nachtlangen persönlichen Unterredung, von der ich an seinem Schreibtisch die Hauptgedanken festgehalten habe, erklärt, dass er noch jetzt zu 95% Jungbauer sei. Nach den fehlenden 5% befragt, wies er vor allem auf das christliche Fundament unserer Bewegung hin. – «Ihr baut eure Arbeit auf dem christlichen Glauben auf – eine Sache, mit der ich abgeschlossen und nichts mehr zu tun habe.»»<sup>80</sup>

Und auch im Aargau spielte das Religiöse eine Rolle. In einem Referat in Menziken betonte Nationalrat Anliker, dass sich die BGB und die Jungbauern vor allem bezüglich der christlichen Grundlage in der Politik unterschieden.<sup>81</sup> Und einige Tage später lautete ein feindlicher Kommentar: Es sei der Volkswirtschaft «nicht geholfen mit schönen, von Frömmigkeit tiefenden Wahlreden, wie sie in gegenwärtiger Zeit vielfach gehalten» würden. Daher Liste 4 BGB! Und nach einer Jungbauern-Versammlung in Zetzwil mit «aufklärendem Vortrag» rückte der im Nachbardorf

lebende Kandidat Karl Steiner ein Inserat ein, mit dem Aufruf: «Wählt Jungbauern! Aber selbständig denkende!» Liste 4!

Kurz vor den Wahlen schlug Böschenstein noch einmal zu, direkt auf die Person Müller gezielt. Er bezeichnete den Spitzenkandidaten Jakob Steiner «als politische Kreatur des Grosshöchstetter Diktatörchens», der noch nichts geleistet habe und keine Verjüngung des Nationalrats sei.<sup>82</sup> Dann kolportierte er die Fama, dass dem wütigen Hans Müller einmal die Hand ausgerutscht sei, mit einer persönlichen Grussbotschaft. Die Bibel verlange, dass die Eltern zu ehren seien. «Nid nu ds' Müetti, o dr Aetti söll mer ehre, Hans!»<sup>83</sup>

Am 26. Oktober machten die Jungbauern der Liste 3 ein grosses Textinserat unter dem Titel: «Die Jungbauernbewegung im Wahlkampf», eine eigentliche «Zeitung in der Zeitung». Offenbar hatte Verleger August Baumann sich selbst mehr Zurückhaltung auferlegt und mit diesem Inserat einen Kompromis gefunden.

So oder so: Das Resultat am Wahlsonntag 1935 war eindeutig: Die Listenverbindung EVP («Christliche Überzeugung») mit den Jungbauern brachte die Wahl von Jakob Steiner, Landwirt und Förster aus Reitnau, auf Kosten von Richard Zschokke (BGB) aus Gontenschwil. Damit schrumpfte die aargauische BGB-Delegation auf zwei Nationalräte zusammen. Im Bezirk Zofingen lag die Bauernpartei mit 10973 Listenstimmen mit den Jungbauern mit 10607 praktisch gleichauf. In einigen Gemeinden des Bezirks Kulm überflügelte die Liste 3 (JB) sogar die Liste 4 (BGB), nämlich in Holziken, Schlossrued und Schmiedrued. Selbst in Oberkulm, dem Wohnort von Karl Steiner, stand das Verhältnis der beiden Bauernlisten 842 : 1070.

Und August Baumann kommentierte die bedauerliche Wegwahl von Zschokke mit dem Hinweis, dass die aggressive Einstellung des Bauernverbandes in Brugg die Listenverbindung zwischen den beiden Bauernparteien verhindert habe. Somit verfehlte die BGB recht eigentlich ihr Ziel, nämlich die Wiederwahl der Bisherigen.

Damit griff August Baumann in ein Wespennest. «Im Artikel <Das Scherbengericht dauert weiter> bezichtigte NR Jakob Baumann den <Wynentaler>, im wichtigsten Moment in <Müller'schem Fahrwasser> gesegelt zu sein und sich den Möscherbergern immer zuvorkommend erwiesen zu haben.»<sup>84</sup> Nun die aggressive Haltung von Brugg als Grund für Zschokkes Wegwahl zu bezeichnen, sei unfair, andernorts sei auch keine Listenverbindung zustande gekommen.<sup>85</sup>

August Baumann blieb die Antwort nicht schuldig. Er habe alleweil vermitteln wollen und habe beide Seiten bewusst ausgewogen berücksichtigt. «Mir liegen die Schweizerischen Jungbauern näher als diejenigen, die noch weiter links stehen und die durch ihre ungeheure Propaganda und ihre stets grösser werdende Anzahl das Bürgertum immer mehr zurückdrängen.» Und dann folgte eine eigentliche Abrechnung mit Nationalrat Baumann.

Am 4. November 1935 erschien dann in der «Schweizer Freien Presse» ein veröhnlicher Artikel mit dem Titel «Unsere Partei nach den Wahlen». Bei gutem Willen sei ein geeinigter Bauernstand immer noch möglich. Die raschen Erfolge der

BGB hätten die Bauernführer zu sicher und in der Politik allzu zuversichtlich gemacht. Die wirtschaftlichen Fragen seien zum Teil vernachlässigt worden. Man könne nicht schnell vor den Wahlen alles «mundgerecht» machen.<sup>86</sup>

Etwas später kolportierte der «Wynentaler» die Meinung von Prof. Laur in der «Schweizerischen Bauernzeitung». Dr. Müller werde von seiner Sonderaktion kaum ganz befriedigt sein: Drei Mandate in Bern, eines im Aargau. Das sei eine bescheidene Ausbeute. Diese Gruppe werde immer eine kleine Minderheit bleiben. Und Laur sollte in dieser Sache Recht behalten.

### **Ortsgruppen**

Die überraschenden Erfolge bei den Nationalratswahlen 1935 wie bei den Grossratswahlen 1937 im Aargau wären fast unerklärbar, wenn das Wirken der Ortsgruppen nicht einbezogen würde. Das Erfassen der Bauernschaft von der Basis her war schon immer das Rezept von Hans Müller gewesen. Beim Aufbau der aargauischen Organisation konnte er bereits von den Erfahrungen aus dem Kanton Bern zehren. Es galt, die Kräfte zu sammeln und zielgerecht im Kanton einzusetzen, um nicht an der Aufgabe zu zerbrechen. Und letztlich plante Müller, wenn möglich immer und überall persönlich präsent zu sein. Die Idee, dass sich die Abspaltung von der Bauernpartei zu einer Massenbewegung entwickeln würde, war damals längst begraben worden.

Im Aargau beschränkten sich die «Möschberger» von Anfang an auf den reformierten Westaargau. Spätere Ableger in Mellingen und Bremgarten blieben Ausnahmen, lebten oder versiegten dank gewissen lokalen Persönlichkeiten und hatten eher bei Abstimmungen und weniger bei Wahlen Bedeutung. So wurde am 23. Juli 1944 eine Tagung für «Reusstal und Freiamt» in Wohlen durchgeführt.<sup>87</sup> Müller referierte über das Nachkriegsschicksal der Bauern aufgrund der bundesrätlichen Botschaft und thematisierte die eigene Initiative gegen die Bodenspekulation: mehr Information als Agitation.

Im Möschberger Archiv finden wir eine Mitgliederkartei, aus der die Anzahl Ortsgruppen in den Bezirken ersichtlich wird: Aarau 6, Brugg 5, Kulm 11, Lenzburg 5 und Zofingen 15. Leider kann die Erstellung dieser Kartei zeitlich nur annähernd eingegrenzt werden, nämlich ab 1935 und vor 1944.<sup>88</sup> In den Bezirken Muri, Bremgarten; Rheinfelden und Zurzach existierten in diesem Zeitraum keine Ortsgruppen. Im katholischen Fricktal entstanden in Frick, Herznach, Ueken und Hornussen, das heisst im ländlichen Bezirk Laufenburg, eigenständige Gruppen. Damit bestätigt sich, dass die Rekrutierung vorwiegend im reformierten Berner Unteraargau angesiedelt werden kann und – betrachten wir die Gemeinden – die Schwerpunkte vorwiegend in den ländlichsten Gegenden und zuhinterst in den Tälern zu finden sind.

Und überall hat Hans Müller in den Vorwahlzeiten und Abstimmungsphasen persönlich referiert. Es kann von einer erstaunlichen Omnipräsenz des Gründers und Leiters der Bewegung gesprochen werden. Daher beruhte auch die Treue der Aargauer Kameraden vor allem auf persönlichen Begegnungen und Bekanntschaften, da

er sich nicht scheute, selbst an Gruppen oder Vorstandssitzungen in Privathäusern anwesend zu sein.

Als die «Möschberger» in der Zeit des Zweiten Weltkriegs überall kritisiert wurden, einem autoritären System zu huldigen, und Müller als Diktator angeklagt und verschrien wurde, da konterte die Parteizeitung am 11. Juli 1941: «Die Tatsachen: Aufbau und Leitung unserer Bewegung erfolgen nach den Satzungen: Jede Ortsgruppe wählt ihre Leitung. Die Leitungen aller Ortsgruppen eines Bezirks wählen die Leitung des Bezirks. Die Leitungen aller Bezirke eines Kantons wählen die kantonale Leitung. Oberstes Organ der Bewegung ist die schweizerische Tagung, zu der alle Gruppen der Bewegung, sämtliche Bezirks- und kantonale Leitungen und alle Vertreter der Bewegung in den kantonalen und eidgenössischen Parlamenten gehören.»

Ob dieser Plan in der kantonalen Praxis generell eingehalten werden konnte, darf bezweifelt werden. Viele Gruppen im Aargau waren klein und zum Teil wenig gefestigt, vor allem fehlte oft die Bezirksstruktur. Die Vitalität einer Gruppe oder Sektion hing von Einzelpersonen ab, die sich die Zeit nehmen konnten oder wollten, intensiv Politik zu betreiben. Diese Leute waren zumeist mit dem Möschberg direkt verbunden. Die Omnipräsenz von Hans Müller und eine eigentliche Fangemeinde weckten von aussen her den Eindruck eines autokratisch geführten Vereins.

Bei Unstimmigkeiten war der oberste Leiter – auch aus eigenem Interesse – sofort zur Stelle und überbrückte jede entstandene Lücke. So konnte in der kritischen Phase 1945 Nationalrat Bigler behaupten, dass man nicht einmal wisse, wer Leiter der Jungbauern von Bern sei.<sup>89</sup> Damals wurde von Kritikern aus dem innersten Kreis der Bewegung demokratischere Strukturen und Entscheidungen verlangt und dabei Müller politisch an den Rand gedrängt, obgleich er geistig das Zentrum blieb. Dieser «Staatsstreich» in der Berner Sektion veranlasste einige Dissidenten, wieder bei der BGB Unterschlupf zu finden.<sup>90</sup>

Was in der Berner Bewegung im Gang war, das warf seinen Schatten immer auch auf den Aargau. Doch hier war die Mitgliederschaft weniger auf Macht bedacht als in Bern. Umso «gläubiger» zeigte sich die Anhängerschaft – auch über 1945 hinaus.<sup>91</sup> Nur so lässt sich erklären, dass die Jungbauernbewegung im Aargau niemals mit der BGB verhandelte, sondern bis 1961 dank Listenverbindung mit dem Landesring (LdU) politisch präsent war,<sup>92</sup> und die Mitglieder – selbst über diese Zeit hinaus – einander freundschaftlich zugetan blieben. 1948 ist im «Schweizerischen Jungbauer» in der Rubrik «Aargau» zu lesen: «Seit längerer Zeit geben sich führende Männer der Bauern- und Bürgerpartei im Aargau, wie anderwärts, alle erdenkliche Mühe, die Jungbauern in ihre Reihen zu bringen.» Und dies geschehe trotz früherer Anprangerungen, Anklagen und Verleumdungen schlimmster Art. «Wenn hier die Jungbauern mit ganz vereinzelt Ausnahmen eine entschiedene und ablehnende Haltung einnehmen, ist dies jedem rechtdenkenden Staatsbürger verständlich, denn schliesslich ist es doch der Charakter, der im Volk noch etwas Achtung geniesst.»<sup>93</sup>

Seit 1935 waren es vorwiegend die Ortsgruppen, die im Aargau das Fundament der Bewegung bildeten; sie animierten und mobilisierten die Leute, die an kantonalen Tagungen in erstaunlich grosser Zahl zusammenströmten. Hans Müller hat diese Zellen vor allem als politische Bildungszirkel verstanden und entsprechend geplant und ausgestaltet. In seinem Weisbuch (einer Anleitung) hat er den Charakter dieser Gemeinschaften bis zum exakten Ablauf der Sitzungen vorgegeben. Offenbar sind vor allem im Aargau, wo die Bewegung immer mehr ideell als machtpolitisch angelegt war, diese Vorschläge beherzigt worden.

Im Möschberg-Archiv finden wir glücklicherweise ein Protokollheft der Gruppe Walde (Ruedertal) aus dem Nachlass von Ernst Maurer, Grossrat und Gemeindevorsteher von Schmiedrued.<sup>94</sup> Nehmen wir diese Quelle als Muster,<sup>95</sup> so stellt sich das Leben einer Gruppe folgendermassen dar: Die Ortsgruppe versammelte sich – wie vom Weisbuch angeregt – vornehmlich in Privathäusern. Für jedes Treffen übernahm ein Mitglied ein Referat, dessen Thema ihm in der vorigen Sitzung aufgetragen worden war. Der Vortrag und die Diskussion darüber wurden protokolliert, und zwar immer von einem anderen Teilnehmer. Diese Aufträge machten automatisch das Gruppenleben zum Bildungszirkel. Das gemütliche Beisammensein in der Wohnstubeatmosphäre bezog die Hausfrau mit ein, und der gemeinsame Gesang zu Anfang und Schluss des offiziellen Teils gehörte zum Ritual. Das Protokollheft beweist, dass die Sitzungen bis zweimal monatlich stattfanden und dabei fast jedes Mal in einem anderen Haus abgehalten wurden.

Dass vielen «Kameraden» diese Form der «Stubete» nicht unbekannt war, lag daran, dass viele aus dem Kreis der Freikirchen stammten und einen ähnlichen Ablauf bei Bibelstunden erlebten. «Man lachte über uns», berichtet ein Zeuge aus jener Zeit, «weil wir uns bei Süssmost, Dörrobst und Nüssen trafen und dabei eher Grundsätzliches als Taktisches besprachen.» Das Lächerlichmachen habe ihnen mehr geschadet als die schweren Anwürfe in der Kriegszeit, meinte das gleiche Mitglied weiter, man suchte etwas Geheimbündlerisches in ihrem Tun, das damals so verrufen war (Freimaurer!).

Im selben Nachlass finden wir Briefe von jungen Bauern, die sich bedauernd von der Gruppe verabschiedeten, weil die Eltern die Teilnahme untersagten. Es gab aber auch mutige Kameraden, die offen bekannten: «Ich vermag alles, durch den, der uns mächtig macht, Christus.»<sup>96</sup> Auch dies gehört zum Gruppenleben: Man bekannte offen, dass man ob aller Politik die Seele nicht vergessen wolle.<sup>97</sup>

«Sind wir Linke, nur weil wir gegen den ausbeuterischen Kapitalismus sind?» «Mit der christlichen Grundhaltung ihres Lebens können und wollen sich die Jungbauern nicht schuldig machen an der weiteren Duldung eines Wirtschaftssystems, das den Forderungen des Evangeliums von Gerechtigkeit und Bruderliebe so krass widerspricht wie das heutige.»<sup>98</sup> Diese Art des Politisierens und Argumentierens gehörte auch zum Gruppenleben: Man scheute sich nicht, den christlichen Hintergrund des eigenen Tuns zu bekennen.

Sehr ambitiös waren die Arbeitsprogramme, die der Möscherberg den Gruppen alljährlich abgab, wobei zugleich der Lesestoff für den nächsten Winter angeraten wurde. «Junges Bauernland» hiess die Druckschrift, die dem «Bücherwart» (Bibliothekar) der Gruppe zukam. Zu lesen sind 1934/35 zum Beispiel Texte von Simon Gfeller, Peter Rosegger, Jeremias Gotthelf und Ernst Balzli als Einstimmung zu den damaligen Themenvorschlägen. Die bauernromantische Tendenz der 1930er-Jahre ist in der Auswahl der Autoren unverkennbar. Das Arbeitsprogramm 1945/46 zeigt sich weniger schöngeistig. «Arbeiter, dich geht's an!» (Der Untergang der alten und der Aufbau der neuen Wirtschaftsordnung). Zu schaffen sei der «Staat der Arbeit», auf dass «Geld nicht mehr der Herr, sondern der Knecht der Wirtschaft» sei.

Tatsache bleibt, dass sich die Jungbauern-Bewegung immer auch als Bauernhochschule, im Kleinen als Bildungszirkel verstanden hat. Dies zeigt sich vor allem nach 1945, als die politische Bedeutung im Bund und den Kantonen geschwunden war und die Teilnahme an Wahlen kaum mehr Erfolg versprach. Im Vorfeld der Wahlen sammelten sich die Kräfte neu, es konnten die Ideen verbreitet und über Veranstaltungen und Presseartikel die Anliegen auf den politischen Markt geworfen werden. Damals, als mehr die Hoffnung auf geistigen Einfluss als auf Ämter gesetzt wurde, trat der ursprüngliche Bildungsauftrag wieder in den Vordergrund.

Die Parteizeitung «Schweizer Jungbauer» führte 1935 den Untertitel «Politisches Schulungs- und Kampfblatt». In der Kriegszeit hingegen lautete er: «Schweizerisches Kampfblatt für die Sache des arbeitenden Volkes aller Stände».

1945 beteuerte der Redaktor des Blatts: «Unsere Bewegung ist eine Schulungsbewegung.» «Es werden wieder andere Zeiten kommen.» «Die Zeit wird kommen, die unser Schaffen rechtfertigen wird.» In einem Brief vom 25. Januar 1950 ersuchte Hans Müller seinen Getreuen Edgar Maurer (Sohn von Grossrat Ernst Maurer), Schmiedrued, um Mobilisation im Bezirk für einen Kurs auf dem Möscherberg. Es sollte mindestens ein Dutzend erscheinen. Zu diesem Zeitpunkt kam endlich die Initiative der Jungbauern zur Verhinderung der Bodenspekulation zur Abstimmung: «Landwirtschaftlich nutzbarer Boden soll nur erwerben können, wer ihn als Grundlage seiner Existenz selbst bebaut. Ausnahmen regelt die Gesetzgebung.» Die Kampagne vor der Abstimmung war aufgeladen: «Das ist das Erbhofrecht der Nazi» (ein Inserat). «Das ist das Bodenrecht der Kommunisten» (BGB).

Für die Ortsgruppen war es die letzte grosse Aktion, die gestattete, die eigenen Ideen landesweit zu verkünden und in Presse und Öffentlichkeit präsent zu sein. Die Verteilung der Flugblätter erfolgte im Aargau durch die treuen Mitglieder der lokalen Gruppen. Edgar Maurer bestellte für seine Gruppe Walde/Schmiedrued 400 Exemplare, Schöftland 200, Menziken 100, Reinach 50 Stück – je ländlicher die Gemeinde, desto eifriger die Propaganda. Das Referentenmaterial konnte vom Möscherberg angefordert werden.<sup>99</sup>

Das enttäuschende Abstimmungsergebnis wirkte wie ein Schlusspunkt im öffentlichen Wirken der Bewegung: Ablehnung im Bund 158 794 : 429 091; Ablehnung





Flugblatt des Schweizerischen Aktionskomitees gegen die Bodenspekulation.

im Aargau 17578:46313. Das Engagement der Gruppen verlegte sich in der Folge vermehrt auf die eigenständigen Wirtschaftsinstitutionen der «Möschberger», die Anliegen des biologischen Landbaues, die alkoholfreie Obstverwertung, die Anbau- und Verwertungsgenossenschaft «Heimat» (seit 1946), die Maschinenberatungs- und Vermittlungsstelle (seit 1941). Da sich die Jungbauern auch nach der politischen Phase von den verbandsnahen Organisationen fernhielten, waren sie auf eigenständige Genossenschaften angewiesen.

## **Grossratswahlen**

1937

Die NZZ prophezeite für die Aargauer Wahlen den Jungbauern acht Sitze. Die Führung der Bauern- und Bürgerpartei hatte den Schock der Nationalratswahlen von 1935 noch nicht überwunden. Der Verlust eines Mandats an die abgespaltene Bewegung löste bei der Mutterpartei mindestens im Taktischen Selbstkritik aus: Man plante, bei den Grossratswahlen 1937 härter und zielgerichteter vorzugehen. Es galt, diese neue Erscheinung einzugrenzen, ihr Aufkommen im Keim zu ersticken.

Wege und Mittel dazu hatten die Fronten bei ihrem «Frühling» angezeigt; nun planten die etablierten Parteien in derselben Weise zu antworten. Den Jungliberalen und dem Landesring hatten die traditionellen Parteien im Aargau die Versammlungen «gestohlen», das heisst die Gründungstagungen sabotiert, oder noch besser, die Veranstaltung zu eigenem Nutzen und Propaganda umfunktioniert.

Auswechseln des Präsidenten, Niederbrüllen des missliebigen Referenten, Dominieren der Diskussion und – wenn möglich – Verabschiedung einer Gegenresolution: Das waren die unzimperlichen Mittel, die damals im Schwange waren. Nach jeder Aktion konnte das Geschehen, entsprechend eingefärbt, in der Parteipresse ausgeschlachtet werden. Es galt, am Schlusse auch publizistisch als Sieger dazustehen.

Während 1935 die «Kriseninitiative» als Begleitmusik des Wahlkampfes figurierete, war es 1937 die «Richtlinienbewegung», die sich formiert hatte: Arbeiter, Angestellte und die abgespaltenen Jungbauern hatten sich zu einem Bündnis zusammengeschlossen.<sup>100</sup> Dieses Bündnis konnte man mühelos als Moskowiter-Pakt und die «rosaroten Jungbauern» als Helfershelfer, die den Heimatboden unter den Füßen verloren hätten, anprangern. Damit entfielen weitgehend die differenzierten Voten und Argumente bei den Kritikern: Man war mit wenigen Schlagworten gewappnet für den Kampf mit den Jungbauern.

Die Veranstaltungsserie begann Mitte Januar in der Turnhalle zu Seengen. Rund 400 Personen hörten sich das Referat von Nationalrat Hans Müller an. Jakob Baumann war anwesend und wollte die Diskussion dominieren. Doch Baumann sei so schwach gewesen, ja jämmerlich, dass allen die Augen aufgegangen seien. So berichtete der «Jungbauer» parteiisch.<sup>101</sup> Der alte Kämpfer hätte händeringend und protestierend den Saal verlassen.

Dann folgte die Tagung im «Rösslisaal» in Rothrist. Nationalrat Anliker (BE) bestritt das Hauptreferat. Viele Altbauern – vor allem aus dem Kanton Bern eingeschleust – zeigten mit ihrem «Gekläff», wie sich die alte Führung zu wehren wusste. Als «Elefant im Porzellanladen» zeigte sich Grossrat Meyer (BE). Doch die Eindringlinge standen auf verlorenem Posten. Zwei Drittel der Anwesenden bekannten sich zu den Ausführungen des Referenten. So kommentierte der «Jungbauer» die Veranstaltung.

Trotz dem verregneten Sonntag war der «Bärensaal» in Bözen am 31. Januar 1937 bis zum letzten Platz besetzt, als Hans Müller dort eine Rede halten sollte. Die «alten Herren» hätten sich als «Türsteher» darum bemüht, die Jungen von der Teilnahme abzuhalten. Parteisekretär Strahm persönlich stand vor dem Saal, um die Leute zu warnen. Da seien mit Cars plötzlich etwa 50 getreue Jungbauern aus dem oberen Kantonsteil angerückt, sodass die Belagerer, «das Herz tief in den Hosen», nicht einmal wagten, den Raum zu betreten. So berichtete jemand – wahrscheinlich Paul Hunziker – im Parteiorgan.<sup>102</sup> Die Aargauer Zeitungen aber malten ein anderes Bild, denn die Agentur «Schweizerische Mittelpresse», auf die alle bürgerlichen Zei-

tungen abonniert waren, meldete eine «Abfuhr» Müllers, weil sich die Aargauer ihre Politik nicht von Bernern vorschreiben lassen wollten.

«Einbruchsversuch Dr. Müllers im obern Fricktal misslungen», titelte Redaktor Strahm im offiziellen Parteiorgan. Bauern hätten sich in Bözen vorerst vor dem Saal versammelt. Da seien 70 Personen in Autocars aus dem oberen Kantonsteil angekommen. Im Saal seien nur 140 Plätze gewesen. Die draussen anwesenden Bauern hätten dann einen Koreferenten zu Müller gefordert. Die Jungbauern im Saal gingen aber auf das «Entgegenkommen» nicht ein. Daher habe man mit 100 Personen «(abgezählt!)» eine Gegenveranstaltung im Restaurant Post mit einem frei gehaltenen, sachlichen Referat von Grossrat Aebi veranstaltet.<sup>103</sup>

Am 10. Februar schrieb der «Jungbauer» von einer «Antwort» auf Bözen. Obwohl einige Tage zuvor die bürgerlichen Parteien in Reinach eine Veranstaltung von Gottlieb Duttweiler «gesprengt» hatten, entstand nun am 2. Februar daselbst eine «wahre Demonstration für die Sache der Jungbauern». 600 Personen wollten sich das Referat von Müller anhören. Ernst Maurer, Walde, leitete die Diskussion. Keiner der Gegner wagte, das Wort zu ergreifen, sodass Bezirkslehrer Dr. Hunziker unter Beifall erklärte, «wenn sich die alte Richtung nicht verteidigen könne, so sei sie für ihn erledigt». Damit war die Kontroverse über diese Sache längst nicht beendet. Der «Schweizer Jungbauer» stelle die Wahrheiten auf den Kopf, behauptete Strahm. Man habe nicht die Versammlung «übrumpeln» wollen, sonst hätte man vorher den Saal übernommen, bevor – wie im Ausland – durch Zuzug «die Eskorte begleitet den Führer» inszeniert worden sei. Sie hätten nur «eine Offerte» für ein Gegenreferat gemacht.<sup>104</sup> Damit nicht genug! Eine Woche später wurde das Thema im Artikel «Von den Verdrehungskünsten des Herrn Brack» wieder aufgenommen. Versammlungsleiter Brack solle jetzt, wie angedroht, Strahm mit seinen Freunden einklagen, denn er habe unter der Tür ausgerufen: «Ich klage Euch ein!» Brack aber behaupte nun, der Satz habe gelautes: «Ich lade Euch ein!» Beide verwiesen auf viele Zeugen.<sup>105</sup>

Was sich genau abgespielt hat, ist schwer zu eruieren. Tatsache bleibt, dass die Methoden hüben wie drüben nicht zimperlich waren. Strahm fand, dass Brack von seinem Meister schon viel gelernt habe, zum Beispiel sich «mit bekanntem Augenaufschlag über Vergewaltigung zu beklagen».<sup>106</sup> Immer dasselbe: Zuerst tue man so, als sei es eine private Veranstaltung, und nachher heisse es dann in der Presse, sie sei öffentlich gewesen.

Eigentlich ging es immer um die Kriseninitiative bei diesem Wahlkampf. Strahm traute den Anwesenden nicht zu, ohne organisierte Opposition die «äusserst gefährliche» Linkstendenz wahrzunehmen. Als «Volksfrontidylle» bezeichnete er die Versammlung in Densbüren.<sup>107</sup> Im Kommentar zum Referat in Hunzenschwil behauptete er, ein Drittel der Zuhörer stamme aus dem Dorf, zwei Drittel aber gehörten der «Leibgarde» an.<sup>108</sup>

In Obererlinsbach, in Bottenwil und Safenwil sprach Nationalrat Anliker in vollen Sälen. Immer galt es, die neue Wirtschaftsordnung zu erklären und dabei die

Geldtheorie zu erläutern. Rund 20 Getreue der «Alten» waren per «Marschbefehl» unter dem Titel «Die Müllerianer kommen» aufgeboten worden, die Versammlungen zu «übernehmen». Doch die Anwesenden wiesen sie in die Schranken.<sup>109</sup>

Anders erwies sich die Situation in Villigen Anfang März. Im «Hirschen» war eine nichtöffentliche Versammlung der Mitglieder und befreundeten Interessierten per Handzettel angesagt worden. Anliker sollte reden. Er wurde begleitet vom Möschberger Lehrer Stüssi. Etwa 80 Altbauern, vor dem Gasthaus positioniert, wollten den Referenten nicht einlassen. Angeführt von Strahm, Aebi und alt Sekretär Nater, drangen sie in den Saal ein und beauftragten Süss (BGB) die Leitung der Tagung zu übernehmen und Förster Brack aus Elfingen auszuschalten. Man wolle keine ausserkantonalen Sprecher. Süss gewährte Anliker eine halbe Stunde, sofern anschliessend Strahm dieselbe Zeit eingeräumt würde. Anliker wurde ohne Störung angehört. Strahm verlas einen Brief von Dr. Laur an Hans Müller. Stüssi und Brack verteidigten geschickt die Postulate der Jungbauern. Aebi (BGB) erklärte, dass er mit den meisten Anliegen einiggehe. Darauf brach ein Tumult aus. Niemand begriff, weshalb eigentlich die Störaktion erfolgte. Zu Ende der Tagung wurden Stüssi und Anliker durch die Gegner bedroht. Auf dem Heimweg nach Elfingen griffen Gegner Brack tätlich an und stürzten ihn vom Rad. Die Rechtfertigung des Tuns: Man habe schon genug «Sauerei» in der Gemeinde. Die Darstellung im «Jungbauern» lief unter dem Titel: «Politischer Terror im Aargau... der Endkampf einer alten Führung». Man sprach von «skandalöser Verletzung des Versammlungsrechtes und von Tätlichkeiten gegen Jungbauern».

«Villigen in zweiter Auflage» fand wenige Tage später in Bözen statt. Auch hier erschien ein Stosstrupp aus Brugg unter Strahm. Als die Leitung nicht abgegeben wurde, inszenierten sich die «Alten» als «Brüllverein». Der aargauische Leiter, Paul Hunziker, tadelte Strahm und hielt ihm vor, welch traurige Rolle er hier spiele. Als Strahm sich das Schlusswort nahm, langweilte er lediglich mit alten «Ladenhütern». Versammlungen in Riken und Kölliken liefen nach demselben Drehbuch ab, kurz vor dem Wahltermin auch in Zetzwil, Dürrenäsch, Unterentfelden, Hendschiken und Birrhard.

Dass hinter dem Tun der «Altbauern» immer der «Moskauschreck» und die Angstmache vor der kommunistischen Ideologie, also der Kampf gegen die «Kriseninitiative», steckte, zeigte sich bei der Veranstaltung in Zofingen. Hier sprach nämlich Nationalrat Gadiant von den Bündner Demokraten (im Nationalrat Fraktion mit Jungbauern), aber gleicherweise gestört von Strahm mit Gefolge. Strahm verlangte dieselbe Zeit für ein Gegenreferat. Es wurde ihm das Wort erteilt. Gadiant sprach 30 Minuten, Strahm 45. Er selbst wollte die Versammlung beschliessen. Doch dies verhinderte Gadiant und widerlegte sämtliche Argumente des Strahm'schen Referats. Dieser wäre besser zu Hause geblieben, urteilte der «Jungbauer».

Der Wahlkampf im Aargau wurde begleitet von einer Aktion, die für die Wirtschaftspolitik der Bauern wie die Bauernheimatbewegung von grosser Tragweite

war: das Wegdrängen oder Ausschliessen der «Spalter» im Bauernverband. Erst damit war der Bruch in der Bauernschaft der Schweiz endgültig besiegelt. Zuerst wurde Hans Müller nicht mehr in den Vorstand gewählt. Aus Solidarität traten einige prominente Bauernführer aus dem Verband aus, darunter die Nationalräte Anliker und Bigler, dann der Thurgauer Hess, der St.Galler Bauer Adolf Frey und Alexander Streit aus dem Waadtland. Bigler, Bänninger und Züllig traten auch aus dem Vorstand zurück. Nun war auch hier das «Tischtuch zerrissen».

Am 6. März hatte die Bewegung an einer Führerbesprechung in Aarau den Bruch genehmigt. Nun konnte die Wirtschaftspolitik der Jungbauern nicht mehr in den Verband hineingetragen werden; entsprechend pointiert wurden nun die Forderungen bezüglich Milch- und Getreidepolitik. Kompromissen waren die Jungbauern nun kaum mehr zugänglich. Damit begann auch der Mösberg mit eigenen Aktivitäten bezüglich biologischen Landbaus und eigener Verwertung: Damit nahmen Pionierleistungen auf dem Agrarsektor ihren Anfang, die das politische Wirken der «Müllerianer» um viele Jahre überdauerte.

Die Bauern- und Bürgerpartei verlor schliesslich 3000 Stimmen, angeblich vorab an die Jungbauern. Doch die Ausbeute mit 8 Sitzen – so hiess es – sei für diese doch bescheiden geblieben, hätten sie doch 12 bis 15 erwartet. Die Jungbauern hätten nur «Steigbügelhalterdienste» für die «Sozis» geleistet. Die Stimmen der Arbeiter für die Jungbauern seien ausgeblieben.<sup>110</sup>

Zum Resultat des Wahlkampfes gehörten die acht Sitze im Grossen Rat, genau wie die NZZ vorausgesagt hatte. Alle Bezirke des alten Berner Unteraargaus waren nun prominent im Parlament vertreten. Zusammen mit drei Vertretern des Landesrings bildeten sie die «Opposition» im Aargau. Für vier Jahre isoliert wirkte der einzige Vertreter der «Nationalen Front», Dr. med. vet. Josef Willi aus Baden.

## 1941

Die Verunsicherung im Winter 1940/41 hatte fatale Auswirkungen auf die Grossratswahlen im Aargau im März 1941. Der Waffenstillstand zwischen Hitler und Restfrankreich, das Vichy-Régime, die Idee vom «Neuen Europa», die indirekt das Reich und Italien als ordnende Mächte auf dem Kontinent voraussetzte, schürten in konservativen Parteien das Misstrauen gegenüber bundesratskritischen Organisationen und neuartigen Wirtschaftstheorien. Die Jungbauern rückten nun anders ins Visier der Bauern- und Bürgerpartei als 1937: nicht mehr als «Moskowiter», sondern als Nazifreunde.

Nachdem die «Nationale Bewegung der Schweiz», die Dachorganisation der Fronten, verboten worden war, glaubten viele, dass Tarnvereine nun das Gedanken- gut übernehmen und als sogenannte fünfte Kolonne wirkten.<sup>111</sup> Da die Jungbauern am 30. Januar der «Arbeitsgemeinschaft» im Kanton nicht beigetreten waren, die Sozialdemokraten aber wohl, galt das alte Bündnis der «Richtlinienbewegung» als aufgelöst, und Arthur Schmid war in den Augen der Jungbauern ein Verräter an der gemeinsamen Sache.<sup>112</sup>

Jungbauern-Grossratsfraktion  
im Aargau, 1937–1941 und  
1941–1945 (acht Sitze).



Julius Arber, Gränichen.



Alfred Brack, Elfingen.



Ernst Fischer, Meisterschwanden.



Paul Hunziker, Kirchleerau.



Otto Klaus, Schlossrued.



Ernst Maurer, Schmiedrued,  
Grossrat bis 1957.



Hans Suter, Kölliken, Grossrat  
bis 1961.



Jakob Vonäsch, Stengelbach,  
Grossrat bis 1949.

Während die historischen Parteien mit jeder Veränderung der Machtkonstellation in Europa kampfmässig näher zusammenrückten, glaubten die verbliebenen kleineren Bewegungen und Verbände der «Richtlinien», dass die Schweiz wirtschaftlich vor einer innern Erneuerung stehe, und Jungbauern und Freiwirtschafter witterten Morgenluft. Isolation und Mehranbau bedeuteten eine Chance für ihre agrarische Volkswirtschaft und sandten Signale aus, Experimente zu wagen.

Im Rahmen dieser Umschichtung verabschiedete sich der Chefredaktor, Dr. Hans Graf, vom Blatt der Richtlinienbewegung, «Die Nation», und wurde Pressechef der Jungbauern.<sup>113</sup> Graf, stark von J. M. Keynes beeinflusst, hatte schon früher auf dem Möschberg Vorträge zu Wirtschaftsfragen und Monetarismus gehalten.<sup>114</sup> Seine Artikel im «Jungbauer» beschäftigten sich stark mit der Lage der Bauern in der Schweiz. «Der Sozialstaat, der Staat der Arbeit» solle die Bauern nach diesem Krieg nicht wieder im Stich lassen wie 1918. Wie für Hans Müller und andere Möschberger war das Thema «nach dem Krieg» aktuell; offenbar glaubten damals viele, dass 1941 das Ende der Schlachten nahe sei. Dieses prospektive Denken wurde unterstützt von Dr. Hans Huber, Bundesrichter,<sup>115</sup> der die starre Abwehrhaltung der historischen Parteien kritisierte und damit zum Kronzeugen der Müllerianer bezüglich eines wirklich neuen Europas wurde: «unter Wahrung ihrer staatlichen Unabhängigkeit (was für jeden Schweizer die selbstverständliche Voraussetzung bildet).»<sup>116</sup>

Wer im Winter 1940/41 von solchen Dingen sprach, der machte sich verdächtig. Das «Neue Europa» war durch den nazifreundlichen Dichter Jakob Schaffner mehr als anrühlich geworden. Müller musste immer wieder im «Jungbauern» betonen, dass er bezüglich der inneren politischen Ordnung der Schweiz nichts, aber auch gar nichts verändern wolle.<sup>117</sup> Es gehe ihm nur um wirtschaftliche Reformen, die aber ohne persönliche Veränderungen in der Landesregierung unmöglich seien. Doch auch solche Umbaupläne galten in dieser bedrohlichen Zeit fast als staatsfeindlich. Den beiden neugewählten Bundesräten von Steiger und Kobelt wurde zwar viel Kredit gewährt. Den Politikern in Igelstellung galt schon Kritik an der Landesregierung als Nestbeschmutzung.

All dies warf seinen Schatten auf die aargauischen Grossratswahlen. Nicht nur die Verhinderung von Tagungen und Versammlungen wie 1937 war die Strategie der Bauern- und Bürgerpartei. Nicht mehr der Mokowiterschreck sollte die Stimmbürger vor den Jungbauern warnen. Jetzt galt es, diese Dissidenten mittels Zeitungsartikeln und Flugblättern in die rechtsextreme Ecke zu drängen. Und Themen und Theorien der Müllerianer boten dank der unseligen Sprachregelung Stoff zuhauf, die Leute mit «Nationalen Verdächtigungen» einzudecken und zu schädigen.

Damals verwendete Strahm selbst die Ausdrücke «Altbauern und Jungbauern», obwohl dies vorher allein die Sprachregelung der Möschberger war. Es war im Vorfeld dieser Wahlen, als Grossrat Vonäsch kriminalisiert wurde, weil er angeblich einmal formuliert hatte, die «alte Führung» werde für ihre Vergehen zur Rechenschaft gezogen werden. Daraus konstruierte man die «Möschberger Hetze im Aargau».

Eine Besprechung mit der «Nationalen Front», angeblich abgehalten in Effingen, musste zur Anprangerung herhalten, obwohl ein solches Treffen laut Fichen und Bericht über «Die landesfeindlichen Umtriebe» nie stattgefunden hatte.<sup>118</sup> Aber es diente der Bauernpresse für die Manöverkritik nach den Wahlen.

Die Jungbauern hätten gesamthaft 300 Stimmen verloren. Rechne man ein, «welch Propagandamaterial sie vergeudeteten, dann ist der Rückmarsch umso niederschmetternder».<sup>119</sup> Die perfide Unterschiebung, ohne jedes Beweismittel, erfolgte zwei Tage später: «Die Frontisten, die vor vier Jahren im Bezirk Aarau noch kandidierten, haben den Jungbauern nicht so geschlossen gestimmt wie in Brugg und Baden.»<sup>120</sup> Ob deren Stimmen in Zeiten der Gefahr nicht eher bei den bürgerlichen Parteien gelandet sind? Wir wissen es nicht.

Wenn am Schluss des Wahlkampfes die Jungbauern im Aargau mit gleicher Sitzzahl im Grossen Rat verblieben, in gewissen Gemeinden sogar ihre Listenzahl erhöhen konnten, so blieb doch von der Kampagne sehr viel hängen. Ja, die sogenannte Deutschfreundlichkeit blieb an der Bauernheimatbewegung haften bis zum heutigen Tag. Damals wurde viel mit Mutmassungen operiert. Heute wissen wir, dass dahinter mehr steckte als Gerede; der Zeitgeist begünstigte eine Fichierung, die alles Kritische unter Verdacht stellte.

### **Die «Nationale Verdächtigung»**

Am 15. November 1940 schrieb der Sekretär der aargauischen Bauern- und Bürgerpartei, Hans Strahm, einen Brief an die Bundesanwaltschaft. Zwei Jungbauern hätten in Brittnau freiwillige Beiträge für die Schweizerische Bauernheimatbewegung gesammelt. Nach den Angaben eines Grossrats der BGB hätten diese argumentiert, es existierten Listen auf dem Mösberg, in denen jene verzeichnet seien, die etwas gespendet hätten. Wenn die Deutschen kämen, so würden diese schonend behandelt.<sup>121</sup>

Es sei zu vermuten, fuhr Strahm fort, dass sie diese Nötigung nicht selbst ausgedacht hätten (dazu seien sie zu wenig intelligent), sondern wohl von ihrem «Führer» dazu veranlasst worden seien. Leider könne keine Drittperson als Zeuge aussagen. Doch auch Grossrat Vonäsch und ein gewisser Woodtli aus Strengelbach hätten in einer Wirtschaft in Riken (Murgenthal) schon ähnliche Bemerkungen gemacht. Ein anderer aus demselben Kreis habe erklärt, in zwei Monaten sei Hitler in der Schweiz, dann werde mit der «alten Welt» gründlich abgerechnet werden.

Er, Strahm, habe diese Meldung an Bundesanwalt Franz Stämpfli auf Anraten von Nationalrat Roman Abt gemacht. Abt werde die Angelegenheit noch telefonisch mit ihm besprechen.

Mit diesem Brief begann nun eine systematische Bepitzelung der aargauischen Jungbauern. Am 20. November 1940 veranlasste die Bundesanwaltschaft den aargauischen Polizeikommandanten, Zumbrunn, das Nötige zu veranlassen, die genannten Personen zu befragen und das Umfeld abzuklären. Daher wollte Zumbrunn von



allen Bezirksstellen vollständige Namenslisten der Mitglieder der Bewegung samt militärischer Einteilung einholen. In seinem Schreiben mutmasste er nicht nur, dass die Jungbauern mit Leuten aus den verbotenen Fronten konspirierten, sondern er setzte den Satz, «der Hitler kommt jetzt bald und dann geht es uns besser», eine angebliche Äusserung eines Küngoldinger Jungbauern, in den Text. Wer Ähnliches sage, müsse gemeldet werden.<sup>122</sup>

Im Laufe der ersten vier Monate des Jahres 1941 trafen die Angaben sämtlicher Bezirksposten ein. Alle Rapporte führten aus, dass keine Verbindungen zwischen der verbotenen «Nationalen Bewegung der Schweiz», also den «Fröntlern», und den Jungbauern bestünden, weder institutionell noch personell. Rheinfelden, Zurzach und das Freiamt meldeten, dass die Jungbauern in ihren Regionen nicht hätten Fuss fassen können und daher nur Vereinzelte Mitglieder seien. Oft wurde auf die Zahlen der letzten Wahlen verwiesen und damit suggeriert, dass ja alles öffentlich sei. Mehrere Dorfpolizisten meldeten Personen, die schon Bemerkungen im Sinn des Muster-satzes gemacht hätten, doch sei unbekannt, ob diese Leute Jungbauern seien.<sup>123</sup> Der Postenchef von Baden sandte Zumbrunn die treffende und generelle Antwort: «Querulanten und Betrunkene machen oft solche Feststellungen.»

Interessant ist die Tatsache, dass der Chef offenbar nicht daran zweifelte, dass sein Korps von Jungbauern «sauber» sei – immerhin eine politische Bewegung, die sich zur demokratischen Wahl präsentierte und im Nationalrat fast Fraktionsstärke aufwies. Es gab dörfliche Gemeinden im Bezirk Zofingen, in der die Jungbauern am meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Brugg meldete, dass es in Elfingen schwierig sei, Erhebungen zu machen, da der Gemeinderat, der Gemeindeschreiber und der Sektionschef alles Jungbauern seien. Aus Murgenthal fehlten die Angaben zur militärischen Einteilung, weil das Büro des Sektionschefs die Wohnstube sei und dessen Sohn bei der neuen Bewegung mitmache. Hier wie dort seien Schnüffelaktionen erkannt und wohl auch öffentlich kritisiert worden.<sup>124</sup>

Im Januar 1941 machten zwei Berner Juristen, Mühlemann und Lindt, von sich reden. Offiziere und ehemalige BGB-Mitglieder, gehörten sie seit zwei Jahren der Stadtberner Jungbauern-Sektion an. Da sie häufig in der deutschen Botschaft verkehrten, lief eine Untersuchung gegen beide. Sofort, am 15. Januar, wurden sie aus der Bewegung ausgeschlossen. Dennoch war das Ausschlichten dieser Zugehörigkeit für die Gegner ein gefundenes Fressen. Müller schrieb in seiner Zeitung, dass man wohl von Säuberung der Bewegung berichten, doch keine Sippenhaft veranstalten dürfe. Die Bündner Demokraten traten wegen dieser Affäre sogar aus der Nationalratsfraktion aus.

Die Bundesanwaltschaft war seit diesem Fall voller Misstrauen gegenüber Nationalrat Hans Müller, denn Mühlemann hatte bei der Einvernahme behauptet, er sei vom Leiter der Bewegung zu diesen Besuchen ausgewählt worden. Reine Schutzbehauptung oder Racheakt für den Hinauswurf? Wie auch immer. Hans Müller wusste damals von diesen Dingen nichts und konnte sich dagegen auch nicht wehren.

Die Bundesanwaltschaft fichtete vorerst die Berner Jungbauern – die Aargauer Anzeige kam daher wie gerufen. Der Kommandant des aargauischen Polizeikorps, Oskar Zumbrunn, der wegen seiner rüden Methoden zuerst gegen rote, dann aber braune Mitbürger als Chef des Territorialdienstes «auf Pikett entlassen» worden war, warf sich mit fast blindem Eifer auf die neue Aufgabe.

Mit einem Brief an die Bundesanwaltschaft machte er aus seiner persönlichen Haltung zu diesen Neuerern kein Hehl. Eigentlich hätten sich die Abklärungen erübrigt, denn Zumbrunn meinte, alles schon zu wissen. Sie würden dauernd «die jetzige Staatsführung heruntermachen und die angeordneten Massnahmen in den Schmutz ziehen», sie seien «keineswegs berufen, die Kritiker zu spielen», denn sie «haben bisher noch nichts geleistet». «Zu Unrecht» hängten sie ihrem Tun ein «religiöses Mäntelchen um», dabei seien sie eine «religiös-bolschewistische Organisation» und daher «nicht ungefährlich». Und er zieht aus dieser Charakterisierung den Schluss, dass man diese Bewegung eigentlich verbieten müsste. Der «Staatsschutz kann dem unverantwortlichen Treiben dieser Leute nicht mehr zusehen». Mindestens sollte man die «Bewilligung für Versammlungen verhindern», denn solche bedeuteten einen «Missbrauch mit demokratischen Rechten».

In einem zweiten Brief versteigt sich Zumbrunn zu einer eigentlichen Hass Tirade auf die Mitglieder dieser Bewegung. Er spricht von «jungbäuerlicher Anmasslichkeit», von «Gefährdung der Unabhängigkeit unseres Landes», von «nebelhaften Versprechungen», um damit in «unehrlicher Art» die «Bauern zu betören» und «Unzufriedenheit zu schüren». «Die Jungbauernbewegung scheint gefährlicher zu werden als die verbotenen Bewegungen, da sie mit einem grösseren Anhang rechnen kann.» Es sei «Maulwurfsarbeit schlimmster Art», wenn man suggeriere, «dass Bauern nur Zinsknechte der Herren würden». Ausdrücke und Vorwürfe scheinen direkt aus der Propagandaküche der beleidigten Mutterpartei zu stammen.

Wenn wir dagegenhalten, was die Erhebungen und Bespitzelungen im Aargau an Details erbracht haben, so wird der vorgängige Katalog zur Grotteske. In Unterentfelden würden wohl «neuartige» Theorien und Ansichten vertreten, aber keine Äusserungen zu Hitler gemacht. Im Bezirk Aarau fänden sich keine aggressiven Politiker unter den Mitgliedern, und es seien keine entsprechenden Äusserungen bekannt. Grossrat Arber aus Gränichen sei als Gemeinderat vor allem von den Sozialdemokraten «auf den Schild» erhoben worden. Seine prekäre finanzielle Lage habe Leiter Müller veranlasst, ihm gute Ratschläge zum besseren Wirtschaften zu erteilen. So sei Arber über Müller verärgert und daher eher distanziert zur schweizerischen Leitung.

Aus Kölliken kam die Meldung, die Jungbauern seien zum Teil sonderbare Typen. Grossrat Hans Suter (JB) habe einem einrückenden Soldaten gesagt: «Es hat doch keinen Wert, Hitler macht mit uns ja doch, was er will.» Diese «defätistische» Aussage wird später noch zu reden geben. Von Hägglingen berichtete der dortige Polizeisoldat, dass nur die Verbitterung über Roman Abt gewisse Bauern

dazu veranlasst hätte, die Jungbauern-Liste einzulegen, dies seien gar keine Anhänger Hitlers. Daher sandte er lediglich eine Liste mit vier «deutschfreundlichen» Personen.

Auch der angeklagte Brittnauer, der von den «Listen auf dem Möschberg» gesprochen haben soll, sei ein «Schwätzer und Fantast». Da nichts Nachteiliges über ihn in Brittnau zu erfahren war, empfahl der ausserordentliche Inspektor in Bern, von weiteren Erhebungen abzusehen.

Ein Polizist aus Wittnau, sicher nicht unparteiisch, der die Versammlung in Bözen als «Demonstration» bezeichnete, feierte die «Gegendemonstration» der Altbauern unter Landwirt Häberli vom Kornberg als gute Antwort. Es gehörten dieser Bewegung «ohne Zweifel extreme Elemente von verkrachten Existenzen an, die bei den Altbauern kein Gehör finden». Aus Villmergen wurde ein Landwirt gemeldet, der über die Behörden verärgert sei, da er mehrmals verurteilt worden, sodass er schon Hitler herbeigewünscht habe. Dass er ein Jungbauer sei, betrachte er eher als unwahrscheinlich.

Der einzige Kreis, dem deutschfreundliche Aussagen angelastet wurden, waren Leute aus der Waldwirtschaft von Strengelbach und Murgenthal, die unter Förster und Grossrat Vonäsch arbeiteten. Diese trafen sich in der Wirtschaft zum «Rössli» in Riken und würden viel über den Bundesrat lästern. Bannwart Plüss verkehre oft mit Deutschen in der Gemeinde, und dessen Frau habe einmal verlauten lassen, bei Hitler draussen habe man «besser zu Fressen» (sic!) als hier. Der gleiche Grossrat Vonäsch, der als Wortführer dieser Gruppe galt, wurde von einem anderen Polizisten als «guter Schweizer» gerühmt, der keine Zusammenarbeit mit Fröntlern dulde.

Wenn wir diese Erhebungen näher betrachten, so schimmert durch, dass sich alle Leute des Polizeikorps befeissigten, ihrem Kommandanten Eifer zu zeigen. Am deutlichsten war dies bei Polizeisoldat Zimmermann von Kölliken sichtbar, der in der Folge zum Gefreiten aufstieg. Er hat dann 1943 zu einem Aufsatz Müllers «Was tust Du für die Heimat?» – wohl allgemein bekannt – einen Begleitbrief verfasst, der wie ein Echo aus der «Anklageschrift» Zumbrunns lautet, mit dem Unterschied, dass nun alles nazistisch geheissen wurde. Es seien Menschen, die offensichtlich der Schweiz gegenüber eine verwerfliche Gesinnung an den Tag legten. «Diese Leute sind gegen unsere staatlichen Einrichtungen und polemisieren in der Folge stets über unsere Behörden. Die Tendenz dieser Bewegung ist, eine neue Ordnung nach dem Muster des nationalsozialistischen Deutschland zu schaffen. Nur zu oft schon haben es die Jungbauern ausgesprochen, dass auch für unser Land der Nationalsozialismus kommen müsse. Die Gefährlichkeit dieser Bewegung hätte schon längst erkannt und die nötigen Massnahmen, wie dies bereits früher in ähnlichen Fällen erfolgt ist, getroffen werden sollen.» – His master's voice!

Da Müller nicht überall, wo er im Aargau angefragt wurde, referieren konnte, sandte er Berner aus dem Kreis der Möschberger Bauernschule in diesen Kanton, um in der Vorwahlzeit entsprechende Verpflichtungen wahrzunehmen. Dass Heinrich

# **Schwarze Listen auf dem Möschiberg, ein Wahlschwindel!**

Die alte Bauernpartei verteilt in letzter Stunde ein Flugblatt mit dieser Überschrift. In Aargau soll ein gewesener Jungbauer so etwas gesagt haben.

Auch wenn der Mann je so etwas gesagt hätte, so hat er als Zeuge vor Gericht bestätigt, dass er zu dieser Aussage weder von der Leitung noch von andern Organen der Bewegung veranlasst worden sei. Diese hätten damit überhaupt nichts zu tun.

Im übrigen werden obere Gerichtsinstanzen über die unrichtige Behauptung von der Führung schwarzer Listen erst noch zu entscheiden haben.

Im gleichen Zusammenhange wurde

## **ein prominenter Grossrat**

**der Aargauischen Bauernpartei zu 1000 Fr. Genugtuung  
wegen Ehrabschneiderei verurteilt.**

Ein Mitglied der Aargauischen Bauernpartei, dessen Name heute die Wahlliste dieser Partei ziert, sprach bei Anlass eines Vortrages von schwarzen Listen seiner Partei.

Das sind die Tatsachen.

## **Weshalb,**

**so fragen wir, hat der Bundesrat auf dem Möschiberg  
nie eingegriffen,**

wie er es hätte tun müssen, wenn auch nur ein wahres Wort an diesem Schwindel gewesen wäre?

Der Bundesrat hat die Dinge so gewertet, wie sie zu werten sind.

**Deshalb hat er gegen die Jungbauern auch in den  
Zeiten schlimmster Verleumdung nie etwas unter-  
nommen.**

Er kennt die Jungbauern wie du sie kennst! Als wackere Männer, gute Soldaten und ehrbare Bürger.

Ist es nicht ein Verbrechen am Land, in so bitter ernster Zeit durch nationale Verdächtigung und Ehrabschneiderei das Volk zu entzweien?

**Unrecht und Verleumdung sollen nicht triumphieren!**

**Jetzt erst recht gehst auch du mit der Liste der Schweizerischen Bauern-  
Heimatsbewegung an die Urne! Jetzt stimmst du den Jungbauern!**

Im Vorfeld der Grossratswahlen von 1941 waren die sogenannten Schwarzen Listen auf dem Möschiberg für die BGB ein gefundenes Fressen. Mit diesem Flugblatt versuchten die Jungbauern Gegensteuer zu geben.

Stüssi, Erwin Freiburghaus und Grossrat Burren dazu bei Kameraden hierzulande Unterkunft erhielten, kann wohl als Selbstverständlichkeit bezeichnet werden. Die Untersuchungsbehörden vermuteten dahinter konspiratives Tun und überwachten die Telefongespräche zwischen dem Möschberg und den Sendboten. Alle Fichen zu den Anrufen gingen von der Militärjustiz aus, der Zensurstelle des Armeestabes in Bern. Diese Referenten – meist Offiziere – leisteten ja auch oft Militärdienst.

Alle aufgezeichneten Gespräche bezogen sich auf Organisatorisches sowie wahrgenommene Tätigkeiten, Erfolge und Misserfolge von Veranstaltungen: alles Dinge, die sich in aller Öffentlichkeit abgespielt hatten und auch in der Presse angesagt oder kommentiert worden waren. Dabei fielen auch Termine von Sitzungen, die dann der Bundesanwaltschaft und dem Polizeikommando in Aarau gemeldet wurden. So erwuchsen daraus Anschleichaktionen, die wie bubenhafte Indianerspiele anmuten.

Alle diese bekannten Persönlichkeiten aus dem Kanton Bern wurden auf Antrag der Aargauer Stellen von ihren Wohngemeinden charakterisiert. Anschliessend wurden sie von Angehörigen des hiesigen Korps zu ihren Referaten befragt. Alle Redner standen wörtlich zu ihren Aussagen, mussten diese aber auch den zum Teil politisch-wirtschaftlich wenig versierten Polizisten näher erläutern.

Den Akten wurden aber auch veröffentlichte Artikel, Wahlergebnisse und Kommentare beigelegt – obwohl ja alles der offiziellen Pressezensur unterstand. Ein Zeitungsartikel, im «Bremgartner Bezirks-Anzeiger» eingerückt, dann wahrscheinlich im «Wohler Anzeiger» abgekupfert und etwas redaktionell angereichert, führte zu einer hochnotpeinlichen Abklärung. Kantonsrat Frey aus Flawil (SG), Jungbauer, habe bei einem Referat eine verhüllte Drohung ausgesprochen: «bei innern Unruhen lassen sich die Soldaten nicht wie 1918 mit Blumen und Stumpen bezirzen, um ihre Haut zu Markte zu tragen». Der Verfasser des Artikels, Lehrer Balbi von Künten, meinte bei der Einvernahme, dass er den Satz aus der Erinnerung formuliert habe. Fabrikant Birchmeier, der den Vortrag ebenfalls gehört hatte, erinnerte sich anders: «dass wir jetzt schon vorbeugen müssen, um nicht wieder ein 1918 erleben zu müssen, denn die Verabreichung von Stumpen an die Soldaten käme also dann verspätet.»

Das weitere Vorgehen in diesem Fall hatte mit dem Aargau nichts mehr zu tun. Befragungen ergaben, dass Kantonsrat Frey in einer persönlichen Sache straffällig geworden war und damit als Sendbote unglaubwürdig erschien. Die Sache verlief jedenfalls im Sand.

Überblicken wir die Fichierungsphase im Aargau, so stellen wir fest, dass der ganze Aufruhr vor den Wahlen 1941 stattfand. Nachdem die Jungbauern ihre Position mit acht Sitzen im Grossen Rat halten konnten, vielerorts gar Stimmengewinne zu verzeichnen hatten, versiegten die Recherchen fast ganz. Erst 1946, zusammen mit dem Fall Hektor Ammann im Parlament, packte man die Aussagen der Grossräte Suter und Vonäsch wieder aus und versuchte in gleicher Weise anzukreiden und eine Abrechnung zu inszenieren. Damals war die Jungbauernbewegung meistens

am Abklingen. Bei der Eingabe der 200 war nicht eine einzige Unterschrift eines Jungbauernführers zu finden. Der Bericht des Bundesrats mit dem Titel «Die landesfeindlichen Umtriebe» enthielt nichts, aber auch gar nichts über die Jungbauern. Dies verkündete «Der Jungbauer» selbstbewusst. Nur die «Tagwacht» versuchte, aus der Affäre Mühlemann/Lindt der Bauernheimatbewegung noch einmal einen Strick zu drehen. Das mag in Bern noch gewirkt haben, im Aargau blieb es ohne Echo.

Dem heutigen Leser und Forscher mag die ganze Fichieraffäre wie eine Groteske anmuten. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass in Zeiten der Gefahr andere Gesetze gelten, sowohl tatsächlich als auch moralisch und stimmungsmässig. Die Furcht vor der Wühlarbeit einer fünften Kolonne beherrschte auch die Sinne der Bevölkerung, nicht nur diejenigen von sturen Polizeibeamten und Militärs. Das Handeln «im Dienste des Landes» wurde damals wie heute kontrovers beurteilt. Deutschfreundlichkeit wurde automatisch mit Nazinähe gleichgesetzt. Der Geist der Zeit ist auch eine Wahrheit und darf seinen Niederschlag in der Historie finden. So war in Grenznähe auch die deutsche Ehefrau bereits ein Grund, Vorbehalte gegenüber einer ganzen Familie zu hegen. Das kann jeder Zeitgenosse bezeugen. Wer dies nicht einbezieht, der tut einem Oberst Zumbrunn Unrecht.

## **Politik der Grossratsfraktion**

1937–1941

Die achtköpfige Fraktion der Jungbauern, zusammen mit den fünf EVP- und drei LdU-Leuten, das heisst das Gros aller loyalen, demokratischen Neu-Parteien, besass eine Stimmkraft von 18 Grossräten. Das war mehr als das halbe Potenzial einer damaligen Grosspartei im Aargau, deren Fraktion rund 30 Mitglieder zählte. Daher schrieben die Jungbauern vor der ersten Versammlung dem Grossratspräsidenten einen Brief<sup>125</sup> und meldeten Anspruch auf Kommissionssitze an. Für sie war selbstverständlich, dass ihre Verbündeten aus dem Kreis der Richtlinienbewegung, vor allem die SP, ihre Anliegen unterstützen würden. Sie schlugen die Kandidaten für je einen Sitz in der Staatsrechnungs- und der Geschäftsprüfungskommission vor. Bei der konstituierenden Versammlung erfolgte die grosse Enttäuschung. Der Drang nach Machterhaltung erfasste auch Arthur Schmid: Er verglich nur das Verhältnis von 8 zu 30 und bestritt jeden Anspruch auf Mitgliedschaft der kleinen Parteien. So musste sich der Fraktionspräsident, Paul Hunziker, mit der Bauordnungsprüfungskommission zufriedengeben. Später erfolgte dann noch die Wahl Suters in die Rechnungsprüfungskommission des AEW. Und dabei blieb es.<sup>126</sup>

Schon in den Wahlkommentaren in der Presse, dann auch in der Eröffnungsrede des Präsidenten wurde die Zersplitterung bedauert und vorausgesagt, dass die Diskussionen durch die kleinen Parteien verlängert würden. Der Fraktionschef der Jungbauern musste natürlich vermehrt sprechen und anfragen, weil ihm und seiner Gruppe Informationen durch die Absenz bei den vorbereitenden Arbeiten fehlten.

Die erste ordentliche Versammlung fand erst am 14. Juni 1937 statt. In langen Vorbereitungsgesprächen hatten sich die Neuen in die Geschäfte eingearbeitet. Die FdP-Fraktion erschien eine halbe Stunde zu spät im Plenum, weil sie ihre Vorsitzung am Morgen vor der Debatte abhielt. Das sorgte bei den Neulingen für Empörung. Noch wussten sie nicht, wie viel Routine durch Fortsetzungen und alljährlich wiederkehrende Vorlagen sich für die «alten Füchse» ergab.<sup>127</sup>

Ins selbe Kapitel gehört die Umsetzung der eidgenössischen Anliegen im Rahmen der bescheidenen kantonalen Möglichkeiten. Das Parteiorgan hatte immer wieder die grossen Themen der Jungbauern behandelt und von der entsprechenden Arbeit im Nationalrat berichtet. Agrar- und Geldpolitik vermögen aber nur in Ausläufern die kantonale Ebene zu erreichen. Es galt, dies zu erlernen und sich zu bescheiden. Die Kaufkrafterhaltung als zentrales Anliegen war nur bei den staatlichen Löhnen, bei der Verhinderung der Armutsfalle und der sozialen Hilfe möglich, nicht bei der Politik der Nationalbank. Dass gelegentlich Forderungen bei bestem Willen an die falsche Adresse gelangten, kann daher nicht erstaunen.

Hunziker und sieben Mitunterzeichner forderten den Regierungsrat auf, in Bern dafür einzustehen,<sup>128</sup> dass jede Abbaupolitik zu verhindern sei, denn sie gefährde den durch die Abwertung des Schweizer Frankens eingeleiteten Wiederaufstieg der Wirtschaft. Dieses Anliegen erhielt zwar die Unterstützung der SP; die schriftliche Antwort der Exekutive verwies aber auf die Grenzen kantonalen Einflusses.<sup>129</sup>

So forderte Hunziker endlich, dass der Aargau gesunde Staatsfinanzen nicht im Abbau («Deflationspolitik») suche. Damit konzentrierte sich die Fraktion mehr auf die Budget- und Rechnungsberatung. Dem Staatspersonal hatte man vor einigen Jahren die Löhne gekürzt. Nun sollten sie nach ihrer Meinung wieder aufs alte Niveau angehoben werden. Dies wurde schliesslich genehmigt.<sup>130</sup> Bezüglich der Lehrerlöhne blieben die Anträge der Jungbauern auf der Strecke. Gerade die «alte» Bauernpartei zeigte sich knausrig gegenüber der Schule.<sup>131</sup>

Zusammen mit der SP versuchten die Jungbauern daher auch, eine allgemeine Erhöhung der Jahreslöhne unter 4000 Franken zu erreichen. Die Begründung lag immer in den Preisen für landwirtschaftliche Produkte. «Soll die Wirtschaft dem Budget-Götzen geopfert werden?», fragte Hunziker stets rhetorisch in verschiedenen Variationen.<sup>132</sup> Die Fraktion zeigte sich in dieser Sparte konsequent bis zu den Stundenlöhnen der Waldarbeiter in den Staatswaldungen.<sup>133</sup>

Umgekehrt sollte die Arbeitsvergabe der öffentlichen Hand nur an jene Firmen erfolgen, die anständige Löhne zu zahlen bereit seien.<sup>134</sup> Und in der Steuerpolitik galt grundsätzlich: Den Ärmeren sollte wenig bis nichts genommen werden. Und durch alle Postulate schimmerte die Sorge hindurch, die Kleinbauernfamilie zu entlasten, auch wenn es nur darum ging, der Grossfamilie zusätzliche Familienabzüge zu gewähren, wenn mehrere Generationen zusammen haushalteten.<sup>135</sup>

In der Landwirtschaftspolitik war den Jungbauern die steuerliche Einschätzung der Höfe zum Ertragswert eine Sorge.<sup>136</sup> Wieder ging es um die Entlastung der Klein-

bauern. Kritik übte die Fraktion, wenn gesprochene Bundesgelder im Kanton wenig oder nichts brachten: wenn die Obstbauförderung aus dem Alkoholertrag versickerte, ohne Nennenswertes auszulösen.<sup>137</sup> Die Staatsgelder zugunsten der Wirtschaftsverbände (Bauernverband!) würden missbräuchlich für die Propaganda gegen die Jungbauern verwendet.<sup>138</sup> Die Viehentschädigungskasse sollte dafür sorgen, dass Schlachtvieh bei Überangebot nicht unter seinem Wert losgeschlagen werden müsse.<sup>139</sup> Die Bürgschaftsgenossenschaft oder eine Hypothekar-Hilfskasse sollte aus zu grossen Bankendividenden gespiesen werden (von 6 auf 3 Prozent).<sup>140</sup> Dass solche Umlage-tendenzen von den Bürgerlichen abgelehnt wurden und die BGB mit dabei war, gehörte langsam zum Erfahrungsschatz der «Jungen» und schien ihr Dasein und ihr Wirken zu rechtfertigen.

Viele Vorstösse hatten mit dem Kriegsausbruch zu tun. Wie die LdU-Vertreter waren die Jungbauern schon 1937 darauf aus, die Schweiz für einen Ernstfall autark zu machen. Zusammen warben die beiden Gruppen für die Ausbeutung der Eisenerze in Herznach durch die öffentliche Hand, aber auch die Verhüttung im eigenen Land. Dass dazu die elektrische Energie zur Anwendung komme, war ein dauerndes Anliegen. Vorstösse dieser Art wurden immer abgelehnt, bis gegen Ende des Kriegs endlich die Not zum Handeln zwang.<sup>141</sup> Es waren die BBC-Ingenieure des LdU, die das nötige Sachwissen in die Debatte einbrachten. Ebenso wurde die Erzeugung von Ersatztreibstoffen vorerst abgelehnt.<sup>142</sup>

Immer wieder bremste das Streben nach ausgeglichener Staatsrechnung die Initiative der Neulinge. Die Verstärkung der Landesverteidigung stand bei den Jungbauern nie infrage; doch die Verteilung der Lasten wurde ständig bemängelt. Die Anbauschlacht sollte nicht zu 90 Prozent von den Bauern allein getragen werden.<sup>143</sup> Die aus dem Dienst entlassenen Wehrmänner sollten nicht ihre Arbeitsstellen abgebaut vorfinden.<sup>144</sup> Es galt als Affront, dass das eingezogene Stroh für Militärlager nachher zu überhöhten Preisen den Bauern zurückgegeben wurde.<sup>145</sup> Auch die Urlaubspraxis für Wehrmänner aus dem Bauernstande wurde offen kritisiert: Sie sollte der anfallenden Arbeit angepasst werden. Doch Kritik galt damals als unanständig, als Schwächung der Wehrbereitschaft.

Die Jungbauern versuchten, den Staat vermehrt in die Pflicht zu nehmen. So forderten sie, dass niedergelassene Ausländer höhere Steuern zu entrichten hätten, um den Militärflichtersatz von Schweizern auszugleichen.<sup>146</sup> Immer wieder versuchten sie, für die Kriegszeit den grossen Vermögen ein Wehropfer abzurufen. Ohne Erfolg.<sup>147</sup> Dass darob schnell der Vorwurf der zahlungsunwilligen oder renitenten Bauern zur Hand war, stiess den Jungbauern besonders auf. Sie wiesen hämisch auf Regierungs- und Nationalrat Keller hin, seines Zeichens Militärdirektor, der im Dienst des Budgetausgleichs spärwütig gegen die Neubewaffnung der Feldartillerie, gegen den Luftschutz, gegen die Förderung der ausserdienstlichen Ausbildung und gegen «Arbeitsbeschaffung und Landesverteidigung» gestimmt hatte. Wie würden Jungbauern an den Pranger gestellt, wenn sie so verfahren würden!<sup>148</sup>



Die Staatsanstalten wurden mit Argusaugen kontrolliert. Nach dem Prinzip, dass solche Institutionen keine Gewinne abwerfen dürfen, galt die Kritik der Kantonalbank, wenn sie als Güterspekulant auftrat, zu grosse Reserven anhäufte oder zu hohe Dividenden auszahlte. Grossrat Suter kritisierte das AEW, das eine Extrasteuer auf die elektrische Süssmostherstellung festlegte.<sup>149</sup> Überhaupt sollte das AEW Strompreisreduktionen vornehmen. Dessen Ziel sollte sein, die Wirtschaft mit billigem Strom zu versorgen, auf dass keine Arbeitslosigkeit entstehe. Armenlasten sollten verhindert werden, indem durch vorbeugende Massnahmen gar keine Armut eintrete. So forderten sie auch sozialere Taxen im Kantonsspital.<sup>150</sup>

Und nicht zu übersehen sind auch die typischen Jungbauern-Anliegen im Dienst von Religion und Sittlichkeit, ausgehend von Nationalrat Jakob Steiners programmatischem Referat, dass «Das Schöne beim Bauern» die Arbeit sei, die dauernde «Verbundenheit mit dem Schöpfer».<sup>151</sup> Wie sollte da Grossrat Brack einem arbeitsfreien 1. August zustimmen! «Wir wollen keinen Bummel- und Reisetag. Wir sollten mehr nach innen, denn nach aussen glänzen.»<sup>152</sup> Ebenso eindeutig war die Stellungnahme der Fraktion zum neuen Schulgesetz: Statt konfessionelle Neutralität wäre der Kampf gegen die Gottlosigkeit festzuschreiben.<sup>153</sup> Grossrat Klaus bedauerte, dass in der vierten Klasse auf Religionsunterricht verzichtet werden solle,<sup>154</sup> und beim Ladenschlussgesetz sprach Grossrat Arber gegen Sonntagsverkäufe im Dezember, während der Regierungsrat die Läden an Sonntagen dreimal offenhalten wollte und selbst die EVP dazu ja sagte.<sup>155</sup>

### 1941–1945

Die «Arbeitsgemeinschaft» der grossen Parteien<sup>156</sup> hat den Jungbauern den natürlichen Verbündeten entrissen: die Sozialdemokraten. Wo früher Arthur Schmid Mitstreiter war, da trat er nun als Gegner, ja als Spötter auf. Polemiken zwischen ihm und Paul Hunziker wechselten mit jenen zwischen den Jungbauern mit Dr. Roman Abt, die sich spinnefeind gegenüberstanden. Nun mussten sie noch häufiger verlieren lernen. Die Idee, dass der Sozialstaat kein Anhängsel, sondern ein zentrales Anliegen des Kantons sein müsse, trugen sie nun alleine vor.<sup>157</sup> Die SP trat gar für die Privatisierung der Eisenerzgewinnung ein, was den Jungbauern einen staatspolitischen Sündenfall bedeutete.<sup>158</sup> Auch die Entschuldung der Bauernbetriebe, einst von der SP mitgetragen, blieb nun auf der Strecke. Selbst die Hypothekarversicherung, gebildet aus dem Reservefond der Kantonalbank, blieb ohne Unterstützung der Linken.<sup>159</sup> Arthur Schmid galt nun bei den Jungbauern als Bürgerlicher, umgekehrt galten ihre sozialen Anliegen bei der SP nun als bräunlich eingefärbt. Diese Beispiele betrafen zwar noch die alte Legislatur, waren aber typisch für das nun neue Verhältnis zwischen den einstigen Freunden aus der Richtlinienbewegung. Die verzweifelten Reden von Paul Hunziker für die «Dienstpflicht des Geldes» während eines Kriegs mit weitreichenden innenpolitischen Folgen, führten gar zu einer Verulkung im Grossen Rat.

Entsprechend der militärischen Parole «Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat», hing im Grossratssaal – klar adressiert an die Jungbauern – ein Riesen-transparent mit diesem Satz. Hunziker protestierte: Das sei eine Provokation; ein Parlament sei nicht zum Schweigen und Kopfnicken da. Der Ratspräsident behauptete, der Regierungsrat habe dies veranlasst. Dann stellte sich heraus, dass allein der Abwart sich diesen Ulk erlaubt hatte. Den Jungbauern, die gegen jede Kabinetts-politik Sturm liefen, galt dies als schlechter Scherz.<sup>160</sup> Sie waren gegen stille Wahlen, gegen ein «Finanznotrecht» der Exekutive und 1945 dann auch – zusammen mit dem Landesring – für den sofortigen Abbau der Vollmachten, das heisst für die Wiederherstellung der Volksrechte; beide hatten eben auch vorher nur widerwillig die Entmachtung von Parlament und Volk mitgetragen. Sie witterten hinter solchen «Notmassnahmen» den Versuch der Regierung, die Macht in eigenen Händen zu behalten, was ihre Politik bei der «Arbeitsgemeinschaft» wiederum anrühlig machte.

Die Anbauschlacht, die agrarische Autarkie, die sie vor dem Kriege schon angestrebt hatten, war nun eine Notwendigkeit geworden.<sup>161</sup> Doch anstelle eines ausgeglichenen Budgets um jeden Preis erwarteten die Jungbauern eine gerechtere Verteilung der Lasten, vor allem beim 30-prozentigen kantonalen Zuschlag zur eidgenössischen Wehrsteuer.<sup>162</sup> Auch der Reservefonds der Kantonbank sollte in solchen schweren Zeiten für gemeinnützige Zwecke verwendet werden.<sup>163</sup>

Tiefe Genugtuung herrschte, als im Januar 1943 die Lehrerbesoldungen durch Ermächtigung des Grossen Rates den launenhaften Volksabstimmungen entzogen wurden. Wenn im neuen Steuergesetz 1944 Entlastung der untern Einkommen postuliert wurde, stimmte die SP regelmässig mit den Bürgerlichen, oder wie die Jungbauern tadelten: Die SP stand nun auf der Seite des Kapitals.

Die Rodungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Mehranbau brachte den Waldarbeitern bessere Löhne und Arbeitsbedingungen: ein Werk der drei Förster in der achtköpfigen Fraktion. Dass das AEW in dieser Zeit als Konkurrent des Brennholzverkaufs auftrat, brachte diese Gruppe in Harnisch: ein Groteske, nach ihrer Lesart.

Doch die Not sorgte auch automatisch für die späte Erfüllung alter Wünsche und Postulate: In Choindez wurde nun Eisenerz elektrisch und im Inland verhüttet, die Wohnbausubventionierung half der darniederliegenden Bauwirtschaft, und die Förderung des Silobaus kam dank Subventionen rasch voran. Die Vorratshaltung, schon vor dem Kriege in allen Bereichen gefordert, war nun zum Alltagsgeschäft geworden.

Nachdem im Kanton Bern eine kantonale Lösung für eine vorgezogene AHV dank dem Kampf der Jungbauern realisiert werden konnte, prellte die gleiche Gruppe auch im Aargau in diesem Sinn vor. Ohne Erfolg! 5801 Unterstützungsgesuche von alten Leuten boten ein drastisches Bild des Elends. Beim «Recht auf Arbeit» des LdU sprach sich der Pressechef der schweizerischen Jungbauern, Dr. Hans Graf, für Zustimmung, die Aargauer aber für Stimmfreigabe aus. Sie wollten konkretere Massnahmen des Bundes, damit nach dem Kriege kein zweites 1918 entstehe. Den Heim-

arbeitern im Aargau (Stroh, Tabak und Nägel), bisher ungeschützt und ohne gewerkschaftliche Hilfe, galt die Zuwendung der Jungbauern durch staatliche Intervention.

Sie plädierten für höhere Polizistenlöhne nach dem Prinzip, dass die Kaufkraft immer gestärkt werden müsse. Was für breite Berufsgruppen galt, war belanglos für die Gehälter von Regierungsräten: Hier war eine Erhöhung im geforderten Rahmen unnötig. Den Schuldenbauern galten diese Besoldungen sowieso als astronomisch. Und ihnen fühlte sich die Fraktion immer verpflichtet. Das Meliorationsprogramm sei wegen der Industrie im Rückstand, nicht mangels Einsatz der Bauern. Nicht sie seien die «Brunnenvergifter», wie ihnen jetzt angelastet werde. Mitten im Krieg verlangten sie ein Haushalt- und Landjahr für junge Leute – auch als Hilfe für die überlastete Bauersfrau. Dies geschah im Zusammenhang mit der Anerkennung der bäuerlichen Lehre als vollwertige Berufsbildung auf Bundesebene.<sup>164</sup>

Die Unterschriftensammlung für die Initiative gegen die Bodenspekulation war im Juni 1943 mit 54 818 Namen eingereicht worden. Vergeblich hatten die Jungbauern beim Bund und in den Kantonen dauernd versucht, über Zinsentlastung und allerlei Hilfskassen eine Besserstellung der kleinen Bauern zu erreichen, die doch vor allem billigen Boden oder Pachtland benötigten. Der Boden sollte auch in Hinblick auf die Nachkriegszeit entlastet werden. Doch selbst die Besteuerung der Bauern nach dem Ertragsprinzip war von den Bürgerlichen abgelehnt worden. Nun galt es, bei den Herrenbauern und Nicht-Selbstbewirtschaftern die Preistreiberei für Agrarland zu stoppen. Im Juni 1945 bestand die Gefahr der Verschleppung des Geschäfts in Bern. «Der landwirtschaftliche Boden gehört dem, der ihn bebaut!» Die «Altbauern» sahen in dieser Forderung eine Entlehnung aus dem Naziprogramm der Erhofbauern. Nationalrat Reichling (ZH) hatte schon früh Nationalrat Hans Müller deswegen angeklagt.<sup>165</sup> Doch diese Ideen und Ziele stammten ohne Zweifel schon aus den 1920er-Jahren.

Doch solche und ähnliche Anschuldigungen fanden in der direkten Nachkriegszeit guten Nährboden. Die Initiative stand zu diesem Zeitpunkt unter keinem guten Stern. Zudem brachte diese Phase das Abrechnungsfieber: Es galt, argwöhnisch Sympathisanten der Achsenmächte ausfindig zu machen. Je mehr «Dreck am Stecken» man selbst hatte, umso eifriger versuchte man andere anzuschwärzen. Mit solchen Hypothesen belastet, stiegen die Jungbauern in den Wahlkampf, der im Kanton Bern praktisch schon das Ende dieser politischen Bewegung gebracht hatte.

### *Gemeindebehörden*

Obwohl sich die Ortsgruppen zumeist mit den grundsätzlichen Fragen von Zeit und Wirtschaft befassten, konnte den initiativsten Gruppen im Aargau die eigene Gemeindepolitik nicht gleichgültig sein. Da im Wahljahr des Grossen Rats im Spätherbst immer die Gemeindewahlen stattfinden, bedeutet das Jahr 1937 auch für einige Mitglieder oder Sympathisanten der Jungbauern den Start für eine Amtsperiode in der örtlichen Behörde.

Der grosse Zulauf zu den Vorträgen und Tagungen, meist abgehalten im ländlichen Raum, ermunterte die Gruppen genau dieser Orte, mit eigenen Kandidaten aufzutreten und über Bündnisse auch Gemeinderäte anderer Parteien zu unterstützen, sofern deren ethische Haltung den Grundsätzen der Bewegung entsprach.

Da alle Gemeinden damals die Wahl der Behörden an der obligatorisch besuchten Gemeindeversammlung (Bussen!) vollzogen, fehlt gerade an den kleinen Orten die vorgängige Auseinandersetzung in der Lokalpresse. Inserate und Textbeiträge waren selten; Absprachen erfolgten mündlich, Kandidaten wurden scheinbar spontan im Plenum nominiert, auch wenn dies vorher schon abgesprochen war. Auch der Rückzug eines Bewerbers fand direkt nach einem Wahlgang statt, wenn die Lage aussichtslos war. Eigentliche Wahlkämpfe fanden nur dann Eingang in die Presse, wenn ein zweiter Durchgang zu einem späteren Termin nötig wurde.

So ist die Quellenlage meist dürftig; oft fehlen in den Presseberichten gar die Namen der «Verschiedenen», selbst wenn sie mehr als fünf Stimmen auf sich vereinigen konnten. Damit konzentrieren sich die Angaben auf die Berichterstattung im «Schweizer Jungbauern». Da in kleinen Dörfern weniger Parteipolitik als gesellschaftliche oder gewerbliche Zugehörigkeit entscheidend war, blieb die Zugehörigkeit zu den Jungbauern vielfach eine Information «unter der Hand» und damit auch ohne politisches Echo in den Berichten und Protokollen.

Der grösste Eklat geschah dort, wo vorgängig die härteste und erbärmlichste Auseinandersetzung zwischen der Mutterpartei und den «Separatisten» stattgefunden hatte: in Villigen. Unter dem Titel «Ein grosser Sonntag» berichtete der «Jungbauer», dass alle bisherigen Gemeinderäte dieses Orts in die Wüste geschickt worden seien, nur «unser Freund», der Gemeindeammann Baumann, sei wiedergewählt worden. «Zwei Jungbauern und zwei Arbeiter» würden nun die offenen Plätze besetzen. Damit sei von der Bevölkerung dem offensichtlichen Terror eine Absage erteilt worden.<sup>166</sup>

In Gränichen wurde Julius Arber, Jungbauern-Grossrat, nun auch als Gemeinderat gewählt. Freisinnige und BGB ernteten zusammen nur 240 Stimmen, während der Neue mit 409 Stimmen obenausschwang. Aufgrund des örtlichen Polizeiberichts an die Fichierbehörde sei Arber vor allem dank der Sozialdemokraten in die Behörde gehievt worden. Wie immer auch die wirkliche Faktenlage war: In Villigen wie in Gränichen spielte offenbar vor dem Krieg noch das Bündnis Jungbauern-Arbeiterschaft, wie dies schon immer vom Möschberg programmiert war.

Die Parteizeitung der BGB, die «Schweizer Freie Presse», versuchte in einer aargauischen Gesamtschau die Erfolge der Abtrünnigen kleinzureden, indem sie Gemeindeversammlungen, bei denen bekannte Jungbauern vereinzelte Stimmen auf sich vereinigten, ohne wirklich als Kandidaten nominiert zu sein, als Niederlage auflistete, so vor allem in Oberkulm. In Schmiedrued hatte die örtliche Gruppe tatsächlich eine Abfuhr einzustecken: Sie wollte den Gemeinderat von drei auf fünf Mitglieder erweitern und blieb dabei in der Minderheit. Die Jungbauern hatten in

Hinblick auf einen Erfolg zwei Kandidaten nominiert, die damit als überflüssig ausgeschieden.

Überblicken wir die Ausbeute im Kanton, dann darf wohl die Behauptung im Bericht der Aargauer Sektion im «Jungbauern» zitiert werden,<sup>167</sup> dass keine andere Partei so viele neue Mandate in ihrem Stammland vorweisen konnte, obwohl vielerorts FdP, BGB, EVP und SP zusammengespannt hatten, um die Neulinge zu verhindern. In Menziken und Reitnau waren Jungbauern-Kandidaten gewählt worden, in Reitnau gar als Vizeammann (Baumann), in Kirchleerau waren zwei, in Uerkheim ebenfalls zwei Neugewählte zu verzeichnen, in Hirschthal nur einer, dafür gleich als Vizeammann (Müller); in Seon sei ein Arbeiter mithilfe der Jungbauern in die Behörde gelangt, und vielerorts stünden ihre Kandidaten noch in der Stichwahl.

Einige dieser Behördenmitglieder konnten später selbst den grossen Rückschlag der Jungbauern zum Kriegsende 1945 überdauern und blieben in der Gemeindepolitik aktiv. Dies betraf vor allem Ernst Maurer, Grossrat aus Schmiedrued, Landwirt und Förster. Er stieg sogar zum Gemeindeammann auf. Das Gegenteil geschah in Gontenschwil: Otto Bolliger, aktiver Jungbauer, wurde 1941 in den Gemeinderat gewählt, kandidierte erfolglos 1943 und 1948 für den Grossen Rat und musste 1945 in einer Kampfwahl die Behörde verlassen. Ein hinterhältiger Artikel im «Wynentaler Blatt» erklärte die Jungbauern im Dorf als nicht mehr existent und daher den Vertreter als amtsmüde. Er habe wohl bemerkt, dass er als Fuhrmann besser sei denn als Gemeinderat.<sup>168</sup> Nur zum letzten Zeitpunkt vermochte die Ortsgruppe noch ein Inserat einzubringen, das den Bisherigen voll unterstützte. Er verfehlte knapp das absolute Mehr und musste sich später einer Stichwahl stellen.<sup>169</sup> Inzwischen hatten die Arbeiter einen eigenen Vertreter aufbauen können, und damit ging der Sitz an die Sozialdemokraten.<sup>170</sup> Das Beispiel wurde deshalb hier in Gänze dargestellt, weil es exemplarisch für 1945 war: Viele Jungbauern wurden damals weggemobbt oder diskreditiert; Gewinner waren aber damals nicht die Altbauern, sondern die zu jener Zeit im Hoch stehenden Sozialdemokraten.

Für die Bauernschaft waren auch Flurrichter- und Kommissionswahlen bezüglich Forstwirtschaft und Ackerbau von Bedeutung. Vom Erfolg 1937 beflügelt, versuchten die Jungbauern 1938 auch in diese Phalanx einzubrechen. Ohne Erfolg! In diesem Bereich blieben die «Alten» unter sich und schlossen die Reihen, wenn Gefahr drohte. Die Verbündeten der Jungbauern, die Arbeiter und die «kleinen Leute» waren an diesen Amtsbereichen nicht interessiert. Daher versiegten auch die Gelüste, in diesen Gremien mitzuwirken.

## Ein Nachwort

Hans Müller hatte nicht beherzigt, dass sich historische Situationen nie wiederholen. In seiner Landwirtschaftspolitik suchte er vor 1945 – in weiser Voraussicht, wie er glaubte – der kommenden Nachkriegskrise zu begegnen. Dabei blieb er geprägt von der Notlage der 1920er-Jahre. Die Wahlschläppen in Bern und im Aargau 1945 liessen ihn und seine Kameraden vorerst kalt: «Unsere Prognosen und unsere Rezepte werden bald gefragt sein» war die Devise. Doch der Aufschwung der Nachkriegszeit überrollte Müllers Wirtschaftsprogramm und trieb seine Politik ins Abseits.

Die Landwirtschaft wurde aller Orten durch die rasante Industrialisierung und die Entwicklung der Dienstleistungen an den Rand gedrückt, selbst in der Schweiz, wo überlange an der möglichen Isolation und der Selbstversorgung festgehalten wurde. Die staatsgeschützte Agrarpolitik blieb zwar zuerst an der Tagesordnung. Doch langsam wurde die Wirtschaftspraxis europäisch, dann global, und marginalisierte in der Ersten Welt die Produktion der Lebensmittel und damit den Bauernstand.

Die ursprüngliche Idee des naturgerechten Landbaus, der biologischen Produktion und der eigenen Vermarktung war ob des politischen Kampfes zwischen 1935 und 1945 fast vernachlässigt worden war. Nun rückte sie wieder ins Zentrum. Und weil Maria Müller, Hans Müllers Ehefrau, nie von diesen Zielen abgerückt war, im Gegenteil, in Vorträgen und Kursen an der Hausmutterchule auf dem Mösberg und überall im Land eine ganze Generation von jungen Bauersfrauen in diesem Sinn beeinflusst und geschult hatte, hätte sich diese Rückkehr zu den Wurzeln geschickt anstellen lassen. Biologischer Anbau kam ganz sachte in Mode, wurde zum Gütesiegel und stand für Schweizer Qualität in der Agrarwirtschaft. Doch was als Tradition ideal vorgespurt war, wurde von Hans Müller und seinen Getreuen kaum mit der Moderne verbunden.

Die neue Zeit hatte den Bauern zum modernen Produzenten gemacht, dem Quantität mehr bedeutete als Qualität. Und die chemische Industrie verhalf den neuen Agrarspezialisten zu gutem Einkommen bei weniger Handarbeit. Hans Müller hätte sich diesen Herausforderungen stellen müssen: Die chemischen Mittel wären durch ebenso gut erforschte biologische Hilfsstoffe und neue Praktiken zu ersetzen gewesen. Mit altväterischen, bewährten Methoden allein konnte man diese Revolution nicht aufhalten. Statt seine Pionierrolle mit der aufkommenden biologischen Agrarforschung in Oberwil (BL) und später in Frick zu vereinigen, verzichtete er auf jede Zusammenarbeit mit den neuen Forschungsstätten (FIBL), da diese ja nur seine alten Ideen realisierten.

Für Kritik war er kaum mehr zugänglich. Die Anregung, dass nun nicht nur das Gemüse, sondern auch Getreide, Fleisch und Milch in der Qualität gefährdet seien und biologisch produziert und separat vermarktet werden müssen, liess er nicht gelten und versagte den Initianten die Gefolgschaft. Diese suchten dies dann in eigener Regie zu verwirklichen.

So hat sich Hans Müller, selbst dort wo er wahrer Pionier war, die Lorbeeren für seine Arbeit verwirkt. Neue Genossenschaften traten – trotz seinem Unwillen – ins Leben und taten ihren Dienst. Neben seine 1946 gegründete «Anbau- und Verwertungsgenossenschaft» (AVG) im Berner Seeland traten neue Organisationen wie das «Bioforum Möschberg», später unbenannt in «Bioforum Schweiz». Und nach Müllers Tod 1988 begann dann auch die Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) in Frick.

Und in den unzähligen Familienbetrieben, die heute modern geführt und mit Hofladen versehen, eine existenzsichernde Agrarpolitik im Kleinen betreiben, stossen wir häufig – auch im Aargau – auf Grosseitern, die einst mit dem Möschberg verbunden waren.

## **Anhang**

### *Kriseninitiative*

#### Neue Wirtschaftspolitik:

1. Erhaltung der Konsumkraft des Volkes durch Bekämpfung des allgemeinen Abbaus der Löhne, der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktpreise;
2. Gewährung eines Lohn- und Preisschutzes zur Sicherung eines ausreichenden Arbeitseinkommens;
3. Planmässige Beschaffung von Arbeit und zweckmässige Ordnung des Arbeitsnachweises;
4. Erhaltung tüchtiger Bauern- und Pächterfamilien auf ihren Heimwesen durch Entlastung überschuldeter Betriebe und durch Erleichterung des Zinsendienstes;
5. Entlastung unverschuldet in Not geratener Betriebe im Gewerbe;
6. Gewährleistung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe;
7. Ausnützung der Kaufkraft und der Kapitalkraft des Landes zur Förderung des Industriellen und Landwirtschaftlichen Exports sowie des Fremdenverkehrs;
8. Regulierung des Kapitalmarkts und Kontrolle des Kapitalexports;
9. Kontrolle der Kartelle und Trusts;
10. Bereitstellung der notwendigen Kredite durch Ausgabe von Prämienobligationen, Aufnahme von Anleihen und aus laufenden Einnahmen.

#### Aktionskomitee:

Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Föderativverband

Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände

Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter

Schweizerischer Freiwirtschaftsbund

Schweizerische Bauernheimatbewegung

Demokratische Partei Graubünden

Schaffhauser Bauernpartei

(anfänglich auch Schweizerischer Bauernverband mit Dr. Laur. Dann Ausstieg.)<sup>171</sup>

«Richtlinienbewegung»

Neuorientierung der Politik:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie; Ablehnung jeder Bindung oder Zusammenarbeit mit irgendeiner antidemokratischen Organisation oder Bewegung.
2. Positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung.
3. Achtung der religiösen Überzeugung der Volksgenossen als Voraussetzung des religiösen Friedens in der Heimat.
4. Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme, das die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und nach gegenseitiger Solidarität im Wirtschaftsleben zu verwirklichen sucht, ohne die eine wahre Volksgemeinschaft nicht bestehen kann.

Aktionskomitee: dieselben wie bei Kriseninitiative<sup>172</sup>

*Nationalratswahlen 1935*

Liste 3. Bauernheimatbewegung (Jungbauern)

1. Jakob Steiner, Grossrat, Reitnau
2. Jakob Steiner, Förster, Reitnau
3. Paul Hunziker, Landwirt, Kirchleerau
4. Hans Suter, Landwirt, Kölliken
5. Julius Arber, Landwirt, Gränichen
6. Walter Eberhard, Pächter, Ober-Entfelden
7. Ernst Fischer, Landwirt, Meisterschwanden
8. Arnold Härdi, Magaziner, Holziken
9. Otto Klaus, Landwirt, Schlossrued
10. Ernst Maurer, Förster, Schlossrued
11. Arnold Schmid, Landwirt, Suhr

*Nationalratswahlen 1939*

Liste Bauernheimatbewegung (Jungbauern)

1. Steiner Jakob, bisher, Reitnau
2. Steiner Jakob, bisher, Reitnau
3. Hunziker Paul, Landwirt, Kirchleerau
4. Suter Hans, Landwirt, Kölliken
5. Merz Reinhard, Zigarrenarbeiter, Beinwil a. S.



6. Arber Julius, Landwirt, Gränichen
7. Brack Alfred, Förster, Elfingen
8. Fischer Ernst, Landwirt, Meisterschwanden
9. Hochuli Gottlieb, Landwirt, Waltenschwil
10. Maurer Ernst, Förster, Schmiedrued
11. Schwab Hans, Landwirt, Stetten
12. Vonäsch Jakob, Förster, Strengelbach

### *Nationalratswahlen 1943*

#### Liste Bauernheimatbewegung (Jungbauern)

1. Steiner Jakob, Förster, Reitnau
2. Arber Julius, Landwirt, Gränichen
3. Brack Alfred, Förster, Elfingen
4. Fischer Ernst, Landwirt, Meisterschwanden
5. Freiburghaus Erwin, Berater für gewerbl. Berufsfragen, Suhr
6. Hunziker Paul, Landwirt Kirchleerau
7. Keller Hans, Monteur, Aarau
8. Maurer Ernst, Förster, Schmiedrued
9. Schwab Hans, Landwirt, Stetten
10. Suter Hans, Landwirt, Kölliken
11. Tellenbach Rudolf, Landwirt, Waltenschwil
12. Steiner Jakob, Förster, Reitnau

### *Der Nationalrat*

Jakob Steiner, geboren am 18. März 1884 und gestorben am 8. September 1962, Grossrat 1927–1936, Nationalrat 1935–1939, Landwirt und Förster, Reitnau.

Er war noch 1933 von der EVP des Bezirks Zofingen als Kandidat auf die Grossratsliste gesetzt und mit 1823 Stimmen gewählt worden. Er erscheint 1935 als Spitzenkandidat bei den Jungbauern. Die übrigen Männer auf der Liste erreichten zu meist nur etwa die Hälfte der Stimmen. Sein Ansehen in der Region ist damit unbestritten.

Wie kommt ein Politiker, derart gut eingebettet in einer Kleinpartei und eindeutig evangelisch, dazu, in die neue Bewegung der Jungbauern zu wechseln? Nach Berichten der Nachfahren war Jakob Steiner Bauer mit Leib und Seele. Das Wirken von Hans Müller hat ihn beeindruckt: Hier fand sich das christliche Fundament, verbunden mit jenem hehren Bauerntum, das er stets suchte und selbst verkörperte. Wirtschaftskrise, Bankenkrach und Geldnot hatten aufgeweckte Landwirte vielerorts zu Fragen aufgestachelt, die so grundsätzlich waren, dass über Geldwert, Währungs politik, Spekulantentum, Geldumlauf und Hortung nicht mehr ohne ethische Ab stützung nachgedacht und verhandelt werden konnte. Die «Möschberger» fanden den Weg, christliche Werte und ökonomische Theorien zu vereinigen. Jakob Steiner

ist nur ein Beispiel unter vielen dieser Generation. «Gelebtes Christentum macht nicht Halt vor der Geldtheorie.»

Dass Jakob Steiner 1934 auf die erste Jungbauern-Nationalratsliste gleich doppelt gesetzt wurde, war ein geschickter Schachzug der neuen Bewegung. Die EVP war eine Mittelstandspartei mit gewerblicher Ausrichtung, Steiner wollte mehr Bauernpolitik machen und blieb im Geist doch derselbe. Er war politisch schon etabliert, seine Herkunftspartei war mit den Jungbauern verbunden, gerade weil ihr Grossrat sich nicht wegen Differenzen verabschiedet hatte, und er konnte den «Karren ziehen», wenn im reformierten Aargau christliche Stimmen gesammelt werden sollten. Die Rechnung der Organisatoren ist aufgegangen.

Im aargauischen Wahlkampf blieben den Jungbauern die negativen Schlagzeilen der «Freien Presse» nicht erspart, ebensowenig die seltenen, meist spöttischen Kommentare der bürgerlichen Zeitungen, vermittelt durch die Agentur «Schweizer Mittelpresse», die ausgleichende Haltung des «Zofinger Tagblatts», das sich nicht erlaubte, einen grossen Teil seiner ländlichen Leserschaft zu vergraulen; dafür aber trafen sie beim «Wynentaler Blatt» auf eine offene Tür. Dennoch war eine spezielle Presseaktion vonnöten. Ende Oktober erschien ein riesiges Textinserat in der aargauischen Presse, eine eigentliche «Zeitung in der Zeitung», unter dem Titel «Die Jungbauernbewegung im Wahlkampf». Darin wurden die speziellen Anliegen der neuen Bewegung ausgelegt und für die Liste 3 geworben.

Die Resultate in den Bezirken Zofingen und Kulm waren verblüffend. In sehr ländlichen Gebieten standen sich beide Gruppen oft gleich stark gegenüber. Wie erwartet, sammelte Jakob Steiner mit 6677 Stimmen das Doppelte seiner Mitstreiter auf der Liste und verdrängte in der Folge über den Proporz den dritten BGB-Vertreter Richard Zschokke (mit 10 464 Stimmen).<sup>173</sup>

Der «Freie Aargauer», die Zeitung der über die Richtlinienbewegung damals mit den Jungbauern verbündeten Sozialdemokraten, bemerkte zu Steiner wenig enthusiastisch: «Er wird zweifellos keine Stütze im Kampf gegen den Preisabbau bedeuten.»<sup>174</sup> Eine Begründung zu diesem Urteil wird nicht geliefert. Hermann Böschstein, damals Redaktor der BGB-Parteizeitung, sprach vom «Evangelimann» Steiner – und dies war eindeutig negativ gemeint. Dabei waren es doch gerade die Freiwirtschaftler und Jungbauern, die mehr als die meisten anderen Politiker nicht nur die Preise von Schlachtvieh, Getreide und Milch thematisierten, sondern versuchten, diese Forderungen in einen volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhang einzubeziehen. Doch dies galt als Sektiererei. Ein «Evangelimann» wurde von vielen nicht ernst genommen, seine Stimme galt als wertlos – und da Hermann Böschstein später zum angesehenen Presseemann mutierte, blieb dies das einzige Attribut, das über diesen Politiker in die aargauische Geschichte einging. Das ominöse Wort, gesetzt von diesem Journalisten, wurde unbesehen abgeschrieben.

Und der ehemalige EVP-Mann engagierte sich auch in der neuen kantonalen Bewegung als Referent. Am 21. Juli 1937 fand der Bauernheimattag im Seetal statt.

Die Turnhalle in Seengen war übervoll, vermochte die 600 bis 700 Teilnehmer nicht zu fassen. Wenn Hans Müller vor allem über ökonomische Fragen referierte, so blieb Steiner bei der Scholle und sprach über das «Schöne beim Bauern». Es ist die Arbeit in der Natur, die ihn begeistert, die dauernde Verbundenheit mit dem Schöpfer.

Doch es wurde und wird übersehen, dass Steiner nicht nur in der Fraktion die Forderungen des Präsidenten voll mittrug, sondern mit einer Kleinen Anfrage im Nationalrat auch selber aktiv in Erscheinung trat: Er forderte schon im Juni 1939, also kurz vor dem Krieg, ein Wehropfer des grossen Besitzes, um die Landesverteidigung sicherzustellen – ein altes Anliegen der Jungbauern, das den «Kapitalisten» der alten Partei nicht genehm war, den «kleinen Leuten», die grosse Opfer zu bringen hatten, aber aus dem Herzen sprach.<sup>175</sup> Diese Forderung sollte im Lauf des Kriegs von verschiedener Seite immer dringender gestellt werden. Dass aber auch kleine Anliegen, wie die Schliessung der Soldatenstube in der Kaserne Brugg, seine Sorge und Zuwendung erhielt, lag daran, dass sich darin Grundsätzliches versteckte. Mit der kleinen Anfrage erhielt er die bundesrätliche Zusicherung, dass weitere Schliessungen unterbleiben sollten. Steiner trieb die Sorge um, dass mit solchen Massnahmen nur den umliegenden Wirtschaften Gäste zugeschoben und damit der Konsum alkoholischer Getränke gefördert würde.<sup>176</sup>

Als 1939 der Krieg ausbrach und im November Nationalratswahlen anstanden, plädierten die Jungbauern dezidiert für die Einhaltung der demokratischen Ordnung und die Einhaltung der Termine trotz Grenzbesetzung. Das Vollmachtenregime sollte nicht auf Bereiche ausgedehnt werden, deren Rechtfertigung auf tönernen Füßen stand. Im Aargau in stiller Wahl einfach für weitere vier Jahre bestätigt zu werden, widersprach Steiners Ehrgefühl. An der kantonalen Tagung in Suhr waren korrekte Wahlen beschlossen worden. Daher wurde eine 12er-Liste mit Steiner kumuliert verabschiedet. «Wir können kein Mandat gewinnen. Wir müssen verteidigen, was wir vor vier Jahren dank Listenverbindung gewonnen haben. Wir gehen den geraden Weg der Pflicht, ganz gleichgültig, ob es uns augenblicklich nützt oder schadet», waren seine eigenen Worte, eingedenk, dass diesmal der Partner für die Listenverbindung fehlte und die Lage mehr als kritisch beurteilt wurde.

Und der Sitz ging tatsächlich verloren, auch wenn vielerorts ein Zuwachs an Wählern zu verzeichnen war. Dieser reichte nicht aus, die früheren EVP-Stimmen aufzuwiegen. «Dennoch – es geht vorwärts im Aargau», titelte der «Schweizer Jungbauer». Die Fraktion steht, Steiner ist nicht mehr unter ihnen. «Wir haben damit gerechnet.»<sup>177</sup>

«Nichts, wie die Stellungnahme unserer Aargauer Kameraden hat für die Bewegung den Beweis erbracht, dass es für sie dabei um keine Spekulation ging. Noch einmal hat dort Kamerad Jakob Steiner die Lauterkeit seiner Gesinnung und seinen vornehmen Charakter unter Beweis gestellt. Er selber hat die Kameraden aufgefordert, Treue zu halten. Die Bewegung wird es Jakob Steiner nie vergessen, in welcher lauterer und treuer Art er seine Arbeit getan hat. Die Art, wie er für unsere gemein-

samen Ideale auf allen Posten einstand, wird uns allen ein leuchtendes Vorbild sein. Solange es in unserer Bewegung Männer gibt, die so wie er, die Grundsätze über alle persönlichen Interessen stellen, solange kann die Ungunst der Verhältnisse unsern Vormarsch wohl vorübergehend aufhalten. Dieses Aufhalten wird der Bewegung aber immer zum Segen gereichen.» Das sind wohl Worte von Hans Müller.<sup>178</sup>

Doch auch die Aargauer Kameraden fanden mehr Worte des Dankes als der Enttäuschung. An einem Treffen zum Ausgang der Wahl war der Betroffene anwesend und dankte den Kameraden für die «Hingabe». Seine Rede habe auf alle Anwesenden einen tiefen Eindruck gemacht.<sup>179</sup> Selbst Zeitungen wie das «Vaterland» beschäftigten sich noch immer mit dem Ausgang der Wahl. Sie werteten ihn als ein Aufhalten des Vormarsches der Bewegung. Andere Blätter bezeichneten das Resultat für die Jungbauern als «vernichtend», als «schwarzen Tag für den Möschi», als «schwere Niederlage» usw. «Um ein einziges Mandat ist unsere Fraktion heute kleiner und nur deshalb, weil das Aargauer Mandat vor vier Jahren dank einer Listenverbindung, die heute nicht mehr existierte, gewonnen wurde.» Genau in diesem Aargau aber resultierte Stimmenzuwachs!<sup>180</sup>

Der «Wynentaler» kommentierte, dass die Jungbauern schlecht beraten waren, stille Wahlen abzulehnen. Andernfalls hätten sie ihr Mandat behalten können. Redaktor August Baumann fuhr fort, «dass die übersteigerte Zielsetzung Dr. Müllers, die fast eine neue Gesellschaftsordnung zur Voraussetzung hätte», von ihm ja vorgängig kritisiert worden sei. Zwar hätten auch die Jungbauern gelegentlich gute Ideen. Doch: «Wir wollen es lieber ändern überlassen (etwa dem Brugger Munizächpolitiker), die Jungbauern noch ganz in die rote Front zu treiben.»<sup>181</sup>

### Ortsgruppenverzeichnis

(entsprechend der Kartei im Möschi-Archiv)

Bezirk Aarau:	Densbüren, Gränichen, Muhen, Suhr, Unterentfelden, Hirschtal
Bezirk Baden:	Mellingen, Stetten.
Bezirk Brugg:	Birrhard, Elfingen, Mönthal, Oberbözberg, Villigen.
Bezirk Kulm:	Dürrenäsch, Gontenschwil, Holziken, Menziken, Oberkulm, Unterkulm, Reinach, Schlossrued, Schöftland, Walde-Schmiedrued, Zetzwil.
Bezirk Laufenburg:	Frick, Herznach, Ueken, Hornussen.
Bezirk Lenzburg:	Boniswil, Dintikon, Meisterschwanden, Seengen, Egliswil.
Bezirk Zofingen:	Bottenwil, Brittnau, Kirchleerau, Kölliken, Küngoldingen, Moosleerau, Reitnau, Rothrist, Riken, Safenwil, Staffelbach, Strengelbach, Uerkheim, Wiliberg, Zofingen.

Aus den Bezirken Muri, Bremgarten, Rheinfelden und Zurzach sind keine Gruppen in der Kartei verzeichnet.

## *Vorstösse der Jungbauern im Grossen Rat*

Die meisten persönlichen Vorstösse gehen von der Gesamtfraktion aus. Da als Erstunterzeichner der Präsident figuriert, erscheinen diese unter dem Namen Paul Hunziker. Auch die übrigen, meist persönlich oder lokal motivierten Vorstösse, werden nach den Namen der Autoren alphabetisch aufgeführt.

1937-1941

Arber Julius	-
Brack Alfred	- Motion betr. Versteuerung landwirtschaftl. Grundstücke, 1937 - Interpellation betr. Versteuerung landwirtschaftl. Grundstücke, 1938 - Motion betr. Sanierung des Hypothekarkredit- und Bürgschaftswesen, 1938 - Interpellation betr. Hilfe für die durch Erdbeben geschädigten Grundbesitzer, 1939 - Pfister Traugott betr. Beschwerde wegen Güterregulieren, 1938
Fischer Ernst	-
Maurer Ernst	- Interpellation betr. Entschädigung von Polizeisoldaten für politische Versammlungen, 1941
Hunziker Paul	- Motion betr. Massnahmen gegen die Teuerung der Lebenshaltung, 1937 - Interpellation betr. Erhöhung der Lehrerbesoldungen, 1938 - Motion betr. Vorkehren bei der Demobilmachung zum Schutz der Wehrmänner, 1940 - Motion betr. Ergänzung des § 49 der regierungsrätl. Vollziehungsverordnung zu den allg. Steuergesetzen, 1939 - Motion betr. Massnahmen zur Tilgung der Mobilisationsschuld und Einführung der Quellenbesteuerung, 1940 - Motion betr. Revision des Steuergesetzes im Sinn einer vermehrten Erfassung des Besitzes und der grossen Einkommen, 1941 - Motion betr. Angriffe gegen die Aargauische Justiz u. Aarg. Versicherungsamt, 1941
Klaus Otto	-
Suter Hans	- Motion betr. Massnahmen zum Schutze des Verkaufs von schlachtreifem Vieh während der Maul- und Klauenseuche, 1939
Vonäsch Jakob	- Postulat betr. Ausbildung des Forstpersonals und Förderung des Holzabsatzes, 1939

1941-1945

Arber Julius	-
Brack Alfred	- Motion betr. Teuerungszulagen an nicht hauptamtlich angestellte Arbeitslehrerinnen, 1941
Fischer Ernst	-
Hunziker Paul	- Interpellation betr. Massnahmen zur Förderung der landwirtschaftl. Arbeiten, 1944 - Motion betr. Sicherung der produktiven Arbeit, 1941 - Motion betr. Verschärfte Besteuerung aller Kriegsgewinne und hohen Einkommen, 1941 - Motion betr. Einführung eines obligat. Haushalts- und Landjahres, 1942 - Postulat betr. Beteiligung der Gemeinden an Abwertungsgewinnen der Schweiz. Nationalbank, 1942
Maurer Ernst	- Interpellation betr. Entschädigung der Polizeisoldaten für die Kontrolle polit. Versammlungen, 1941
Suter Hans	-
Vonäsch Jakob	- Motion betr. Massnahmen gegen den Mangel an Brennholz, 1942

1945–1949

Maurer Ernst	-
Suter Hans	-
Vonäsch Jakob	- Interpellation betr. Massnahmen zur Verhinderung einer Wirtschaftskrise, 1945

1949–1953

Maurer Ernst	-
Suter Hans	-

1953–1957

Maurer Ernst	-
Suter Hans	-

1957–1961

Suter Hans	-
------------	---

Kurz: Nach 1949 sind von den Jungbauern keine Vorstösse mehr zu verzeichnen.

### Quellen

Verhandlungen des Grossen Rates 1937–1961.  
Möschberg-Archiv («Archiv für Agrargeschichte»)  
Darin insbesondere: Maurer Edgar, Findmittel  
des Bestandes Nr. 705.  
Staatsarchiv Aargau. Fichen-Archiv, Polizei-  
kommando Aargau (nicht registriert). P K Ar,  
Abhörprotokolle und Überwachungen.  
Persönliche Gespräche mit den Herren Edgar Maurer,  
Schmiedrued, und Samuel Vogel, Kölliken.

### Zeitungen

Aargauische Bauern- und Bürgerzeitung (Nachfolge-  
organ der «Schweizer Freie Presse»), 1941, Baden.  
Der Schweizer Jungbauer (SJB), 1935–1950, Gross-  
höchstetten.  
Schweizer Freie Presse (SFP), 1935–1938, Baden/  
Brugg.  
Vorspann, Zeitung für bäuerliche Wohlfahrtspflege  
und Heimatkultur, Grosshöchstetten  
Wyntentaler Blatt (WB), 1932–1948, Menziken

### Literatur

Aargau: 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der  
Zahlen 1803–1958. Aarau 1954.  
Gautschi, Willi: Geschichte des Kantons Aargau, Bd 3.  
Baden 1978.  
Gruner, Erich: Die Parteien in der Schweiz. Bern 1969.  
Humbel, Kurt: Nationalsozialistische Propaganda  
in der Schweiz 1931–1939, Res publica helvetica.  
Bern 1977.  
Müller, Andreas: Geschichte der politischen Presse  
im Aargau. Aarau 1998.  
Onken, Werner; Bartsch, Günter: Silvio Gesell.  
Zwei Texte zur Geschichte der Freiwirtschaft.  
Aarau 1992.  
Riesen, René: Die schweizerische Bauernheimat-  
bewegung (Jungbauern). Die Entwicklung von den  
Anfängen bis 1947. Diss. Bern 1972.  
Schmid-Ammann, Paul: Der Freiheitskampf der  
neuen Zeit (Schriftenreihe der «Nation»). Bern  
1948.  
Sonderegger, Hans Konrad (Sohn): HKS Hans Konrad  
Sonderegger. Horgen/Zürich 1991.  
Waeger, Gerhart: Die Sündenböcke der Schweiz.  
Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen  
Dokumente 1940–1946. Olten, Freiburg i. Br. 1971.  
Wolf, Walter: Faschismus in der Schweiz. Geschichte  
der Frontenbewegung in der deutschen Schweiz.  
Zürich 1989.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Für das Einleitungskapitel und die Bestimmung der Quellenlage diene die Dissertation von René Riesen als Informationsinstrument. Fakten und Personen beziehen sich darin weitgehend auf die Berner Verhältnisse. Grundsätzlich ist aber die Ideenwelt des «Möschbergs» auch überregional derart massgebend, dass von den Recherchen Riesens für die Jungbauernpolitik im Aargau vieles tel quel übernommen werden kann.
- <sup>2</sup> Gautschi, S. 89f.; Fussnoten, S. 551f.
- <sup>3</sup> Darré, Richard (Ricardo) Walter Oscar, Politiker. \* Belgrano (gehört heute zu Buenos Aires) 14. 7. 1895 † München 5. 9. 1953, Diplomlandwirt, seit 1930 Mitglied der NSDAP, war 1931–1942 Leiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, 1933–1942 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft (u. a. Reichserbhofgesetz vom 29. 9. 1933), 1934–1942 Reichsbauernführer. Mit der Bildung des Reichsnährstandes (Sept. 1933) schaltete er die landwirtschaftl. Organisationen mit der Reg. praktisch gleich. Mit seinen Büchern trug D. stark zur rassistisch bestimmten «Blut- und Boden-Ideologie» des Nationalsozialismus bei. Am 14. 4. 1949 wurde er im «Wilhelmsstrassenprozess» im Rahmen der Kriegsverbrecherprozesse von einem amerikan. Militärgericht in Nürnberg zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Er war 1945–1950 in Haft. Brockhaus, 1997.
- <sup>4</sup> Riesen, S. 56ff.
- <sup>5</sup> Wynentaler Blatt (WB), 28. 1., 1. 2. und 28. 5. 1928.
- <sup>6</sup> WB, 5. 6. 1928.
- <sup>7</sup> WB, 28. 5. 1928.
- <sup>8</sup> Siehe: Onken/Bartsch, Fussnote S. 34. Dann auch: Sonderegger, S. 154. Kapitel «Erinnerungen an meinen Vater» von der Tochter Annina Balz-Sonderegger.
- <sup>9</sup> WB, 10. 3. 1928, Inserat.
- <sup>10</sup> Im WB fehlt leider ein Kommentar zum Vortrag.
- <sup>11</sup> Im Aargau trug sie noch längere Zeit diesen Namen, während sie im Kanton Bern «Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei» hiess, wie später auch im Aargau. Wir verwenden daher immer das Kürzel BGB.
- <sup>12</sup> WB, 8. 2. 1928.
- <sup>13</sup> Gruner, S. 157: «gleichsam zur Feier ihres zehnten Geburtstages».
- <sup>14</sup> WB, 12. 9. 1928.
- <sup>15</sup> WB, 3. 4. 1929.
- <sup>16</sup> WB, 5. 4. 1929.
- <sup>17</sup> WB, 8. 12. 1928.
- <sup>18</sup> WB, 12. 12. 1928.
- <sup>19</sup> WB, 13. 3. 1929, auch in anderen Presseorganen.
- <sup>20</sup> WB, 3. 4. 1929.
- <sup>21</sup> WB, 5. 4. 1929.
- <sup>22</sup> WB, 29. 1. 1930.
- <sup>23</sup> WB, 7. 4. 1930.
- <sup>24</sup> WB, 1. 6. 1929. Am 29. 5. wurde in Brugg die Bäuerinnenvereinigung gegründet. Am 15. 2. 1930 Bäuerinnentag Wynen- und Seetal mit über 200 Teilnehmerinnen. Damals wurde auch die landwirtschaftl. Haushaltlehre propagiert.
- <sup>25</sup> 1937 wurde die 10. Heimatwoche durchgeführt. Damals bereits im Zentrum «Möschberg».
- <sup>26</sup> Gruner, S. 158.
- <sup>27</sup> Es handelt sich um den späteren Nationalrat der BGB.
- <sup>28</sup> WB, 15. 4. 1931.
- <sup>29</sup> WB, 23. 1. 1932.
- <sup>30</sup> WB, 21. 1. 1933.
- <sup>31</sup> WB, 25. 3. 1933.
- <sup>32</sup> WB, 29. 4. 1933.
- <sup>33</sup> WB, 16. 9. 1933.
- <sup>34</sup> Riesen, S. 61ff.
- <sup>35</sup> WB, 21. 3. 1934.
- <sup>36</sup> SFP, 21. 1. 1934.
- <sup>37</sup> WB, 25. 7. 1934.
- <sup>38</sup> WB, 4. 8. 1934.
- <sup>39</sup> WB, 23. 8. 1934.
- <sup>40</sup> WB, 15. 9. 1934. Die «Schweizer Freie Presse» vom 10. 9. 1934 schreibt, 900 Personen hätten diese Veranstaltung besucht.
- <sup>41</sup> «Vorspann» lautete der Titel der damaligen Zeitung von Hans Müller.
- <sup>42</sup> WB, 15. 11. 1934.
- <sup>43</sup> WB, 21. 11. 1934.
- <sup>44</sup> WB, 1. 12. 1934. Der gleiche E. E. veröffentlichte in der Rubrik «Jungbauernecke» der «Schweizer Freien Presse» vom 6. 12. 1934 denselben Artikel.
- <sup>45</sup> WB, 5. 12. 1934.
- <sup>46</sup> WB, 5. 12. 1934.
- <sup>47</sup> WB, 8. 12. 1934.
- <sup>48</sup> Riesen, S. 78ff.
- <sup>49</sup> Riesen, S. 21.
- <sup>50</sup> Riesen, S. 24f.
- <sup>51</sup> Riesen, S. 82ff.
- <sup>52</sup> Riesen, S. 87ff.
- <sup>53</sup> Schmid-Ammann, S. 248 und Riesen, S. 87ff.
- <sup>54</sup> Schmid-Ammann, S. 249f.
- <sup>55</sup> Riesen, S. 33.
- <sup>56</sup> Zitiert in WB, 3. 4. 1935, auch in SFP, 1. 4. 1935.
- <sup>57</sup> Zitiert in WB, 11. 11. 1935 aus «Emmenthaler Blatt», Nr. 133.
- <sup>58</sup> Riesen, S. 61.
- <sup>59</sup> WB, 9. 2. 1935.
- <sup>60</sup> WB, 16. 2. 1935.
- <sup>61</sup> Schweizer Freie Presse (SFP), 13. 11. 1934.
- <sup>62</sup> SFP, 22. 10. 1935.

- <sup>63</sup> SFP, 16. 2. 1935.
- <sup>64</sup> SFP, 24. 1. 1935.
- <sup>65</sup> Siehe WB: 16. 2., 23. 2., 6. 3., 9. 3.
- <sup>66</sup> SFP, 29. 1. 1935.
- <sup>67</sup> SFP, 17. 11. 1934.
- <sup>68</sup> SFP, 22. 11. 1935.
- <sup>69</sup> SFP, 4. 2. 1935.
- <sup>70</sup> SFP, 15. 2. 1935.
- <sup>71</sup> SFP, 16. 2. 1935.
- <sup>72</sup> WB, 16. 3. 1935. Der Bündner Gadiant bildete später mit den Jungbauern im Nationalrat eine Fraktion.
- <sup>73</sup> WB, 23. 2. 1935.
- <sup>74</sup> WB, 9. 3. 1935.
- <sup>75</sup> WB, 9. 10. 1935.
- <sup>76</sup> Brief, abgelegt im «Möschberg»-Archiv.
- <sup>77</sup> Brief, abgelegt im «Möschberg»-Archiv.
- <sup>78</sup> WB, 5. 10. 1935.
- <sup>79</sup> SFP, 1. 10. 1935.
- <sup>80</sup> Schweizer Jungbauer (SJB), 7. 12. 1935. Daraus entstand fast Feindschaft: Freute sich doch Müller, als von Steiger anstelle von Feldmann Bundesrat wurde.
- <sup>81</sup> WB, 19. 10. 1935.
- <sup>82</sup> SFP, 11. 10. 1935.
- <sup>83</sup> SFP, 24. 10. 1935.
- <sup>84</sup> SFP, 2. 11. 1935.
- <sup>85</sup> SFP, 3. 1. 1936. Zitiert aus Müller, Presse, S. 284ff.
- <sup>86</sup> SFP, 4. 11. 1935.
- <sup>87</sup> Schweizer Jungbauer, 2. 8. 1944.
- <sup>88</sup> 1935 trennt sich Schöffland von Holziken, und Walde und Schmiedrued schliessen sich zusammen. Gruppen im Ostaargau entstanden erst im Vorfeld der Bodenrechtsabstimmung.
- <sup>89</sup> Riesen, S. 138ff.
- <sup>90</sup> 1946: Berner Grossratswahlen. Reduktion von 17 auf 3 Grossräte. Leitung der Jungbauern Schweiz traf sich am 18./19. Mai auf dem Möschberg. Damals fast «Staatsstreik». Bernische Kritiker trennten sich von Müller. Die anderen: «Wir werden nicht als verlorene Söhne zurückkehren.» Neu: Redaktionskommission für «Schweizer Jungbauer».
- <sup>91</sup> Wahlschlappe der Jungbauern im Aargau: von 8 auf 3 Grossräte.
- <sup>92</sup> Dank Ernst Maurer, Schmiedrued, Grossrat der Jungbauern bis 1957, und Hans Suter, Kölliken, Grossrat bis 1961.
- <sup>93</sup> Schweizer Jungbauer, 10. 1. 1948; unterzeichnet mit v. A. (Vonäsch?).
- <sup>94</sup> Der Nachlass von Ernst Maurer ist in verdankenswerter Weise von seinem Sohn Edgar Maurer dem Möschberger Archiv zugekommen. Wir finden darin Korrespondenz, handschriftliche Notizen von Kursen auf dem Möschberg 1939 und 1940, Protokoll-Heft, Druckschriften, Flugblätter, Weisungen der Polizeidirektion Aargau bezüglich Meldepflicht von Veranstaltungen während des Kriegs usw.
- <sup>95</sup> Ein Protokollbuch existiert auch von Oberentfelden, mit Einträgen vom 1. 12. 1934 bis 3. 2. 1938. Ablauf und Charakter der Sitzungen sind gleich.
- <sup>96</sup> Brief von E. Baumann, Gruppe Schöffland.
- <sup>97</sup> Mitglied O. Klaus an einer Sitzung (laut Protokoll).
- <sup>98</sup> SJB, 28. 4. 1945.
- <sup>99</sup> Alles aus Briefen, Maurer-Nachlass, Möschberger Archiv.
- <sup>100</sup> SJB, 6. 2. 1937: Vier Wirtschaftsverbände und fünf polit. Bewegungen formierten in Zürich einen polit. Kampfverband.
- <sup>101</sup> SJB, 20. 1. 1937.
- <sup>102</sup> SJB, 6. 2. 1937.
- <sup>103</sup> SFP, 2. 2. 1937.
- <sup>104</sup> SFP, 11. 2. 1937.
- <sup>105</sup> SFP, 18. 2. 1937.
- <sup>106</sup> SFP, 18. 2. 1937.
- <sup>107</sup> SFP, 27. 2. 1937.
- <sup>108</sup> SFP, 2. 3. 1937.
- <sup>109</sup> SJB, 27. 2. und 3. 3. 1937.
- <sup>110</sup> SFP, 16. 3. 1937, Rückblick auf die Grossratswahlen.
- <sup>111</sup> Siehe SJB, 29. 3. 1941, Einklagen der BGB.
- <sup>112</sup> SJB, 29. 1. 1941, die sogenannte Sesselsversicherung.
- <sup>113</sup> SJB, 1. 2. 1941.
- <sup>114</sup> Keynes, John Maynard, 1883–1946. Als Keynesianismus wird eine staatliche Wirtschaftspolitik bezeichnet, die darauf ausgerichtet ist, die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu steuern und bei Bedarf die Wirtschaft durch vermehrte Staatsausgaben zu beleben. Die Marktwirtschaft allein kann Arbeitslosigkeit nicht verhindern. In unserem Zusammenhang: Es gibt keinen Zwang, eine ausgeglichene Staatsrechnung zu erreichen.
- <sup>115</sup> Im SJB wird Huber immer wieder als Kronzeuge für die Bestrebungen der Jungbauern im Dienste der Schweiz angeführt, z. B. 21. 12. 1940 und 28. 6. 1941.
- <sup>116</sup> SJB, 15. 1. 1941.
- <sup>117</sup> SJB, 15. 1. 1941.
- <sup>118</sup> Aargauische Bauern- und Bürgerzeitung, Nachfolgeorgan der SFP, 21. 3. 1937.
- <sup>119</sup> Aargauische Bauern- und Bürgerzeitung, Nachfolgeorgan der SFP, 25. 3. 1937.
- <sup>120</sup> Aargauische Bauern- und Bürgerzeitung, Nachfolgeorgan der SFP, 27. 3. 1937.
- <sup>121</sup> Die meisten Angaben zu diesem Kapitel entstammen den unregistrierten Fichen im Staatsarchiv Aargau. Nicht nur die Jungbauern, sondern auch alle anderen Parteien, die sich neu in der politischen Landschaft bewegten, wurden offenbar als



- gefährlich beurteilt und systematisch bespitzelt: Freiwirtschaftler, Liberalsozialisten, Jungliberale und natürlich die Nationale Front. Polizei-kommando (Zumbrunn) Aargau. PKAr, StAAG.
- <sup>122</sup> Zumbrunn Oskar, 1882–1963, von Ittingen BL. Oberst der Infanterie, 1921–1949 Kommandant der aarg. Kantonspolizei. 1930 Kommandant der Ordnungstruppen in Baden. 1939/40 Dienstchef der Polizeisektion des Territorialdienstes im Armee-kommando. Laut Gautschi Willi, S. 382 «Spezialist in der Bekämpfung linker Agitation, der sich zum Kämpfer gegen die Fröntler entwickelt hatte, war zwischen zwei Feuer geraten.» Bircher und Generalstabschef Huber: «Militär. Kaltstellung» Zumbrunns. Als Chef der Polizeisektion per 20. 7. 1940 «auf Pikett entlassen».
- <sup>123</sup> Meldung von Pol. Sdt. Hirzig am 20. 4. 1941. PK Ar, StAAG.
- <sup>124</sup> Nach Waeger, S. 222. Hektor Ammann bez. Zumbrunn: «Mit welchen Methoden aber vorgegangen wurde, das haben mir die in der Untersuchung auftauchenden Akten der aargauischen Kantons-polizei gezeigt. Es hat sich daraus ergeben, dass der Chef der Kantonspolizei, Oberst Zumbrunn, Jahrelang jeweilen meine Hausangestellten, Kinder-pflegerinnen usw. regelmässig einvernehmen liess über Gespräche am Familientisch, Telefonge-spräche, Besuche, Radiohören, gelesene Zeitungen usw. Es sind richtige Gestapomethoden angewandt worden und natürlich nicht nur gegen mich.»
- <sup>125</sup> GR-Protokoll, 20. 4. 1937.
- <sup>126</sup> GR-Protokoll, 24. 8. 1937. Im «Schweizer Jung-bauer» berichtete Fraktionspräsident Paul Hunziker laufend über die Tätigkeit im Grossen Rat. Die Anmerkungen aus diesem Presseorgan stammen meist aus diesen Artikeln.
- <sup>127</sup> SJB, 26. 6. 1937.
- <sup>128</sup> GR-Protokoll, 14. 6. 1937; behandelt am 12. 7. 1937.
- <sup>129</sup> GR-Protokoll, 12. 7. 1937, 17. 7. 1937.
- <sup>130</sup> GR-Protokoll, 23. 2. 1938.
- <sup>131</sup> SJB, 12. 1. 1938, 1. 4. 1939. Erst am 26. 7. 1941, damals gegen SP und LdU, wurde das Ziel erreicht.
- <sup>132</sup> SJB, 26. 7. 1937.
- <sup>133</sup> SJB, 12. 1. 1938.
- <sup>134</sup> SJB, 10. 12. 1938.
- <sup>135</sup> GR-Protokoll, 20. 3. 1939. SJB, 23. 3. 1939.
- <sup>136</sup> SJB, 1. 9. 1937.
- <sup>137</sup> SJB, 12. 1. 1938, 28. 6. 1939.
- <sup>138</sup> SJB, 21. 9. 1938.
- <sup>139</sup> SJB, 28. 1. 1939.
- <sup>140</sup> SJB, 14. 9. 1940.
- <sup>141</sup> SJB, 24. 11. 1937, 30. 11. 1940. GR-Protokoll, 18. 10. 1937.
- <sup>142</sup> SJB, 15. 10. 1940, mit Verweis auf Vorstösse in der Vorkriegszeit beim Bund.
- <sup>143</sup> SJB, 18. 6. 1941. Der Mehranbau war von den Jungbauern schon vor dem Krieg verlangt worden.
- <sup>144</sup> SJB, 18. 5. und 29. 6. 1940.
- <sup>145</sup> SJB, 17. 12. 1939.
- <sup>146</sup> SJB, 17. 12. 1940.
- <sup>147</sup> GR-Protokoll, 9. 12. 1940. SJB, 23. 9. 1939: «Wir fordern die Wehrpflicht des Besitzes».
- <sup>148</sup> SJB, 22. 2. 1939.
- <sup>149</sup> SJB, 20. 7. 1938.
- <sup>150</sup> SJB, 19. 2. 1938.
- <sup>151</sup> In Seengen, SJB, 21. 7. 1937.
- <sup>152</sup> GR-Protokoll, 6. 9. 1937. SJB, 18. 9. 1937.
- <sup>153</sup> SJB, 19. 12. 1938.
- <sup>154</sup> SJB, 29. 1. 1938.
- <sup>155</sup> SJB, 18. 12. 1938.
- <sup>156</sup> SJB, 11. 1. 1941.
- <sup>157</sup> SJB, 9. 10. 1940.
- <sup>158</sup> SJB, 30. 11. 1940.
- <sup>159</sup> SJB, 14. 9. 1940.
- <sup>160</sup> SJB, 3. 4. 1940.
- <sup>161</sup> SJB, 8. 1. 1941.
- <sup>162</sup> SJB, 4. 7. 1942.
- <sup>163</sup> SJB, 11. 7. 1942.
- <sup>164</sup> SJB, 17. 6. 1944.
- <sup>165</sup> SJB, 15. 12. 1937.
- <sup>166</sup> SJB, 1. 12. 1937, 4. 12. 1937.
- <sup>167</sup> SJB, 1. 12. 1937.
- <sup>168</sup> WB, 31. 10. 1945.
- <sup>169</sup> WB, 18. 11. 1945.
- <sup>170</sup> WB, 21. 11. 1945.
- <sup>171</sup> Zitiert aus Schmid-Ammann, S. 246.
- <sup>172</sup> Zitiert aus Schmid-Ammann, S. 252.
- <sup>173</sup> WB, 30. 10. 1935.
- <sup>174</sup> «Freier Aargauer» in: WB, 30. 10. 1935.
- <sup>175</sup> SJB, 28. 6. 1938.
- <sup>176</sup> SJB, 25. 6. 1938.
- <sup>177</sup> SJB, 4. 11. 1939.
- <sup>178</sup> SJB, 4. 11. 1939.
- <sup>179</sup> SJB, 15. 11. 1939.
- <sup>180</sup> SJB, 22. 11. 1939.
- <sup>181</sup> WB, 18. 11. 1939.